

FDP

Die Liberalen

GESCHÄFTSBERICHT

DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI

2009 – 2011

FDP

Die Liberalen

www.fdp.de

VORWORT

GESCHÄFTSBERICHT

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,**

WIR sind für Sie da.

Rund 250 Tage im Jahr stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle Ihnen für Ihre Fragen, Probleme und Anregungen zur Verfügung: Täglich von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Der Auftrag des vorangegangenen Bundesparteitag in Köln (24. April bis 25. April 2010) an den neuen Generalsekretär Christian Lindner, bis zum Bundesparteitag 2012 ein neues Grundsatzprogramm zu erstellen, stellt auch an Ihre Bundesgeschäftsstelle erhebliche Anforderungen. Dazu kommt, dass auch von der Bundesgeschäftsstelle erwartet wird, die Arbeit der FDP-geführten Ministerien zu begleiten.

Wir sind für Sie da, auch in der Programmdiskussion. Und deshalb haben wir in der Bundesgeschäftsstelle im Juni des letzten Jahres eine neue Abteilung installiert: die Abteilung Politische Planung, Programm und Analyse (PPA). Diese Abteilung verantwortet in erster Linie die inhaltliche Begleitung der Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms, betreut die Programmkommission und die 11 eingerichteten Programmforen.

Wir möchten in eine breite Diskussion des Grundsatzprogramms in den Gliederungen vor Ort, mit den Landes- und Bundesfachausschüssen aber auch mit der gesamten Bevölkerung eintreten. Dazu halten die fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Abteilung eine Vielzahl von Anregungen für Veranstaltungen vor Ort, aber auch Tipps, wie Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen, z. B. Bürgerhefte, bereit. Darüber hinaus können Sie hier umfassende Analysen von Wahlergebnissen und Einschätzungen der politischen Mitbewerber und Synopsen von Wahlprogrammen erfragen.



Auch in der Abteilung Dialog und Kampagnen wird das Motto „**Wir sind für Sie da**“ groß geschrieben. Neben der Erarbeitung von Argumenten und Flugblättern zu aktuellen politischen Themen steht die Planung von Kampagnen ebenso wie der Bürgerdialog, insbesondere auch via Internet, im Mittelpunkt der 9-köpfigen Abteilung. Allein seit September 2009 wurden durch diese Abteilung ca. 6.000 Briefe und E- Mails beantwortet.

Auch wenn die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sich schwerpunktmäßig mit der Vorbereitung von Interviews, Namensartikeln und TV-Auftritten unserer Spitzenpolitiker befasst, können Sie hier

gern Musterpresseerklärungen zu wichtigen Themen und praxistaugliche Anregungen für Ihre Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erfragen, egal ob es um Pressekonzferenzen, Statements oder Wahlkampfauftritte geht. [Wir sind für Sie da.](#)

Dieses Motto setzt sich fort bis in die Abteilung Organisation und Finanzen. Hier werden nicht nur Bundesparteitage und weitere Veranstaltungen der Bundespartei vorbereitet. Hier werden auch die Wahlkampfauftritte unserer Spitzenpolitiker vorbereitet und begleitet. Allein knapp 100 Wahlkampfveranstaltungen organisierte die Abteilung im Berichtszeitraum. [Wir sind für Sie da.](#) Und darum vermitteln wir gern auch Mitglieder unseres Präsidiums und Bundesvorstands für Ihre Veranstaltungen. Die Nachfrage ist groß und sollte der erste angefragte Termin nicht gleich passen, finden sich Alternativlösungen. Gern können Sie sich jederzeit Anregungen für Ihre Veranstaltungen vor Ort in dieser Abteilung holen. Aber auch bei Fragen rund um die Mitgliedschaft können Sie uns jederzeit kontaktieren.

Unterstützt werden alle Abteilungen des Hauses durch fleißige und hochmotivierte Mitarbeiter, Helferinnen und Helfer in unserem MitMachZentrum (MMZ). Die guten Erfahrungen, die wir während des Bundestagswahlkampfes mit dieser Anlaufstelle für freiwillige Unterstützer unserer Partei gesammelt haben, führen

wir weiter. Nicht nur bei der Besuchergruppenbetreuung, sondern auch beim Gespräch mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern auf dem Bürgersteig, bei der Beantwortung von täglich ca. 100 Telefonaten sowie 300 Mails und Briefen gilt auch für die Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer im MMZ:

[Wir sind für Sie da.](#) Das gilt auch für den Liberalen Parteiservice und unsere Dienstleister.

Damit wir weiter für Sie da sein und unser Angebot stets weiterentwickeln können, benötigen wir Sie: Ihre Anregungen, Ihre Kritik, Ihre Hinweise.

Wir schätzen Ihre große Einsatzbereitschaft und Ihr ehrenamtliches Engagement sehr. Wir möchten Ihre Erfahrungen aufnehmen, um die Arbeit für alle noch nutzbringender zu gestalten. Schreiben Sie uns, rufen Sie uns an, besuchen Sie uns: [Wir sind für Sie da!](#)

Gabriele Renatus



FDP-Bundesgeschäftsführerin

INHALTSVERZEICHNIS

I. Tätigkeit der Bundespartei	6
1. Bundesparteitage	6
2. Präsidium und Bundesvorstand	7
3. Bundessatzungsausschuss	8
4. Wahlprüfungsausschuss	9
5. Bundesschiedsgericht	9
6. Haushalts- und Finanzkommission	9
7. Kommunalpolitischer Beirat	10
8. Veranstaltungen	11
9. Sitzung der Hauptgeschäftsführer	12
10. Internationale Liberale Organisationen	13
10.1. Liberale Internationale	13
10.2. ELDR	15
10.3. ALDE	16
11. Internet	17
12. FDP-Landesverband LV Net	21
13. FDP-Bürgerfonds	21
14. Im Dialog zum Erfolg – Die Kampagne zur Bundestagswahl 2009	22
15. Mentoring-Programm der FDP	24
16. Liberaler Parteiservice (LiPS)	24
II. Programmarbeit	26
1. Bundesfachausschuss Internationale Politik	26
2. Bundesfachausschuss Wirtschaft und Arbeit	27
3. Bundesfachausschuss Finanzen und Steuern	28
4. Bundesfachausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	29
5. Bundesfachausschuss Soziales	30
6. Bundesfachausschuss Gesundheit	31
7. Bundesfachausschuss Innen und Recht	32
8. Bundesfachausschuss Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	33
9. Bundesfachausschuss Umwelt	34
10. Bundesfachausschuss Stadtentwicklung und Wohnungswesen	35
11. Bundesfachausschuss Kultur	36
12. Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	37

13. Bundesfachausschuss Verkehrspolitik	39
14. Kommission Internet und Medien.	39
15. Sportkommission.	40
16. Kommission Freiheit und Ethik	41
17. Transatlantisches Forum.	42
18. Grundsatzprogrammdebatte „Chancen für morgen“	43

III. Liberales Vorfeld45

1. Bundesverband Junge Liberale	45
2. Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand	46
3. Bundesvereinigung Liberale Frauen	47
4. Bundesverband Liberale Senioren	48
5. Bundesverband Liberale Hochschulgruppen	49

IV: Bundesgeschäftsstelle51

1. Abteilung Politische Planung, Programm und Analyse (PPA)	51
2. Abteilung Dialog und Kampagnen (DuK).	52
3. Abteilung Organisation und Finanzen.	55
4. Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	56
5. MitMachZentrum (MMZ)	57
6. Galerie im Thomas-Dehler-Haus	58

V. Statistik60

1. Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum	60
2. Wahlergebnisse im Berichtszeitraum	60
3. Mandatsträger der FDP	61
4. Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle	62

I. TÄTIGKEIT DER BUNDESPARTEI

1. Bundesparteitage

Im Berichtszeitraum fanden zwei Ordentliche Bundesparteitage statt. Zur Verabschiedung des Wahlaufufes zur Bundestagswahl 2009 und zur Bestätigung des Koalitionsvertrages gab es zudem zwei außerordentliche Bundesparteitage.

15. bis 17. Mai 2009

60. Ord. Bundesparteitag in Hannover

Die Liberalen haben sich vom 15. bis 17. Mai zum 60. Ordentlichen Bundesparteitag in der Messe Hannover getroffen. Bei dem dreitägigen Parteitag standen turnusgemäß die Wahlen zum Präsidium und Bundesvorstand an. Die 662 Delegierten erwartete vor allem die Debatte des Wahlprogramms zur Bundestagswahl im September 2009. Ein weiterer Schwerpunkt war die Europawahl am 7. Juni 2009. FDP-Spitzenkandidatin Silvana Koch-

Mehrin hat die Liberalen auf die heiße Phase des Wahlkampfes eingestimmt.

20. September 2009

außerordentlicher Bundesparteitag

Die Liberalen haben am letzten Wochenende vor der Wahl zum Bundestag einen außerordentlichen Parteitag in der Metropolis-Halle im Filmpark Babelsberg veranstaltet. Mit ihrem Wahlaufuf werben die Liberalen in der entscheidenden Wahlkampfphase um die Stimmen der Wähler. Damit der Wechsel gelingt und ein Neuanfang für Deutschland eingeläutet werden kann.

25. Oktober 2009

außerordentlicher Bundesparteitag

Die Liberalen haben am 25. Oktober 2009 im Hangar 2 des Berliner Flughafens Tempelhof dem Koalitionsvertrag „Mit Mut zur Zukunft – Für unser Land“ zwischen CDU, CSU und FDP zugestimmt.



Delegierte auf dem außerordentlichen Parteitag in Berlin.

24. bis 25. April 2010 61. Ord. Bundesparteitag in Köln

Nach zwei Tagen Beratung auf dem 61. Ordentlichen Bundesparteitag in Köln vom 24. bis 25. April 2010 können die Liberalen eine Bilanz vorweisen, die sich sehen lassen kann. Die 662 Delegierten haben eine Reihe von Reformprojekten beschlossen, die nach Ansicht des mit fulminanten 95 Prozent gewählten FDP-Generalsekretärs Christian Lindner belegen: „Die FDP ist in ihrer Regierungsverantwortung angekommen.“

2. Präsidium und Bundesvorstand

Insgesamt trat das Präsidium zu 62 Sitzungen zusammen. Das Präsidium tagt in aller Regel jeden Montag im Präsidiumszimmer des Thomas-Dehler-Hauses. Der Bundesvorstand trat zu 22 Sitzungen ebenfalls im Regelfall im Thomas-Dehler-Haus zusammen.

Dem Präsidium gehören an:

Walter Scheel	Ehrenvorsitzender
Hans-Dietrich Genscher	Ehrenvorsitzender
Otto Graf Lambsdorff	Ehrenvorsitzender, † am 5. Dezember 2009
Guido Westerwelle	Bundesvorsitzender
Rainer Brüderle	stellv. Bundesvorsitzender
Andreas Pinkwart	stellv. Bundesvorsitzender
Cornelia Pieper	stellv. Bundesvorsitzende
Hermann Otto Solms	Bundesschatzmeister
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger	Beisitzerin
Birgit Homburger	Beisitzerin
Philipp Rösler	Beisitzer
Dirk Niebel	Generalsekretär bis Oktober 2009
Christian Lindner	Generalsekretär
Heinrich Kolb	Vertreter der Bundestagsfraktion
Silvana Koch-Mehrin	Vertreterin der Europafraktion
Hans-Jürgen Beerfeltz	Bundesgeschäftsführer bis 10. November 2009
Gabriele Renatus	Bundesgeschäftsführerin seit November 2009
Jörg van Essen	Erster Parl. Geschäftsführer
Wolfgang Gerhardt	Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



Christian Ahrendt, Hartfrid Wolff und Gisela Piltz im Gespräch.

Mitglieder des Bundesvorstandes sind:

Christian Ahrendt	
Alexander Alvaro	
Daniel Bahr	
Uwe Barth	
Hans-Artur Bauckhage	
Nicola Beer	
Ernst Burgbacher	
Jorgo Chatzimarkakis	
Miriam Gruß	
Patrick Döring	seit 24. April 2010
Angela Freimuth	
Jörg-Uwe Hahn	
Christoph Hartmann	
Walter Hirche	
Werner Hoyer	
Gerry Kley	
Wolfgang Kubicki	
Heinz Lanfermann	
Christian Lindner	bis 23. April 2010 dann gewählt zum Generalsekretär
Michael Link	seit 24. April 2010
Markus Löning	
Horst Meierhofer	
Gesine Meißner	
Jan Mücke	
Hans-Joachim Otto	
Gisela Piltz	
Alexander Pokorny	
Rolf Salo	
Michael Theurer	
Carl-Ludwig Thiele	bis 23. April 2010
Johannes Vogel	
Volker Wissing	



Patrick Döring, Philipp Rösler, Johannes Vogel und Ulrike Flach am Rande des Bundesvorstandes.

Hartfrid Wolff
Holger Zastrow
Martin Zeil

Ständige Gäste:

Bertold Bahner	02. Juni 2009–31. August 2009
Rolf Berndt	
Lasse Becker	seit 23. April 2010
Doris Buchholz	seit 27. Juni 2010
Nils Droste	02. Juni 2009–14. Dezember 2009
Jörg van Essen	
Ulrike Flach	
Manuel Höferlin	seit 23. April 2010
Kristina Kämpfer	seit 07. Februar 2011
Johannes Knewitz	02. Juni 2009–07. Februar 2011
Jan Krawitz	seit 23. April 2010
Alexander Graf Lambsdorff	
Oliver Lucsic	seit 07. Februar 2011
Christoph Meyer	seit 23. April 2010
Detlev Parr	seit 31. August 2009
Maja Pfister	02. Juni 2009–23. April 2010
Olaf Prüßmann	
Thomas Schotten	
Mike Senftleben	02. Juni 2009–27. Juni 2010
Christine Schulze-Grotkopp	14. Dezember 2009 bis 23. April 2010

**In der Bundesvorstandssitzung am
 26. November 2009 wurden die
 stellvertretenden Ministerpräsidenten**

Jörg Bode
Heiner Garg
Ulrich Goll
Sven Morlock
 kooptiert.

3. Bundessatzungs- ausschuss

Vorsitzender: **Thomas Taeglichsbeck**

Der Bundessatzungsausschuss hat im Berichtszeitraum sechsmal getagt.

Nach der Bundessatzung (§ 23) gehört es zu den Aufgaben des Bundessatzungsausschusses, den Bundesvorstand, das Bundesschiedsgericht, die Vorstände der Landesverbände, die Landesschiedsgerichte oder Landessatzungsausschüsse auf Anforderung gutachtlich über Rechtsfragen, wie eine Bestimmung der Bundes- oder Landessatzung auszulegen oder die Vereinbarkeit von Regelungen der Landessatzungen mit der Bundessatzung ist, zu beraten. Hier hatte sich der Bundessatzungsausschuss u. a. mit Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Parteireform“ beschäftigt und zu Fragen einer Mitwirkung und einer Mitentscheidung der Parteimitglieder Stellung zu nehmen.

Weiterhin hatte der Bundessatzungsausschuss auch die Frage zu klären, wie mit Mitgliedern umzugehen ist, die ihrer Beitragspflicht nicht nachkommen. Ebenso gab es die Notwendigkeit, verschiedene wahlrechtliche Fragen zu klären. Dabei ging es sowohl um innerparteiliche Vorschriften (z. B. die Bedeutung von Neinstimmen und Stimmenthaltungen) wie auch um die Beachtung von wahlgesetzlichen Vorschriften bei der Aufstellung von Wahlkreiskandidaten und Landeslisten zu öffentlichen Wahlen (z. B. Stimmrecht in einer Mitgliederversammlung nach den Wahlgesetzen oder die Gewährleistung des Grundsatzes der geheimen Wahl).

Schließlich hat der Bundessatzungsausschuss wieder Stellungnahmen zu Anträgen auf Änderung der Bundessatzung abgegeben, die zur Beratung auf den Bundesparteitagen gestellt worden waren. Dabei ging es u. a. um Parteiordnungsmaßnahmen, das Rede- und Stimmrecht von Vorfeldorganisationen oder die Frage der Behandlung von Anträgen auf Parteitagen.

Stellvertretender Vorsitzender des Bundessatzungsausschusses ist Bodo Chemnitz.

4. Wahlprüfungsausschuss

Vorsitzende: **Corinna Werwigk-Hertneck**

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung des Bundesparteitages. Weiter prüft er vor Beginn des Parteitages die Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten der Landesverbände anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfung vor dem 60. Ordentlichen Bundesparteitag in Hannover, dem 61. Ordentlichen Bundesparteitag in Köln und dem außerordentlichen Bundesparteitag in Potsdam sowie vor dem außerordentlichen Bundesparteitag in Berlin vorgenommen und keine Beanstandungen festgestellt.

Weitere Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses:

Wolfgang Bodeit	Mitglied
Bodo Chemnitz	Mitglied
Ernst Eggers	Mitglied
Ulrike Flach	Mitglied

Otto Fricke	Stellvertretendes Mitglied
Roland Eibold	Stellvertretendes Mitglied
Heinz Lanfermann	Stellvertretendes Mitglied
Michael Reichelt	Stellvertretendes Mitglied
Matthias A. Starke	Stellvertretendes Mitglied

† am 27. März 2010

5. Bundesschiedsgericht

Präsident: **Dr. Peter Lindemann**

Das Bundesschiedsgericht ist nach der Schiedsgerichtsordnung (§ 10) u. a. zuständig für Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei oder Streitigkeiten der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern.

Im Berichtszeitraum waren zwölf Verfahren anhängig, bei denen es ausnahmslos um Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte ging. Drei Beschwerdeverfahren kamen aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, je zwei Verfahren aus den Landesverbänden Berlin, Niedersachsen und Sachsen,

je ein Verfahren aus den Landesverbänden Hamburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Da die vierjährige Amtszeit des Bundesschiedsgerichts am 31. Dezember 2009 endete, wurden auf dem Bundesparteitag in Hannover als Mitglieder des Bundesschiedsgerichts für die Amtszeit vom 01. Januar 2010 bis 31. Dezember 2013 gewählt: Dr. Peter Lindemann (Präsident), Dr. Gerhard Wolf (Stellvertreter), Wolf-Dieter Keller, Dr. Paul Becker und Karin Hannappel als Beisitzer. Zu stellvertretenden Beisitzern wurden gewählt: Bernhard Nüsch, Michael Reichelt, Horst Vetter, Helmut Seipel, Dr. Rudolf Brosig, Rolf Hermann Löhr, Dr. Arnold Castringius und Hinrich Budelmann.

Gegenstand der Verfahren vor dem Bundesschiedsgericht waren Parteiordnungsmaßnahmen, der Ausschluss von Parteimitgliedern, die Aufnahme von Mitgliedern, Anfechtungen von innerparteilichen Wahlen und von Wahlen von Kandidaten zu öffentlichen Wahlen sowie Anfechtung und Verpflichtung betreffend Rechenschaftsberichte.

In einem Verfahren wegen Wahlanfechtung ging es im Zusammenhang mit der Aufnahme von Mitgliedern durch den zuständigen Kreisverband um die in der Landesatzung vorgesehenen Beteiligungsrechte des Ortsvorstandes. Bei diesem Beschluss wurde im Hinblick auf die grundsätzliche Bedeutung auch die Veröffentlichung in der Mitgliederzeitschrift „elde“ angeordnet.

6. Haushalts- und Finanzkommission

Vorsitzender: **Dr. Hermann Otto Solms**

Gemäß § 2 der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbandes wählt der Bundesvorstand für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission. Sie besteht aus mindestens fünf und höchstens elf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist Mitglied kraft Amtes und zugleich Vorsitzender dieser Kommission. Mitglieder waren Dr. Hermann Otto Solms, Rainer Brüderle (bis Herbst 2009), Patrick Döring, Paul Friedhoff, Dr. Klaus von Lindeiner und Otto Fricke. Die Haushalts- und Finanzkommission tagte im Berichtszeitraum zweimal. Bevor der Haushalt der Bundespartei vom Bundesvorstand beschlossen werden kann, bedarf es der Zustimmung der Haushalts- und Finanzkommission.

7. Kommunalpolitischer Beirat

Vorsitzender: **Mark Ella**

2009 war ein Jahr der Veränderungen, auch innerhalb der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker. Der langjährige VLK-Bundesvorsitzende Werner Becker-Blonigen trat zur Wiederwahl nicht mehr an und wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Sein Nachfolger als VLK-Bundesvorsitzender ist der Wetzlarer Oberbürgermeister Wolfram Dette. Zu seinen drei Stellvertretern wurden die Ettlinger Oberbürgermeisterin Gabriela Büsselmaier, der nordrhein-westfälische VLK-Landesvorsitzende Jochen Dürrmann und der mecklenburgische Landtagsabgeordnete Gino Leonhardt gewählt. Auch in der Besetzung des Vorstandes des Kommunalpolitischen Beirats gab es Änderungen. Neuer Vorsitzender ist der Bremer VLK-Landesvorsitzende Mark Ella. An seine Seite wurden Judith Pirscher und Gero Riedel als Stellvertreter gewählt.

Das Jahr 2010 war von einer Reihe von Aktivitäten des VLK-Bundesvorstandes geprägt. In besonderer Weise

hat sich die Bundes-VLK mit der Finanzlage der Kommunen, der Neuorganisation im SGB II und dem Thema Kinderbetreuung auseinandergesetzt. Durch das große Engagement der ehemaligen kommunalpolitischen Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Gisela Piltz, hat sich eine intensive Zusammenarbeit mit der Fraktion in den letzten Jahren entwickelt. So hat die VLK beispielsweise ihren kommunalen Sachverstand im Rahmen der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ zur Neuorganisation im SGB II unter Leitung des sozialpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Heinrich Kolb, einbringen können. Darüber hinaus ist die VLK mit einem Vertreter an der Sitzung der AG Kommunalpolitik der FDP-Bundestagsfraktion vertreten. Wesentliche VLK-Forderungen zur Neuorganisation im SGB II konnten ebenfalls durch einen Antrag zum Bundesparteitag in Köln in die Beschlussfassung eingebracht werden.

Die Bundesdelegiertenversammlungen fanden turnusgemäß am 9./10. Oktober 2009 in Berlin und am 17./18. September 2010 in Essen statt. Im Hinblick auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen 2009 haben die Delegierten „Kommunalpolitische Kernforderungen zu den Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und FDP“ beschlossen, damit kommunalpolitische Interessen

Bundesdelegiertenversammlung der VLK in Essen.



stärker Beachtung in der künftigen christlich-liberalen Regierung finden.

In der Frühjahrsklausur am 20./21. März 2010 in Potsdam bekräftigten die liberalen Kommunalpolitiker ihre Forderung nach Berücksichtigung der Ausgabenseite der Kommunalfinanzen in der von der Bundesregierung eingerichteten Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen.

Darüber hinaus tagten der VLK-Bundesvorstand sowie der Kommunalpolitische Beirat mehrfach in Berlin, in Potsdam, in Essen und in Plauen. Dabei befasste sich der Bundesvorstand auch mit der Vorbereitung und Auswertung von Kommunalwahlen, der Entwicklung der Landesvereinigungen sowie der Zukunft der kommunalpolitischen Zeitschrift „das rathaus“.

8. Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum fanden neben den Bundesparteitagen folgende größere Veranstaltungen der Bundespartei statt:

26. Mai 2009

Verbraucherschutz-Kongress in Berlin

19. September 2009

Empfang anlässlich des 90. Geburtstages von Walter Scheel

9. bis 10. Oktober 2009

VLK-Bundesdelegiertenversammlung in Berlin

24. November 2009

Journalisten-Advent in Berlin



Standesgemäß fuhr Walter Scheel mit seiner Frau zum Geburtstagsempfang.



Gute Stimmung beim Tag für Arbeit in Berlin.

6. Januar 2010

Dreikönigstreffen in Stuttgart

4. Februar 2010

100 Tage FDP in Regierungsverantwortung in Berlin

17. Februar 2010

Politischer Aschermittwoch in Straubing

26. Februar 2010

Verleihung des Bürgerinnenpreises „Liberta 2009“ in Berlin

10. März 2010

Symposium zum Thema Sozialstaat in Berlin

1. Mai 2010

Liberaler 1. Mai und bundesweites Neumitgliedertreffen in Berlin

11. bis 12. Juni 2010

Liberal International Council in Berlin

12. September 2010

Regionalkonferenz in Siegburg

17. bis 18. September 2010

VLK-Bundesdelegiertenversammlung in Essen

19. September 2010

Regionalkonferenz in Ulm

30. September 2010

Regionalkonferenz in Schwerin

2. Oktober 2010

Freiheitskongress, Auftakt zur Grundsatzprogrammdebatte in Berlin

8. Oktober 2010

Regionalkonferenz in Halle

24. Oktober 2010

bundesweite Kreisvorsitzendenkonferenz in Berlin

10. November 2010

Verleihung des Bürgerinnenpreises „Liberta 2010“ in Berlin

24. November 2010

Empfang anlässlich des 70. Geburtstages von Dr. Hermann Otto Solms

30. November 2010

Journalisten-Advent in Berlin

6. Januar 2011

Dreikönigstreffen in Stuttgart

7. Februar 2011

Empfang anlässlich der 65-jährigen FDP-Mitgliedschaft von Hans-Dietrich Genscher in Halle

9. März 2011

Politischer Aschermittwoch in Straubing

15. März 2011

1. Liberaler Salon in Berlin

8. April 2011

Empfang anlässlich des 60. Geburtstages von Hans-Jürgen Beerfeltz in Berlin

2. Mai 2011

2. Liberaler Salon in Berlin

9. Sitzung der Hauptgeschäftsführer

Im Berichtszeitraum fanden insgesamt zehn Sitzungen mit den Hauptgeschäftsführerinnen und -führern aller Landesverbände sowie drei virtuelle Sitzungen statt.

Im Einzelnen:

22. bis 23. Juli 2009, Dresden; 4. September 2009, Düsseldorf; 17. September 2009, virtuelle Sitzung; 11. bis 12. November 2009, Berlin; 15. Dezember 2009, Berlin; 4. bis 5. Februar 2010, Bonn; 15. April 2010, virtuelle Sitzung; 18. bis 19. Mai 2010, Berlin; 29. Juni 2010, virtuelle Sitzung; 22. bis 24. September 2010, Fleesensee; 28. bis 29. Oktober 2010, Berlin; 12. Dezember 2010, Berlin und 24. bis 25. Februar 2011, Bonn.

Die von der Bundesgeschäftsführerin der FDP, Gabriele Renatus, geleitete Runde setzt sich aus den Hauptge-



Verleihung des Bürgerinnenpreises „Liberta 2010“ in Berlin.

schäftsführer und Hauptgeschäftsführerinnen der 16 Landesverbände, dem Bundesgeschäftsführer der Jungen Liberalen und weiteren Vertretern aus dem liberalen Umfeld zusammen. Aufgabe dieser Runde ist es, die einzelnen Aktivitäten und Maßnahmen der Verbände abzustimmen und zu koordinieren, den Informationsfluss zu befördern und eine weitere Professionalisierung in allen Bereichen zu erreichen.

Wahlen stehen oft im Zentrum der Beratungen. Egal, ob eine Bundestagswahl, eine Landtagswahl oder Kommunalwahlen anstehen, die Runde der Hauptgeschäftsführer versteht sich als Gemeinschaft, die in jeder Wahlkampfsituation eine Herausforderung sieht und diese gemeinsam meistern will. Nur so konnte in der Vergangenheit auf Erfahrungswerte zurückgegriffen werden, wurden Ressourcen genutzt und das Budget verantwortungsvoll eingesetzt. Auch hier gilt, wie an vielen anderen Stellen: Gemeinsam sind wir stark.

Dieses Motto gilt natürlich auch insbesondere für die Zusammenarbeit mit den Dienstleistern. Die Hauptgeschäftsführer sind stets im engen Austausch auch mit dem liberal Verlag, der Universum Online und vielen anderen, um beispielsweise Synergien für die Internetauftritte oder Wahlkampagnen zu nutzen. Auch wenn es um die Produktion von neuen Werbemitteln geht, ist diese Runde mit von der Partie. So wurde das Baukastensystem für die einfache und schnelle Erstellung von Flyern etc. für Kreisverbände in diesem Kreise beraten und getestet. Besprochen wurden ebenso neue Rahmenverträge, beispielsweise mit der GEMA und der Künstlersozialkasse. Auch hier gilt: Alle profitieren vom erreichten Ergebnis.

10. Internationale Liberale Organisationen

10.1. Liberale Internationale

1947 in der traditionsreichen englischen Universitätsstadt Oxford gegründet, organisieren sich die liberalen Parteien aus der ganzen Welt in der Liberalen Internationalen (LI), die sich seitdem zum größten internationalen liberalen Netzwerk entwickelt hat. Der LI gehören mittlerweile bereits 67 liberale Mitglieds-, 26 Parteien mit Beobachterstatus und ein LI-unmittelbares Mitglied sowie fünf regionale Mitgliedernetzwerke und sieben weitere liberale Kooperationspartner an, bei denen zuvorderst die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Frei-

heit (FNF), das National Democratic Institute aus den USA und die Neue Zürcher Zeitung zu nennen sind. Damit ist die LI der wichtigste Thinktank für liberale Werte und internationale Politik geworden.

Dass die liberale Sache politischen Erfolg hat, zeigen zahlreiche Regierungsbeteiligungen liberaler Parteien: Allein in Europa stellen sie in Dänemark, Estland, Finnland und Holland den Premierminister, in Deutschland, Großbritannien und Schweden den stellvertretenden Regierungschef, auf den Philippinen und im Senegal den Staatspräsidenten. Diese liberalen Politiker wie die Organe der LI – der Kongress sowie das Präsidium (Bureau) und Exekutivkomitee – stehen für die weltweite (Zusammen-)Arbeit der Liberalen für mehr Freiheit des Einzelnen, Menschenwürde und Toleranz, für einen demokratischen Rechtsstaat, fairen Wettbewerb und Chancengleichheit, für freien Handel und soziale Marktwirtschaft, für eine zukunftsfähige Umwelt und internationale Solidarität.

Jährlich zeichnet die LI besonders engagierte Persönlichkeiten, die einen herausragenden Beitrag für die Menschenrechte und die politische Freiheit geleistet haben, mit ihrem International Prize for Freedom aus. Im Jahr 2009 erhielt der langjährige britische Parlamentarier Lord Eric Avebury diese hohe Auszeichnung für seinen unermüdlichen Einsatz zum Schutz und zur Verteidigung der Menschenrechte in vielen Ländern dieser Erde. Am 7. Dezember 2010 wurde die tapfere, im englischen Exil lebende iranische Juristin und Menschenrechtsaktivistin Schirin Ebadi, die 2003 als erste muslimische Frau den Friedensnobelpreis erhielt, für ihren beispielhaften Einsatz, Demokratie und Menschenrechte in ihrem Heimatland zu fördern, ausgezeichnet. Die Verleihung des Friedenspreises macht zudem deutlich, welche thematischen Schwerpunkte durch die LI im Berichtszeitraum gesetzt wurden: Stärkung und Umsetzung von Menschenrechten, Ausbau von Demokratien und internationale Konfliktlösung.

2009 musste die liberale Weltgemeinschaft Abschied von zwei ihrer prominentesten und herausragendsten Mitglieder nehmen: dem ehemaligen Präsidenten (1991–1994) und Ehrenpräsidenten der LI, Otto Graf Lambsdorff, und ihrem Patron, Lord Ralf Dahrendorf. Bei aller Unterschiedlichkeit zeichneten sich die beiden Verstorbenen durch ihre tiefen liberalen Überzeugungen, ihren rastlosen Einsatz für die Idee des Liberalismus, bei dem sie es nie an der Achtung gegenüber Andersdenkenden missen ließen, und ihren großen persönlichen Charme aus. Beide haben tiefe Spuren in der (gesellschafts-)politischen Auseinandersetzung der letzten 50 Jahre hinter-



Briefung vor Beginn der Tagung des Exekutivkomitees der LI in Berlin.

lassen, und ihr Vermächtnis spornt die Liberalen heute und zukünftige Generationen weiter an. Auf Antrag der Deutschen Gruppe der LI (DGLI) beschloss das Exekutivkomitee der LI auf seiner Sitzung am 11. Juni 2010 in Berlin einstimmig, diese beiden großen Liberalen in die „Hall of Freedom“ auf dem Jungfrauoch aufzunehmen. Die auf 3.600 m Höhe in den Gletscher geschlagene „Hall of Freedom“, direkt zugänglich von der Bergstation der Jungfrauochbahn, ist eine einzigartige Gedenkstätte für bedeutende liberale Persönlichkeiten aus aller Welt, die sich beispielhaft für die Freiheit eingesetzt haben.

Im Berichtszeitraum fand im Herbst 2009 der 56. LI-Kongress in Kairo statt. Nach drei Amtszeiten konnte der nordirische Friedenspolitiker Lord John Alderdice nicht wieder für das Präsidentenamt kandidieren. Als Nachfolge wurde der bisherige 1. Vizepräsident, Hans van Baalen (VVD), einmütig an die Spitze der LI gewählt. Der Kongress, der mehrere Hundert liberale Führungspersonlichkeiten und Denker in der ägyptischen Hauptstadt versammelte, behandelte sehr engagiert mit dem Schwerpunktthema „Bildung und Erziehung im/fürs 21. Jahrhundert“ eine der prioritären Herausforderungen für die Gesellschaft weltweit. Diese Diskussion hat die DGLI in diesem Jahr wieder aufgenommen und fortgeführt, indem sie nach „Menschenrecht Wasser – Wasser als Konfliktstoff im Nahen und Mittleren Osten“ (2010) ihren Liberal International Day 2011, der zum sechsten Mal mit prominenten Gästen aus dem In- und Ausland in Berlin stattfand und wieder mehr als 250 Teilnehmer anzog, dem Thema „Menschenrecht Bildung“ widmete.

Das Exekutivkomitee der LI traf sich 2009 im kanadischen Vancouver und zur Vorbereitung des Kongresses in Alexandria, wo die Delegierten u. a. an einer eindrucksvollen Führung durch die neue Bibliothek, mit der an die große geistesgeschichtliche Tradition der untergegangenen

alten Bibliothek im antiken Alexandria angeknüpft wird, teilnahmen. Vor seiner Herbstsitzung im südafrikanischen Kapstadt tagte das Exekutivkomitee am 11./12. Juni 2010 auf Einladung der FDP und der DGLI in Berlin. Bei seinem Zusammentreffen mit der LI-Führung brachte Guido Westerwelle nicht nur seine Wertschätzung für die Arbeit von Liberal International zum Ausdruck, sondern versicherte die LI seiner tatkräftigen Unterstützung. Im Rahmen des sehr interessanten, vielseitigen Programms trafen die mehr als 120 Delegierten auch mit Christian Lindner, Philipp Rösler, Werner Hoyer und dem neuen Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Löning, zusammen. Am zweiten Tag lud die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit alle internationalen Gäste zum öffentlichen Walter-Scheel-Kolloquium ein, eine Premiere für eine neue Veranstaltungsreihe, die zu Ehren des früheren Bundespräsidenten, Außenministers und ersten Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit durchgeführt wird. Zum Thema „Fragile Staaten als Herausforderung für die Außen- und die Entwicklungspolitik weltweit“ nahmen prominente Redner aus Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika dezidiert Stellung und diskutierten – teilweise kontrovers – mit einem großen, kenntnisreichen Auditorium.

Die Delegierten der FDP zur Liberalen Internationalen beteiligten sich im Berichtszeitraum intensiv an den Aktivitäten der LI und setzten wichtige Impulse bei deren Arbeit. Dr. Wolfgang Gerhardt gehört als Vizepräsident dem Bureau seit 2002 an und bestimmt als Mitglied des geschäftsführenden Präsidiums so die Geschicke des internationalen Netzwerkes der LI mit. Dabei wird er seitens der DGLI durch ihren Präsidenten Patrick Meinhardt und Generalsekretär Manfred R. Eisenbach tatkräftig unterstützt. Der nächste (57.) LI-Kongress findet kurz nach dem Bundesparteitag in Rostock statt und beschäftigt sich vom 16. bis 19. Juni 2011 in der philippinischen

Hauptstadt Manila mit dem globalen Thema „Menschenrechte und Handel“. Einzelheiten des Tagungsprogramms wie auch alle auf Kongressen und Tagungen des Exekutivkomitees verabschiedeten Resolutionen können über www.liberal-international.org abgerufen werden.

10.2. ELDR

Die ELDR ist die europäische liberale Partei, unter deren Dach sich die FDP mit 55 anderen liberalen Parteien aus fast allen Ländern Europas, ob EU-Mitglieder oder nicht, zusammengeschlossen hat. Sie verbindet der Einsatz für die Freiheit der Bürger, im Bereich bürgerlicher Rechte und gesellschaftlicher Teilhabe genauso wie in der Wirtschaftspolitik.

1976 als loser Verband zur Vorbereitung der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament gegründet, ist die ELDR seit 1993 eine echte transnationale Partei. 72 Mitglieder der ALDE-Gruppe des Europäischen Parlamentes kommen aus ELDR-Mitgliedsparteien, übrigens mit einem Frauenanteil von 43 Prozent.

In Finnland, Estland, Dänemark und den Niederlanden sowie in der Autonomen Region Katalonien stellen wir

Liberalen den Ministerpräsidenten, in der aktuellen Europäischen Kommission sind wir mit acht Kommissaren vertreten. Zurzeit sind 18 liberale Parteien an 14 europäischen Regierungen beteiligt. Aus dieser Zahl wird deutlich, dass es in einigen Ländern mehrere liberale Parteien gibt.

Im letzten Jahr hat die ELDR mit der Sitzung ihres Rates in Rom und der Tagung des Kongresses in Helsinki wichtige inhaltliche Impulse für die Arbeit der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament gesetzt. Dabei haben die Finanzkrise, der demografische Wandel in der Gesellschaft und die Situation des Euro eine zentrale Rolle gespielt.

Gleichzeitig findet hier ein intensiver Austausch zwischen Fachpolitikern und Mitgliedern der verschiedenen Parlamente statt. In den letzten Jahren hat sich der Wert der ELDR als Netzwerk zwischen nationalen Politikern derselben politischen Familie deutlich erhöht. Wohl nirgendwo kann man so schnell und intensiv Einblick in die politischen Sichtweisen unserer europäischen Partner erhalten wie im direkten Gespräch mit politisch Gleichgesinnten.

Die ELDR wird auch in den nächsten Jahren ihre politischen Kernpunkte weiter vorantreiben: Demokratie,

Die Mitglieder der FDP im Europäischen Parlament.





Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte schützen; für eine faire, freie und offene Gesellschaft in Europa streiten; für mehr Generationengerechtigkeit eintreten; den Wohlstand in Europa steigern, nachhaltige Entwicklung und Frieden weltweit fördern, die EU-Erweiterung und Vertiefung voranbringen und Transparenz und Demokratie in der EU verbessern.

Die Parteien der ELDR sind die politische Familie der FDP in Europa. Wir können stolz auf das sein, was wir in den letzten Jahren geschafft haben. Aber Europa braucht weiterhin starke Liberale, die gut und eng miteinander arbeiten.

Der nächste ELDR Council findet auf Einladung der FDP am 20./21. Mai 2011 in Dresden statt. Der diesjährige ELDR-Kongress wird vom 23. bis 25. November in Palermo durchgeführt.

10.3. ALDE

Die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“ (ALDE) ist mit aktuell 85 Mitgliedern drittstärkste Kraft im Europäischen Parlament, seit 2009 unter dem Vorsitz von Guy Verhofstadt. Die FDP stellt mit zwölf Abgeordneten unter dem Vorsitz von Dr. Silvana Koch-Mehrin eine der beiden stärksten Delegationen. Die deutschen Liberalen haben wichtige Aufgaben übernommen: Dr. Silvana Koch-Mehrin amtiert seit 2009 als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Alexander Graf Lambsdorff als Erster Stellvertretender Vorsitzender der ALDE-Fraktion. Dr. Wolf Klinz leitet den Sonderausschuss zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise

und Alexander Alvaro ist stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Dr. Jorgo Chatzimarkakis ist Koordinator der Liberalen im Haushaltskontrollausschuss, Gesine Meißner im Transportausschuss, Jürgen Creutzmann im Binnenmarktausschuss, Britta Reimers ist stellvertretende Koordinatorin im Agrarausschuss.

Mit dem Vertrag von Lissabon verhandelt das Europäische Parlament als gleichberechtigter Partner in den Verhandlungen mit dem Europäischen Rat und der Kommission in fast allen Bereichen der Gesetzgebung. Dieser Verantwortung stellen sich die Abgeordneten der ALDE und der FDP im EP: Für die Stabilisierung des Euro brauchen die Mitgliedstaaten der EU eine solide Finanzpolitik, Staatsschulden müssen reduziert und die Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker koordiniert werden. Eine europäische Außenpolitik aus einem Guss kann es nur mit einem starken Europäischen Auswärtigen Dienst geben. Die Abwehr terroristischer Gefahr ist wichtig, dennoch muss auch die Freiheit und Privatsphäre der Bürger verteidigt werden. Damit der Europäische Wohlstand weiter wächst, ist die Vollendung des Binnenmarktes nötig, genauso wie die Reform des EU-Haushalts: mehr Geld für Forschung und Entwicklung statt Konservierung der Vergangenheit. Dazu gehört auch eine Umweltpolitik, die Schutz und Nutzung der Natur nicht gegeneinander ausspielt.

Die FDP im Europäischen Parlament setzt sich dafür ein, dass Europa nicht stehen bleibt. Die Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas muss weitergeführt werden, damit wir in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt dienen können.

11. Internet

11.1. Wahlkampf im Internet

Es ist das beste Ergebnis in der Geschichte der FDP – 14,6 Prozent der Wähler gaben bei der Bundestagswahl 2009 den Freien Demokraten ihre Stimme. Damit wurde sogar das Rekordergebnis aus dem Jahr 1961 getoppt, als die Liberalen 12,8 Prozent erreichten. Durch das hervorragende Abschneiden der FDP bei der Bundestagswahl ist der Regierungswechsel ermöglicht worden. Bei der FDP-Kampagne 2009 ging es vor allem darum, mit den Bürgern in einen Dialog einzutreten.

11.2. MitMachArena

Feedback war uns wichtig. Wir ließen nicht nur das Deutschlandprogramm online diskutieren und die wichtigsten Forderungen für den Koalitionsvertrag – wir suchten in Online-Wettbewerben die Gesichter und Slogans für unsere Werbemittel, Freiheitslieder, den Trucknamen und Truckveranstaltungen, die beste Ver-

anstaltungsform, das beste Direct Mailing, die beste Neumitgliederwerbeaktion, den besten Infostand, das Foto vom besten Wahlkampfstand, Straßennamen für den Markt der Möglichkeiten, den meistbelasteten Mittelständler sowie Viralspots.

Alle Hinweise und Wettbewerbe waren in der MitMachArena wiederzufinden. Die war schon im Januar 2009 gestartet. Bis zum Ende des Wahlkampfes fanden sich dort 45.366 Unterstützer ein. Damit setzte sich die FDP an die Spitze: Keine andere Partei konnte in einem eigenen Netzwerk mehr Supporter sammeln.

In der eigenen Wahlkampfplattform bündelten die Liberalen im Wahlkampf ihre interaktiven Dialogangebote und alle weiteren wichtigen Wahlkampf-tools. Außerdem fanden sich in der MitMachArena übersichtlich und auf einen Blick alle Werbemittel, Argumentationshilfen, Flugblattvordrucke, die TV- und Hörfunk-Spots und vieles mehr rund um den Wahlkampf. Exklusive Videobotschaften von Dirk Niebel und Guido Westerwelle, die den registrierten Unterstützern einen ganz speziellen Einblick in den Wahlkampf gaben, waren ein weiterer Erfolgsgarant für die MitMachArena.

The image shows a screenshot of the MitMachArena website. At the top, there's a navigation bar with the FDP logo and the slogan 'FREUNDE DER FREIHEIT'. Below this, there's a large banner area with the text 'mit mach arena' and 'Alle Mitmach-Angebote'. To the right, there's a user profile section titled 'Ihre Spende' with a profile picture and a list of options: 'Meine Daten', 'Meine Nachrichten', 'Passwort ändern', 'Punktestand: 20', and 'Punkte einlösen'. Below the banner, there's a section for 'Freunde der Freiheit' with 35962 members and a grid of profile pictures. A central banner reads 'Deutschland kann es besser. Wofür wir stehen...'. The right sidebar features social media links (Facebook, Twitter), a section titled 'Wir wählen FDP, weil...' with a video thumbnail, and a 'Themen' section listing topics like 'Menschenrechte', 'Rechtsstaat', and 'Innovation'.

Die Bedeutung des Internets als eine der tragenden Säulen im dialogorientierten Wahlkampf der FDP lässt sich an den Zahlen ablesen: Die MitMachArena hatte im Mai 226.000 Besucher und im September dann über 500.000. Die Zugriffszahlen bei my.fdp.de stiegen von 600.000 auf 700.000. Dort sendeten sich 14.000 aktive Nutzer allein im Monat September über 15.000 Nachrichten. Ein weiterer Beleg für den Erfolg der Strategie, dass sich die Unterstützer vernetzen und die Kampagne selbst weitertragen.

11.3. Soziale Netzwerke

Aber auch in den großen, bereits bestehenden sozialen Netzwerken war die FDP erfolgreich aktiv. Gerade studiVZ entpuppte sich mit seinen über zehn Mio. registrierten Usern in der Altersgruppe der 18- bis 30-Jährigen als ideale Plattform, um gerade die so wichtigen Jung- und Erstwähler anzusprechen. Mit insgesamt weit über 580.000 Zugriffen auf die Profile von Guido Westerwelle und der FDP belegten sowohl der Spitzenkandidat als auch die Partei den zweiten bzw. ersten Platz im Ranking.

Neben den Aktivitäten in den sozialen Netzwerken war die FDP aber auch in anderen Bereichen des Onlinewahlkampfes Vorreiter. So wurden bspw. auf live.fdp.de die wichtigsten Wahlkampfveranstaltungen sowie die Parteitage per Live-Stream ins Netz und damit in die ganze Welt übertragen. Die FDP war aber auch bei Google aktiv und äußerst erfolgreich. Mit ihrer AdWords-Kampagne (FDP+PLZ) hat die FDP bewiesen, wie man auf intelligente Art und Weise eine Verknüpfung zwischen dem Online- und dem Offline-Wahlkampf herstellen kann.

Das Ziel dieser Kampagne war es, durch die gezielte Vernetzung aller Push-Maßnahmen (z. B. Kandidaten-Plakat) mit einer regional-spezifischen Landezone über die Suchfunktion bei Google eine hohe Relevanz für den Nutzer zu schaffen. Durch die Eingabe „FDP“ in Kombination mit der Eingabe einer „Postleitzahl“ (z. B. FDP + 10117) konnte man den jeweiligen FDP-Direktkandidaten des entsprechenden Postleitzahlengiebts bzw. des zugehörigen Wahl-

kreises bei Google finden. Über dem „organischen“ Suchergebnis erschien ein spezifischer Link zur jeweiligen Landezone des Direktkandidaten.

11.4. FDP-Bürgerfonds – Von Obama lernen

Der FDP-Bürgerfonds verknüpfte die Offline- mit der Online-Akquise. Denn auch bei der Spendenakquise setzt die FDP aufs Internet. Über den Dialog können wir nicht nur Spender erreichen, sondern auch eine klare Beziehung zur Partei herstellen. So wurden unter fdp-buergerfonds.de unter anderem auch Kampagnen und Aktionen der FDP in den Mittelpunkt gerückt, um den Menschen zu signalisieren: Auch eine kleine Spende hilft, um am Politikwechsel mitzuwirken. Anhand einer Spendenuhr konnte jeder ablesen, wie viel er zum Erfolg beigetragen hat.

Die Unterstützung eines speziellen Zwecks wurde in vielen Fällen vor allem durch Kleinspenden zur bedeutenden Kraft. Mit den Mitteln konnten etwa Flyer, „Solms-Bierdeckel“ und Plakate gedruckt und Anzeigen geschaltet werden. Der FDP-Bürgerfonds hatte zudem allen Internet-Spendern die Möglichkeit gegeben, im Spendenparlament unter den verschiedenen Optionen einen Favoriten auszuwählen, für den die gemeinsam erzielten Mittel verwendet werden. Diese wiederum votierten dafür, am Wahl-Wochenende zwölf ganzseitige Zeitungsanzeigen mit prominenten Unterstützern zu schalten.

Bei der Initiative „Spenden Parlament 09“ ging es dem FDP-Bürgerfonds um Transparenz und um die demokratische Beteiligung an der Finanzierung des Wahlkampfes. Die Spenden, die über das Parlament eingingen, flossen in ein gemeinsames Wahlkampf-Budget. Das galt auch für die Kleinstspenden der Aktion www.jederpixelzaehlt.de. Wer spendete, konnte per Spenden-SMS mitgestalten und illustrieren, wie Deutschland es besser kann. Mit jeder Drei-Euro-Spenden-SMS wandelte sich ein Pixel des Bildes vom sozi-



alistischen Schreckensszenario in Deutschland, das es besser kann. Das Abstimmen über die Verwendung der gewonnenen Mittel folgte der liberalen Grundausrichtung des Wahlkampfes: Die FDP setzt auf den Wahlkampf von unten und den direkten Dialog mit dem Bürger.

11.5. Portal Liberal – Offener Dialog im Internet

Das Superwahljahr 2009 hielt für die Liberalen einige Höhepunkte bereit. Anfang August 2009 sind die Liberalen mit ihrem völlig neuartigen Informationsangebot ans Netz gegangen: Das Portal Liberal wurde von einer Zugangsplattform zu einem Beteiligungsformat ausgebaut. Aktualität und Bürgerbeteiligung stehen dabei im Mittelpunkt.

Das liberale Nachrichtenportal sucht damit unter Deutschlands Parteien seinesgleichen. Nicht nur Konzept und Design sind neu, sondern auch die Mischung der schon aus dem US-Wahlkampf bekannten Online-Ideen. Der Reiz des Portals besteht darin, dass es das Dialog- und Informationsangebot vereint. Es stößt so die Tür zu einer neuen Form politischer Kommunikation auf: dem Gespräch mit dem Bürger. Informieren, motivieren, mobilisieren lautet die Devise.

Wie gewohnt präsentiert Portal Liberal journalistisch aufbereitete Informationen aus der liberalen Politik. Themen und Stil der Berichterstattung, Serviceangebote, aber auch die Gelegenheit, offen und kritisch an der Meinungsbildung einer Partei teilzuhaben, unterstreichen einmal mehr die Vorreiterrolle der Liberalen im Internet.

So vernetzt die FDP als erste Partei in Deutschland ihre Internet-Seiten mit Facebook, dem weltweit größten Social Network, und unterstreicht die Bereitschaft zum offenen Dialog mit den Menschen. Facebook-Nutzer können mit „Facebook Connect“ alle Artikel auf www.fdp.de kommentieren oder Artikel mit ihren Kontakten teilen. „User Generated Content“ ist für die Liberalen eben keine Worthülse, sondern Schwerpunkt der gesamten Kampagne im Superwahljahr 2009. Das neue Portal bietet noch mehr Möglichkeiten, sich einzubringen. So ist die Vernetzung der liberalen Community mit den großen Sozialen Netzwerken Myspace, studiVZ, Flickr



und Twitter ein weiterer Baustein für die Verbreitung liberaler Inhalte im Social Web.

Das neue Portal Liberal wurde vom Universum Verlag und der Universum Online AG konzipiert und umgesetzt. Die Internet-Redaktion der Liberalen wird von der Universum Kommunikation und Medien AG in Berlin betrieben.

11.6. Liberale Handschrift der Koalitionsvereinbarung – Wir halten Wort

Die Bürgerinnen und Bürger haben den Freien Demokraten bei der Bundestagswahl viel Vertrauen geschenkt. Mit dem schwarz-gelben Koalitionsvertrag dokumentiert die FDP, dass sie diesem Vertrauen gerecht werden will. Seit Ende Oktober 2009 regiert die christlich-liberale Koalition in Deutschland. Und der Politikwechsel wird greifbar – die Weichen sind gestellt.

Unter wirhaltenwort.fdp.de präsentiert die FDP ihre Fortschritte bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages in einer Übersicht. Und dieses Angebot wird weiterentwickelt. Dabei soll berücksichtigt werden, dass mobile Anwendungen und Websites als Kanal für die Interaktion mit dem Besucher zunehmend an Bedeutung gewinnen: Mit einem Zeitstrahl werden auf anschauliche und interaktive Weise die Fortschritte dargestellt.

11.7. Chancen für morgen – Eine Einladung zur Beteiligung

Durch die großen Erfolge der FDP bei der Bundestagswahl 2009 sind die Liberalen Regierungspartei und die Kraft der Freiheit für ganz Deutschland geworden. Mit der Programm-Debatte will die FDP das Signal setzen, dass sie als liberale Bürger- und Programmpartei ein starkes Mandat für die Gestaltung der Zukunft verdient hat. Der Freiheitskongress am 2. Oktober 2010 war der öffentlichkeitswirksame Auftakt zur Debatte, gleichzeitig startete der Internet-Auftritt chancen-fuer-morgen.de. Denn: Die Grundsatzprogramm-Debatte lebt von der breiten Beteiligung, von den Ideen und dem Engagement der Mitglieder und Freunde der FDP. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, sich als Orts- oder Kreisverband oder einzelnes Mitglied in die Debatte einzubringen und diese mit zu gestalten. Alle Elemente der Grundsatzprogramm-Debatte werden im Internet auf der Seite chancen-fuer-morgen.de abgebildet. Sie finden dort die grundlegenden Dokumente und Themen der Grundsatzprogramm-Debatte, das Diskussionsforum, eine vollständige Dokumentation des Freiheitskongresses vom 2. Oktober 2010 sowie aktuelle Terminhinweise.

11.8. Homepagebaukästen

Das Angebot der FDP an Mandatsträger und Untergliederungen, sich im Corporate Design der FDP einen eigenen Webauftritt einzurichten, wurde weiterentwickelt. Unter fdp-homepage.de stehen alle Informationen zu den Angeboten bereit. Für die Gliederungen ist es dadurch möglich, Artikel vom Portal Liberal, Argumente der Bundespartei oder Pressemitteilungen der FDP-Bundestagsfraktion automatisch in die Website zu integrieren und so den Auftritt mit geringem Aufwand aktuell zu halten.

Das Angebot wird von zehn Landesverbänden, über 500 Gliederungen und 36 kommunalen Mandatsträgern genutzt. Zurzeit werden in Kooperation mit sieben Landesverbänden zudem Länderplattformen betrieben, die das Content Sharing (Artikel, Termine etc.) zwischen den einzelnen Auftritten erlauben. Dieses erfolgreiche Modell soll weiter fortgeführt werden – auf der Plattform Bayern wurden beispielsweise seit März 2010 insgesamt 61 Test-Accounts angelegt, von denen 22 bereits online gegangen sind. Hier zeigt sich einmal mehr: Das Internetangebot der Liberalen geht nicht nur in die Tiefe, es ist auch weit verzweigt.

11.9. FDP stellt sich im Netz neu auf

Für Mitte 2011 ist der Relaunch des Parteauftritts geplant. Ziel: Das inhaltliche Profil der FDP einer möglichst breiten Öffentlichkeit aktuell, informativ und dabei authentisch und glaubwürdig näherzubringen. Denn: Die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2013 sind beträchtlich. Nicht nur politisch, sondern auch technologisch. Der nächste Wahlkampf wird sich noch stärker auf das Internet stützen.

Um das verloren gegangene Vertrauen der Wähler in die FDP zurückzugewinnen, steht der Relaunch des Parteauftritts im Zeichen der Kampagnenfähigkeit und des Dialogs: Der neue Internetauftritt wird zum Kommunikations- und Informationsknotenpunkt der FDP im Internet. Dem Nutzer werden in einer einfachen, klaren und akzentuierten Sprache die Inhalte der FDP vermittelt. Durch die Integration von Dialog- und Beteiligungsangeboten wird die Vernetzung und Bindung der Mitglieder gefördert. Durch die Verknüpfung der Inhalte mit dem Social Web wird das Fundament für eine erhöhte Aufmerksamkeit und die schnelle Weiterverbreitung der Themen gelegt – und Transparenz geschaffen.

11.10. Bundesparteitage live auf allen Kanälen

Das Internet ist für die Liberalen längst nicht mehr nur ein Instrument, sondern vielmehr zu einer Philosophie geworden. Mittlerweile Standard ist daher auch die Live-Berichterstattung von den Bundesparteitagen auf allen Kanälen. Allen voran live.fdp.de. Dort kann jeder, der nicht vor Ort ist, fast jede Facette des Parteitags erleben – neben der Berichterstattung auf parteitag.fdp.de. Daneben wurde das neue Sende-Format „FDP in 100 Sekunden“ eingeführt. So entsteht ein facettenreiches Bild des Parteitags abseits der Reden und Anträge. Neben der offiziellen Berichterstattung gibt es auch für Blogger und Twitterer ein Forum. Mit dem Ergebnis, dass neben der großen Politik auf der Bühne auch die kleine Politik auf den Delegiertenbänken, in der Presse-Lounge und in vielen Parteitagsbetrachtungen transportiert wurde. Eine noch stärker ausgeprägte Parteitagsverdichtung ist dann den Twitterern zu verdanken, die auch von den Abendveranstaltungen berichten. Und nicht zuletzt gibt es auch viele Fotos zeitnah bei Flickr zu bestaunen. Unter flickr.com/photos/liberale findet man alle Fotos rund um die Liberalen.

12. FDP-Landesverband LV Net

Vorsitz: **Manuel Höferlin**

Auch in den vergangenen beiden Jahren hat sich der Mitgliederzuwachs des FDP LV Net fortgesetzt. Mit fast 600 Mitgliedern ist der FDP LV Net weiter gewachsen. Im April 2010 wurde der Vorstand neu gewählt. Der Bundestagsabgeordnete Manuel Höferlin ist seitdem Vorsitzender des FDP LV Net, Maja Pfister ist zur Wiederwahl nicht mehr angetreten. Alle anderen Vorstandsmitglieder wurden im Amt bestätigt.

Mit Anträgen zu Kinderbetreuungskosten und Ganztagschulen, zum Jugendmedienschutzstaatsvertrag und dem Leitantrag „Politik in der und für die Informationsgesellschaft“ hat sich der FDP LV Net auf den letzten Parteitag mit einer breit gefächerten Programmatik befasst. Im ständigen Forum des FDP LV Net debattieren Liberale im In- und Ausland über aktuelle politische Entwicklungen. Die Beschlüsse sind auf der Website des Verbandes unter lvnet.fdp.de zu finden.

Neben bundesunmittelbaren FDP-Mitgliedern und FDP-Mitgliedern im Ausland engagieren sich FDP-Mitglieder im Internet-Landesverband, die sich aufgrund von Familienphase, beruflicher Mobilität, ungewöhnlichen Arbeitszeiten oder anderen persönlichen Gründen orts- und zeitunabhängig an der Parteiarbeit beteiligen wollen und es sonst nicht könnten. Neue Medien für mehr Bürgerbeteiligung zu nutzen kann kein Selbstzweck sein, sondern



„Stabübergabe“ der alten Vorsitzenden Maja Pfister an den neuen Vorsitzenden Manuel Höferlin beim Bundesparteitag im Mai 2010, im Hintergrund Stephan Schulz von der Universum AG, rechts der Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff.

eine Möglichkeit, es den Menschen zu erleichtern, sich mit ihren Ideen einzubringen und dadurch die Chance zu erhalten, demokratische Entscheidungen zu beeinflussen. Der US-amerikanische Wahlkampf hat eindrucksvoll die Möglichkeiten der neuen Medien in der politischen Kommunikation aufgezeigt. Der FDP LV Net als virtueller Verband ist ein Praxisbeispiel für E-Demokratie.

Seit Mitte 2010 ist der Verband in der Lage, konventionelle Parteitage vollständig digital im Netz abzubilden und die eigenen Versammlungen exakt in dieser Form abzuhalten. Anträge werden nacheinander in erster, zweiter und dritter Lesung behandelt. Über die Anträge kann mithilfe eines Tools geheim abgestimmt werden, sogar Geschäftsordnungsanträge sind möglich. Bei der Wahl des Vorstands findet zwingend eine geheime Abstimmung statt.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2010 wurde eine Social-Network-Kampagne mit einer eigenen facebook-Seite und einem Twitter-Account geplant, die ab 2011 zum Tragen kommen soll. Damit wird die Online-Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter vorangebracht.

13. FDP-Bürgerfonds

Leitung: **Hermann Otto Solms**

Der Bürgerfonds ist ein großes Netzwerk aus Wirtschaft, Kultur und Politik mit dem Ziel der Unterstützung liberaler Politik. Er konnte den Bundestagswahlkampf 2009 aktiv unterstützen, denn kein erfolgreicher Wahlkampf ohne die nötigen Mittel.

Am 30. April 2009 wurde beim traditionellen bundesweiten Fundraising Dinner in Berlin der Startschuss zur Fundraising-Offensive im Superwahljahr 2009 gegeben. Zahlreiche weitere Dinner waren sehr erfolgreich für die Spendensammlung. Aber auch die Internet- und Multiplikatoren-Kampagne stand im Mittelpunkt der Arbeit des Bürgerfonds. So konnten die Spender bereits ab drei Euro pro SMS ein Schreckensbild des grauen Staatssozialismus mit Hammer und Sichel und Lafontaine Pixel für Pixel in blaugelbe Freiheit verwandeln.

Im September 2010 gab es ein Spendertreffen in Berlin. Bei diesem Treffen gewann die Parteiführung interessante Einschätzungen und nützliche Anregungen aus dem Kreis



*Fundraising Dinner in Berlin:
Dr. Christiane Solms, Dr. Hermann Otto Solms und Sky du Mont.*

wichtiger Förderer der liberalen Sache durch positive wie auch negative Kritik.

Anfang Oktober 2010 fand das bundesweite Fundraising Dinner zum ersten Mal im Herbst statt. Ca. 150 Teilnehmer folgten dem Aufruf der Unterstützer. Am Abend bot sich die Gelegenheit, bei vielen interessanten Gesprächen über die aktuelle Politik neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu vertiefen. Es war wieder ein sehr erfolgreiches Treffen und somit haben die Unterstüt-

Der Dialog mit den Bürgern ist ein entscheidendes Element im Wahlkampf.

zer beschlossen, diese Veranstaltungsform auch in den kommenden Jahren beizubehalten.

14. Im Dialog zum Erfolg – Die Kampagnen zur Bundestagswahl 2009

Das entscheidende Element der Kampagnen zur erfolgreichen Bundestagswahl 2009 war der Dialog. Anstatt nur einseitig Informationen und Botschaften zu senden, stand die möglichst weitgehende Einbindung der Menschen im Mittelpunkt. Unter dem Claim „Deutschland kann es besser“ suchte die FDP den Dialog mit Bürgern, Interessenten und Mitgliedern und schuf mit der „Mit-MachArena“ einen virtuellen Raum im Internet für den gezielten Austausch von Anliegen mit Blick auch auf das Wahlprogramm der Liberalen. Hans-Jürgen Beerfeltz, als Bundesgeschäftsführer zu dieser Zeit hauptverantwortlich für den Wahlkampf der Partei, hatte frühzeitig erkannt, dass „immer weniger Menschen den Botschaften vertrauen, die einseitig über die Massenmedien wie das Fernsehen oder die Zeitung vermittelt werden. Die



Leute wollen selbst etwas zur öffentlichen Debatte beitragen.“

Der „Dialogwahlkampf“ funktionierte neben der hauseigenen Internetplattform „MitMach Arena“ über die sozialen Netzwerke im Internet wie facebook, studivZ, meinVZ oder Xing. Auch per E-Mail, SMS, Telefon, persönlich im FDP-Info-point oder ganz klassisch per Brief wurde mit den Menschen kommuniziert. „Keine Partei kann Dialog besser als unsere FDP“,

sagte Beerfeldt. Weil die Liberalen für mehr Freiheit des Einzelnen stünden, müsse man sich gerade auch im Wahlkampf mehr um die Wünsche und Ideen des Einzelnen kümmern.

Diese breite, dabei aber individuelle Kommunikation erforderte auch große personelle Ressourcen. Deshalb galt es, neben den hauptamtlichen Mitarbeitern der Partei auch ehrenamtliche Wahlkämpfer in die Kampagne einzubinden. Bereits am 1. Mai 2009, also noch vor der Europawahl, nahm das MitMachZentrum der FDP-Bundespartei seine Arbeit auf. Mit zunächst jeweils zehn und später mit bis zu 16 Freiheitskämpfern bildete das MitMachZentrum die erste Anlaufstelle für den Wahlkampfdialog. Während des Wahlkampfes wurden allein hier über 5.000 schriftliche und telefonische Bürgeranfragen prompt beantwortet. Diese Strategie mündete zunächst in diversen Testauszeichnungen, bei denen die FDP mit Blick auf Servicequalität und Bürgerdialog mehrfach als Testsieger hervorging, und trug schließlich ihren Teil zum hervorragenden Abschneiden bei der Bundestagswahl bei. Flankiert wurde dieser Kommunikationseinsatz durch mehrere zielgruppenspezifische Direct Mailings an insgesamt über 285.000 Empfänger und gekrönt vom Versand von fünf Millionen Abschlusspostkarten.

Von den ehrenamtlichen Freiheitskämpfern ebenfalls unterstützt wurde die „Westerwelle-Tour“, die vom 24. August 2009 bis zum Wahltag mit insgesamt 34 Großveranstaltungen, davon 18 auf offenen Plätzen, durch ganz Deutschland führte. Von Flensburg hoch im Norden über Freiburg tief im Süden, Köln im Westen bis hin zu Cottbus weit im Osten hat Guido Westerwelle Marktplätze und Säle gefüllt. Die gute



Das MitMachZentrum war erste Anlaufstelle für den Wahlkampfdialog.

Resonanz bestätigte die Planungen: Es war richtig, auch wieder auf die großen Plätze zu gehen.

Sowohl bei der Tour als auch von den Untergliederungen vor Ort wurden zahlreiche Werbemittel eingesetzt, die von den Kreativteams der Partei in Zusammenarbeit mit dem liberal Verlag entwickelt worden waren. Insgesamt wurden für den Bundestagswahlkampf 97 verschiedene Werbemittel angeboten, die auch bei den Untergliederungen sehr gut ankamen: Insgesamt wurden 1.312 Bestellungen verzeichnet. Mittels des „Print- und Dialogmanagementsystems“ konnten sich die Nutzer selbst das benötigte Werbematerial personalisieren und als Datei downloaden bzw. direkt in den Druck geben. Auch die Bereitstellung der Kampagnenelemente im Internet erwies sich als sehr vorteilhaft und verhalf der Kampagne zur Verbreitung in allen Untergliederungen. Durch derartige Maßnahmen wirkte der Auftritt der Partei so professionell und geschlossen einheitlich wie nie zuvor. Neben 170.000 Plakaten in den Größen DIN A0 und A1 kamen 3.600 mobile Großflächen, 5.400 kommerzielle Großflächen, Litfaßsäulen, Superposter und dergleichen, 120.000 Kleinwerbemittel und 1.350.000 Flug- und Faltblätter zum Einsatz. Daneben wurden ein Fernseh- und ein Hörfunkspot sowie mehrere Webclips entwickelt. Sie griffen den zentralen Claim „Deutschland kann es besser“ auf und zeichneten das optimistische, liberale Weltbild nach.

Hauptverantwortlich für die Gesamtkonzeption des Bundestagswahlkampfes 2009 zeichneten Hans-Jürgen Beerfeldt (Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter), Martin Biesel (Büroleiter des Bundesvorsitzenden),



Die Mitglieder des Mentoring-Programms 2010 während des Bundesparteitages in Köln.

alle Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle sowie Christian Rénatus (Wahlkampfkoordinator), Torsten Grau, Thomas Diener und Thomas Scheffer und Hei-drun Tampe. Beratend wirkten Helmut Andreas Hartwig (Kreativ-Koordination), Egbert Deekeling, Martin Huber, Jürgen Knauss, Willi Schalk sowie die Agenturen Reins Classen, Avantgarde, Agency, Alexander Mackat, Euro RSCG, WE DO Communications und WeigertPirouzWolf als Kampagnenverbund mit.

15. Mentoring-Programm der FDP

Die FDP will attraktiver für Frauen werden. Deshalb wurden die laufenden frauenspezifischen Maßnahmen optimiert und weiterentwickelt. Auf Initiative der Arbeitsgruppe „Frauen“ unter der Leitung von Cornelia Pieper führt die FDP seit 2008 jährlich das Mentoring-Programm „Top-Nachwuchs-Talent“ durch. Es dient der Qualifikation für Schlüsselpositionen in Behörden, Ministerien und auf der politischen Entscheidungsebene.

In der dreijährigen Mentoring-Pilotphase, die am 31. Dezember 2010 endete, wurden zunächst nur Frauen in das Programm aufgenommen. Insgesamt wurden 90 Frauen gefördert. Darunter haben sieben Frauen erfolgreich für das Europaparlament und für einzelne Landtage kandidiert und zum ersten Mal ein politisches Mandat in ihrer beruflichen Laufbahn übernommen. Dazu zählt auch Katja Suding, die als Spitzenkandidatin die Libe-

ralen in Hamburg wieder in die Hamburger Bürgerschaft zurückgeführt hat.

Trotz aller Bemühungen und erster Mentoring-Erfolge ist der Frauenanteil in der FDP nach wie vor unbefriedigend. Deshalb bestätigt der Bundesvorstand am 7. Februar 2011 seine bereits beschlossene Zielsetzung, in der FDP einen Anteil von 30 Prozent Frauen in Mitgliedschaft und unter den Funktions- und Mandatsträgern zu erreichen, so wie es im Präsidium mit 30 Prozent und im Fraktionsvorstand mit 45 Prozent bereits erreicht ist.

Vor diesem Hintergrund wird das Mentoring-Programm der FDP fortgesetzt und bleibt so lange auf Frauen konzentriert, bis der Anteil weiblicher Mandats- und Funktions-träger sowie weiblicher Mitglieder zufriedenstellend ist. Die Bundesgeschäftsstelle wird das Mentoring-Programm auf Basis der durchgeführten Evaluation und gewonnenen Erfahrungswerte konzeptionell weiterentwickeln.

16. Liberaler Parteiservice (LiPS)

Der Liberale Parteiservice (LiPS) ist der innerparteiliche Dienstleister, der seit seiner Gründung 1999 die Dienstleistungsfähigkeit der Partei durch größere Kooperation zwischen den Landesverbänden, durch Verlagerung von organisatorischen Aufgaben und Schaffung eines gemeinsamen Angebots für zentrale Aufgaben stärkt.

Der Schwerpunkt liegt im Bereich der Buchhaltung und Rechenschaftslegung für die Untergliederungen. LiPS bearbeitet zudem die Buchhaltung der meisten Landesverbände und ist hauptverantwortlich für die Erstellung des konsolidierten Rechenschaftsberichts der Bundespartei und der Landesverbände. Die Kosten der gemeinsamen Aufgaben von LiPS werden je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden durch Vorwegabzug aus der auf Beitrags- und Spendenaufkommen errechneten staatlichen Teilfinanzierung getragen.

Die Budgethoheit liegt in den Händen der Konferenz des Bundes- und der Landesschatzmeister, die über den jährlichen Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung von LiPS entscheidet. Zusätzliche Dienstleistungen, die von den Gliederungen über die gemeinsamen Projekte hinaus in Anspruch genommen werden, sind nach dem Kostendeckungsprinzip direkt den betreffenden Gliederungen in Rechnung zu stellen.

Darüber hinaus ist der Liberale Parteiservice sowohl für Organisationsdienstleistungen als auch für die Beratung von Satzungs- und Schiedsgerichtsfragen zuständig. LiPS führt auch die Geschäftsstelle des Bundessatzungsausschusses und des Bundesschiedsgerichtes.

Mitglieder des LiPS-Beirates sind die Hauptgeschäftsführer der Landesverbände. Vorsitzende des Beirates ist die Bundesgeschäftsführerin. Für das operative Geschäft ist der geschäftsführende Koordinator, der von den Mitgliedern des Beirates gewählt wird, zuständig. Er vertritt LiPS nach außen und koordiniert die Gesamtarbeit.

Um den erheblich verschärften Anforderungen des Parteiengesetzes gerecht zu werden, hat der Bundesschatzmeister gemäß § 14 (2) der Finanz- und Beitragsordnung aufgrund des Beschlusses der Landesschatzmeisterkonferenz vom 21. März 2003 zur einheitlichen Gestaltung des Rechnungswesens im Sinne des Parteiengesetzes verbindliche Richtlinien herausgegeben. Die Einführung einer einheitlichen Software für die gesamte Partei und die Vorgabe an die Gliederungen, ihre Buchhaltung und Rechenschaftslegung durch den Liberalen Parteiservice in zentralen Buchungszentren bearbeiten zu lassen, sind hier die zentralen Punkte.

Der Liberale Parteiservice erstellt und versendet für alle Mitglieder und Spender die Zuwendungsbestätigungen. Um diese ausstellen zu können, ist es erforderlich, dass alle Orts- und Kreisverbände ihre Buchhaltungsunterla-

gen beim Liberalen Parteiservice zur Bearbeitung einreichen. Je nach Größe des Verbandes haben die Landesschatzmeister Buchhaltungsintervalle beschlossen, um einen steten Beleg- und Bearbeitungsfluss in den Buchungszentren Bonn und Berlin zu ermöglichen und Bearbeitungsstaus zum Jahresbeginn wegen der Erstellung der Rechenschaftsberichte zu vermeiden.

Mit Einführung der zentralen Verbuchung wurde den Untergliederungen zudem ermöglicht, die Auswertungen ihrer Buchhaltung online über das Funktionsträger-Portal einzusehen. Zudem haben sie Zugriff auf ihre Mitgliederdaten und können hier Änderungen vornehmen und Interessenten verwalten. Das System wird zunehmend von mehr Gliederungen genutzt und wird gemeinsam mit den Nutzern weiterentwickelt. Zurzeit wird die originalersetzen Digitalisierung der Belege vorbereitet.

Traditionell unterstützt der Liberale Parteiservice auch die wahlkampf führenden Landesverbände, die nicht parlamentarisch vertreten sind, in den Fällen, in denen dort ausreichende Ressourcen für Personaleinsatz nicht zur Verfügung stehen. Im Erfolgsfall bei Wiedereinzug ins jeweilige Parlament fließen die so von der Solidargemeinschaft aufgebrauchten Mittel in die „Kampagnenkasse“ von LiPS zurück und stehen für kommende Aktivitäten zur Verfügung.

Ein Erfolgsmodell ist auch die innerparteiliche Liquiditätshilfe zwischen den einzelnen Gliederungen unter Steuerung durch LiPS. Gliederungen mit Bankguthaben stützen hierunter solche mit Liquiditätsengpässen. Auf diese Weise werden der Gesamtpartei erhebliche Kreditkosten erspart.



Der Liberale Parteiservice ist regelmäßig auf den Bundesparteitagen vertreten.

II. PROGRAMMARBEIT

1. Bundesfachausschuss Internationale Politik

Vorsitz: **Joachim Spatz**

Im Laufe des Berichtszeitraumes fand ein Wechsel im Vorsitz des BFA Internationale Politik statt. Nachdem Hellmut Königshaus das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages übernommen hatte, wurde Joachim Spatz vom Bundesvorstand mit der Leitung des BFA Internationale Politik beauftragt.

Der Bundesfachausschuss tagte in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt dreimal. Vorsitzende der Unterausschüsse sind gegenwärtig Christoph Schnurr (Sicherheit), Harald Leibrecht (Entwicklungszusammenarbeit), Alexander Graf Lambsdorff (Außenpolitik) und Markus

Löning (Europapolitik). Die Unterausschüsse haben zusätzlich separate Sitzungen durchgeführt. Regelmäßiger Bestandteil der Sitzungen des Bundesfachausschusses war die Teilnahme und Berichterstattung der Mitglieder des AK I (Internationale Politik) der FDP-Bundestagsfraktion sowie der Vertreter der FDP im Europäischen Parlament.

Die Schwerpunkte der ersten Sitzung des BFA im Februar 2010 bildeten neben der Konstituierung und der Klärung technischer Verfahrensabläufe die Berichte des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Guido Westerwelle, und des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, sowie der Mitglieder des AK I.

Die zweite Sitzung im Oktober 2010 war von der Berichterstattung zum Thema „Ein Jahr liberale Regie-

Herzlicher Empfang für den Bundesaußenminister Guido Westerwelle auf dem Tahrir-Platz in Kairo während seines Ägypten-Besuches.





Der BFA Wirtschaft und Arbeit begrüßt die klare Haltung des Bundeswirtschaftsministers zur Opel-Rettung.

rungsverantwortung in der deutschen Außenpolitik“ geprägt. Dazu informierten aus Reihen der Bundesregierung neben dem Bundesminister des Auswärtigen auch Staatsminister Dr. Werner Hoyer sowie die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gudrun Kopp. Zudem wurden Anträge zu den Themen „Nabucco“ und „Iran“ beraten sowie ein Positionspapier „Deutsche Sicherheitspolitik in einer multipolaren, globalisierten Welt“ verabschiedet.

Das Datum der dritten Sitzung des BFA (15. und 16. April 2011) lag terminlich hinter dem redaktionellen Ende des Geschäftsberichts. Aus diesem Grund konnten seine Ergebnisse keine Berücksichtigung im Beitrag des BFA zum Geschäftsbericht 2009–2011 finden.

2. Bundesfachausschuss Wirtschaft und Arbeit

Vorsitz: **Dr. Klaus von Lindeiner**

Im Berichtszeitraum kam der Bundesfachausschuss Wirtschaft und Arbeit zu fünf Plenarsitzungen zusammen, viermal im Traditionshotel in Fulda-Künzell, einmal war der BFA zu Gast beim bayerischen Wirtschaftsminister Martin Zeil und der FDP-Landtagsfraktion in München. Zwischen den Plenarsitzungen trafen sich die Unteraus-

schüsse/Arbeitsgruppen: „Wettbewerb und Ordnungspolitik, einschließlich Energiepolitik“ (Leitung: Klaus Bün-ger), „Globalisierung“ (Karl-Heinz Paqué), „Wirtschaft und Ethik“ (Gerhard Dieterle) sowie „Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht“ (Berthold Bahner). Stellvertretende Vorsitzende des BFA sind Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Dr. Jan B. Rittaler und Volker Thiel.

Zu den festen Bestandteilen der Sitzungen gehörten die „Aktuellen Stunden“ mit, je nach Abkömmlichkeit, Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle, dem Parlamentarischen Staatssekretär Ernst Burgbacher und/oder Vertretern der Bundestagsfraktion (Claudia Bögel, Klaus Breil, Paul Friedhoff). Dabei wurde der Ausschuss frühzeitig über die jeweils in Berlin anstehenden Themen informiert, so in der Herbstsitzung 2009 über die Koalitionsverhandlungen, später über die Vorhaben des Wirtschaftsministeriums und der Fraktion. In den stets offenen, zuweilen kritischen Diskussionen konnten auch die Mitglieder des BFA deutlich machen, wie die fachlich interessierte Parteibasis über die Überlegungen und Entscheidungen der Führungsspitze denkt.

In zwei Gastvorträgen mit externen Fachleuten ging es um die „Reform der Bundesanstalt für Arbeit“ und die „Sicherstellung strategischer Rohstoffe“. Zum letztgenannten Thema hat der Ausschuss zum 61. Ord. Bundesparteitag in Köln einen Antrag gestellt.

Beispiele für weitere behandelte Themen: Für und Wider des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“, Regulierung

der Finanzmärkte, Folgen und Lösungsmöglichkeiten der Euro-Krise, Unternehmensgründungen, Privatisierung der Berufsgenossenschaften und sogenannte Mikrofinanzierungen.

Über konkrete und aktuelle Einzelthemen hinaus versteht sich der Ausschuss traditionell als „Hüter“ der liberalen Ordnungspolitik. Seine diesbezüglichen Grundsatzpapiere wurden von den Bundesparteitagen stets mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Und die klare marktwirtschaftliche Haltung Rainer Brüderles und der Fraktion zur „Opel-Rettung“ und zum Thema „ACS/Hochtief“ macht Mut.

Von solchen Ausnahmen abgesehen aber beobachten wir mit Sorge, dass infolge der gottlob inzwischen abklingenden Finanzkrise die überwiegende Mehrheit der Medien und viele Politiker bis hin zu Teilen der Unionsparteien das Heil in mehr staatlichem Dirigismus sehen.

Unsere Hoffnung setzen wir auf das derzeit zu erarbeitende neue Grundsatzprogramm. Es muss klare und offensive marktwirtschaftliche Signale aussenden. In dieser Zielsetzung erwarten wir, dass unser Angebot zu aktiver Mitarbeit angenommen wird.

3. Bundesfachausschuss Finanzen und Steuern

Vorsitz: **Dr. Volker Wissing**

Der BFA Finanzen und Steuern hat sich am 5. und 6. März 2010 in Berlin konstituiert. Zu den Stellvertretern des Vorsitzenden wurden Matthias Lefarth und Hermann Rind gewählt.

Der BFA begründete folgende Arbeitsgruppen:

AG Steuerverfahrensrecht/Steuervereinfachung, Vorsitz: Matthias Lefarth, AG Umsatzsteuer, Vorsitz: Hermann Rind, AG Kapitalmarkt, Vorsitz: Frank Schäffler, AG Verbrauchssteuern, Vorsitz: Siegfried Pick, AG Föderalismus/Finanzausgleich, Vorsitz: Horst-Jürgen Lahmann, AG Öffentliche Haushalte, Vorsitz: Dr. Birgit Reinemund. Im Laufe des Berichtszeitraumes sind darüber hinaus noch drei weitere Arbeitsgruppen begründet worden, um aktuelle Entwicklungen aufzugreifen: AG Grundsteuern,



Der BFA Finanzen und Steuern erarbeitete FDP-Alternativen zur Grundsteuerreform.

Vorsitz: Dr. Birgit Reinemund, AG Energiebesteuerung, Vorsitz Karsten Lege und AG Ehe- und familienbezogene Leistungen, Vorsitz: Dr. Birgit Reinemund.

Neben der Begleitung der aktuellen steuer- und finanzrechtlichen Gesetzgebung waren die Schwerpunkte der Arbeit des BFA:

Erarbeitung einer FDP-Alternative zu den Vorschlägen der Länder zur Grundsteuerreform, Mitwirkung bei dem Antrag zur Einkommensteuerstrukturreform für den Bundesparteitag 2010, insbesondere dem Teil der Unternehmensbesteuerung, Vorbereitung und Beschluss eines Antrages zur Gemeindefinanzreform, Entwicklung eines Reformkonzeptes zur Steuervereinfachung für die Bürgerinnen und Bürger, Beschluss eines Antrages zum Föderalismus in der Bundesrepublik. Darüber hinaus wurde der Komplex der Umsatzbesteuerung thematisiert. Die Diskussion hierzu soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse der eingesetzten Kommission im 2. Halbjahr 2011 weiter vertieft werden. Außerdem wurden die Entwicklungen im Bezug auf die Euro-Stabilisierung in allen Sitzungen des BFA diskutiert.

Unsere Arbeit erfolgte in ständigem engem Kontakt mit der Bundestagsfraktion. Davon zeugt die regelmäßige Teilnahme der Bundestagsabgeordneten Dr. Birgit Reinemund, Dr. Hermann Otto Solms, Frank Schäffler, Björn Sängler und Dr. Daniel Volk an den Sitzungen. Wir haben in dieser Amtsperiode drei Sitzungen mit jeweils 50–60 Teilnehmern einschließlich Gästen abgehalten. Die vorbereitenden Arbeiten haben in zahlreichen Sitzungen der Arbeitsgruppen stattgefunden.

4. Bundesfachausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorsitz: **Dr. Christel Happach-Kasan**

Der Bundesfachausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz traf sich im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen: 5./6. März 2010 in Bielefeld, 3./4. September 2010 in Barleben und 4./5. März 2011 in Groß-Umstadt. Dabei wurden in Bielefeld die Dr. Oetker-Werke, in Barleben der Schaugarten der BioTechFarm GmbH auf dem Stiftungsgut Üplingen und in Groß-Umstadt das Testzentrum Technik & Betriebsmittel der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) besichtigt.

Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt des Bundesfachausschusses war bei allen Sitzungen die beginnenden Verhandlungen über die Zukunft der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2013. Hier stellt sich die Frage, wie das Einkommen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirte gesichert, Bürokratie abgebaut und die neuen EU-Mitgliedsstaaten angemessen beteiligt werden können. Der Bundesfachausschuss hat hierzu nach der Sitzung in Bielefeld einen Antrag für den Bundestag in Köln eingereicht. Ein weiterer Beschluss wurde zum Fischartenschutz mit dem Ziel gefasst, ein europaweites Management für den Kormoran voranzubringen und weiteren Maßnahmen zum Schutz der aquatischen Biodiversität.



Uwe Schrader, ehrenamtlicher Beirat der Firma Biotech Farm, begutachtet in Üplingen in einem Schaugarten für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen die Blüten einer gentechnisch veränderten Speisekartoffel.

Ein weiteres Thema war die Diskussion um die Grüne Gentechnik auf nationaler und europäischer Ebene. Der Bundesfachausschuss hat bei seiner Sitzung in Barleben einen Versuchsanbau in Üplingen besichtigt und die Probleme um Zulassung, Kennzeichnung und Grenzwerte von gentechnisch veränderten Organismen umfassend beraten. Ein weiteres Agrarthema sind die Gespräche über eine Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Insbesondere Änderungen bei der Fotovoltaik und der Förderung von Biogasanlagen wurden im Bundesfachausschuss besprochen.

Der BFA hat sich ebenso mit der Frage von Lebensmittelkennzeichnung und Lebensmittelsicherheit befasst. Es wurde ein Antrag verabschiedet, der sich für eine verständliche und informative Nährwertkennzeichnung anhand des 1+4-Modells einsetzt und die Lebensmittelampel ablehnt.

Auf der letzten Sitzung wurden die Ereignisse um Dioxinfälle in Futter- und Lebensmitteln besprochen und mögliche rechtliche Auswirkungen beraten. Außerdem hat der Ausschuss einen Antrag über die Verwendung der Restmittel der Absatzförderungsfonds beschlossen, der zum Bundestag in Rostock vorliegt. Die Bundestagsfraktion hat diesen Beschluss bereits in den laufenden Beratungen umgesetzt.

Ein wichtiger Schwerpunkt lag auf dem Themengebiet Verbraucherschutz. Der Bundesfachausschuss unterstützt die Arbeit der Bundestagsfraktion und unserer Ministerien für einen effizienten, wirkungsvollen Schutz unserer Verbraucherinnen und Verbraucher. Dabei wurden Verbraucherrechte bei Reisen, Bank- und Telefongebühren ebenso behandelt wie ein gesundheitlicher Verbraucherschutz. Alle Bürger sind von Regelungen zum Verbraucherschutz betroffen. Die FDP kann als Bürgerrechtspartei in diesem Themenbereich künftig mehr Zustimmung erwerben, wenn sie ihr Engagement auf diesen Bereich ausweitet.

Der BFA Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat durch seine engagierte Arbeit entscheidend dazu beigetragen, die fachliche Arbeit der Bundestagsfraktion und der Partei insgesamt zu verbessern. Er hat Anteil daran, dass das

unternehmerische, marktorientierte liberale Agrarprofil geschärft wurde und zunehmende Akzeptanz gefunden hat. Für die besonderen Herausforderungen der Agrarwirtschaft und des Verbraucherschutzes hat er gute Antworten entwickelt.

5. Bundesfachausschuss Soziales

Vorsitzender: **Michael Kauch**

Der Bundesfachausschuss Soziales betreut die Politikfelder der Ministerien für Arbeit und Soziales (ohne Arbeitsmarkt) sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Mittelpunkt standen im Berichtszeitraum die Diskussion um die Lehren der Finanzkrise für die private Altersvorsorge, die Männer- und Jungenpolitik sowie die Förderung von Freiwilligendiensten nach Aussetzung des Zivildienstes. Hinzu kam die Begleitung der verschiedenen Hartz-IV-Reformen aus sozialpolitischer Sicht – mit entsprechenden Hinweisen an die Bundestagsfraktion. Außerdem befasste sich der BFA intensiv mit einer Politik der Vielfalt (Diversity) in Bezug auf innerparteiliche Aspekte.

Der Bundesfachausschuss Soziales konstituierte sich am 7. Februar 2010 in Berlin. Stellvertretende Vorsitzende des BFA sind Ralf Grabow und Anja Koop. Es folgten fünf weitere Sitzungen am 17. April 2010, am 10. Juli 2010, am 20./21. November 2010 (Klausurtagung in Hannover), am 12. Februar 2011 und am 17. April 2011. Tagungsort war – mit Ausnahme der Klausurtagung – Berlin.

Themenspezifische Arbeitsgruppen bereiteten zwischen den BFA-Sitzungen die inhaltliche Arbeit vor. Es tagten die AG Behindertenpolitik, die AG Diversity, die AG Integration, die AG Rehabilitation sowie die AG Pflege und Heimrecht. Hinzu kam eine AG Arbeitsmarktpolitik gemeinsam mit dem BFA Wirtschaft und Arbeit.

Mehrere Mitglieder des BFA Soziales sind Mitglieder der Programmkommission. Michael Kauch leitet das Programmforum „Zukunft der Sozialen Verantwortung“.

Im Berichtszeitraum bildeten folgende Themenbereiche den Schwerpunkt der BFA-Arbeit:

Private Vorsorge und Finanzkrise: Analyse der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Rentabilität privater Vorsorge in Deutschland, Lehren aus der Finanzkrise hinsichtlich Aufsicht und Verbraucherschutz bei Altersvorsorgeprodukten, Diskussion der Ausrichtung auf Kapitaldeckung im Rahmen der liberalen Sozialpolitik.



Politik für Vielfalt: Diversity-Management in der FDP und Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen für Parteiarbeit und Wähleransprache, Förderung von Toleranz und Respekt in der Gesellschaft, Nutzung der Diversity-Konzepte aus der Wirtschaft für eine aktive Gleichstellungspolitik.

Männer- und Jungenpolitik: Die Rolle von Jungen und Männern in einer sich wandelnden Gesellschaft, Abbau von Benachteiligungen von Männern und Jungen, Einbindung einer aktiven Männer- und Jungenpolitik in die Gleichstellungspolitik.

Bürgerschaftliches Engagement: Konkrete Vorschläge zu einem liberalen Ausbau bürgerschaftlichen Engagements. Neugestaltung der Freiwilligendienste, Öffnung der Möglichkeit bürgerschaftlichen Engagements für weitere Zielgruppen, insbesondere Ältere und Migranten, inklusive zielgruppenorientierter Ansprache und Bedingungen.

Hartz-IV-Reformen: Auswirkungen auf andere Sozialleistungen, Schritte zum Bürgergeld-Konzept, Organisationsreform, Kinderleistungen bei Hartz-IV.

Der BFA Soziales legt dem Bundestag zwei Anträge zur Jungenpolitik und zum Diversity-Management innerhalb der FDP vor.

6. Bundesfachausschuss Gesundheit

Vorsitz: **Prof. Dr. Elisabeth Pott**

Die Sitzungen des BFA Gesundheitspolitik fanden am 6./7. November 2009, 19./20. März 2010 (Neukonstitution), 2. Oktober 2010 (Sitzung mit Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler), 12./13. November 2010 und am 1./2. April 2011 statt. Stellvertretende Vorsitzende des BFA sind Florian Rentsch (bis 20. März 2010), Prof. Dr. Ralf-Uwe Peter und Dirk Heinrich Heuer (beide ab 20. März 2010). Die Mitglieder des BFA haben sich in vielfältiger Weise an Kommissionen, Tagungen und Kongressen der Partei oder Fraktion beteiligt. Der Bundesfachausschuss Gesundheitspolitik hat seine Positionen in das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2009 eingebracht. In Vorbereitung und Begleitung der Koalitionsverhandlungen hat der BFA an Beratungen teilgenommen. Die BFA-



Vorsitzende selbst hat an zwei Gesprächsrunden mit dem FDP-Generalsekretär Christian Lindner teilgenommen.

Im Schwerpunkt wurden folgende gesundheits- und sozialpolitische Themen bearbeitet und teilweise zur Beschlussfassung und Antragsformulierung gebracht:

Diskussion/Umsetzung des Koalitionsvertrages im Bereich Gesundheitspolitik und Pflege, Systemwechsel in der Gesundheitspolitik, Entwurf eines Gesetzes zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzierungsgesetz – GKV-FinG), Reformansätze der FDP zur Pflegeversicherung, Pflegeweiterentwicklungsgesetz, Pflegestützpunkte und Pflegeberatung, Pflegebedürftigkeitsbegriff, Arzneimittelneuordnungsgesetz, ärztlicher Nachwuchs; Medizinische Versorgungszentren; Versorgung im ländlichen Bereich.

Anlässlich der Neukonstituierung im März 2010 wurden drei Arbeitsgruppen zu den Themen Versorgungsstrukturen (Vorsitzender: Prof. Dr. Ralf-Uwe Peter), Gesundheitsberufe in der Zukunft (Vorsitzende: Prof. Dr. Elisabeth Pott) und Pflege (Vorsitzender: Heiner Schülke) eingesetzt.

Die Beratung der vom 60. und 61. Bundestag der FDP an den Bundesfachausschuss Gesundheitspolitik überwiesenen Anträge hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Antrag 12 (60. BPT) „Für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen – Fehlentwicklungen korrigieren“, Landesverband Baden-Württemberg: Der BFA schlägt vor, diesen Antrag unter der bestehenden Beschlusslage als erledigt zu sehen.

Antrag 10 (60. BPT) „Weiterentwicklung der Geriatrie und einer effizienteren Vermeidung von Pflegebedürft-

tigkeit (SGB XI)“, Kreisverbände Nürnberg, Erlangen und Fürth: Der Antrag erfordert nach Auffassung des BFA eine weitergehende Beratung in der bei der konstituierenden Sitzung eingerichteten AG Pflege, die sich umfassend mit dem Thema befasst. Dieser Antrag wurde in der Sitzung am 1./2. April 2011 weiter beraten.

Antrag 13 (60. BPT) „Datenschutz im Gesundheitswesen“, Landesverband Baden-Württemberg: Der BFA hat beschlossen, zu diesem Antrag weitere Expertise von Fachleuten einzubeziehen. Der Antrag wurde auf der Sitzung am 1./2. April 2011 erneut behandelt.

Antrag 15 (61. BPT) „Medizinische Versorgungszentren (MVZ) des Landesverbandes Hamburg: Dieser Antrag wurde in der Sitzung des BFA am 1./2. April 2011 beraten.

7. Bundesfachausschuss Innen und Recht

Vorsitz: **Corinna Werwigk-Hertneck**

Der BFA Innen und Recht tagte am 4./5. Dezember 2009 und 26./23. März 2010 in Berlin, vom 18. bis 20. November 2010 in Brüssel und am 11./12. Februar 2011 wieder in Berlin; geplant ist die nächste Herbstsitzung am 2./3. Dezember 2011 in Berlin. Der BFA organisiert sich in verschiedenen Arbeitsgruppen: Arbeitsrecht, Europa, Innere Sicherheit, Integration, Internet und Medien, Internationale Zusammenarbeit und Wirtschaftsrecht. Stellvertretende Vorsitzende des BFA sind Dr. Matthias Schulenberg und Dr. Oliver Liersch.

Der BFA Innen und Recht hat seine intensive juristische Facharbeit regelmäßig in Frühjahrs- und Herbstsitzungen fortgesetzt. Ziel war und ist es, die aktuellen rechts- und innenpolitischen Themen auf Bundesebene



und auch auf europäischer Ebene aufzugreifen, aus liberaler Sicht zu diskutieren und zu Beschlüssen zu führen. Diese fanden auch Eingang in verschiedenen Anträgen zu den Bundesparteitagen. Außerdem konnten auch länderübergreifende Fragestellungen innerparteilich geklärt werden. Beispielfhaft sei aufgeführt:

Nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg vom 3. Dezember 2009 wurde die Bundesregierung Deutschlands aufgefordert, das gemeinsame Sorgerecht beider Eltern auch für Kinder nicht miteinander verheirateter Eltern als Regelfall zuzulassen. Der BFA empfahl die gesetzliche Klarstellung, dass es grundsätzlich dem Wohle aller Kinder entspricht, wenn das gemeinsame Sorgerecht beider Eltern als gesetzlicher Regelfall ausgestaltet wird. Nur bei Meinungsverschiedenheiten der Eltern sollten die Familiengerichte individuelle Sorgerechtsentscheidungen treffen müssen.

Der BFA Innen und Recht lehnte den Ankauf von rechtswidrig erlangten Datenträger mit Steuerdaten einhellig ab. Staatliche Stellen dürfen in einem Rechtsstaat nicht selbst zu rechtswidrigen Mitteln greifen; ein staatlicher Notstand ist nicht ersichtlich.

Außerdem beschloss der BFA, dass neben den nationalen Vertragsrechtsordnungen auch ein neues EU-Vertragsrecht geschaffen werden muss, welches für die Vertragsparteien frei wählbar ist. Durch den Wegfall der Grenzen in Europa schließen immer mehr Bürger und Unternehmen „grenzüberschreitende“ Verträge. Damit sind beträchtliche rechtliche Probleme verbunden. Seit Anfang 2008 existiert ein Entwurf für einen gemeinsamen Referenzrahmen des Europäischen Vertragsrechtes, der in jahrelanger intensiver Forschungsarbeit unter starker Beteiligung deutscher Wissenschaftler erstellt worden war. Der BFA Innen und Recht fordert, die politischen Bestrebungen zur Ausarbeitung eines optionalen Instrumentes nachdrücklich zu unterstützen.

Weitere Beschlüsse ergingen u. a. zur Einführung des islamischen Religionsunterrichtes, zu Änderungen bei der Europäischen Ermittlungsanordnung, zur Zuständigkeitskonzentration bei den Insolvenzgerichten, zur Abschaffung des Vorbeschäftigungsverbot bei Abschluss befristeter Arbeitsverträge und zur Eindämmung bestimmter Auswüchse des Abmahnwesens im Urheber-, Wettbewerbs-, Marken- und Äußerungsrecht. Der Ausschuss beriet und begleitete darüber hinaus über eine Vielzahl aktueller Gesetzesvorhaben und tagesaktueller rechtspolitischer Entwicklungen.

8. Bundesfachausschuss Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Vorsitz: **Patrick Meinhardt**

Als neuer Vorsitzender des Bundesfachausschusses wurde der Bundestagsabgeordnete Patrick Meinhardt am 14. Dezember 2009 vom Bundesvorstand berufen. Der BFA Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie hat sich am 26. März 2010 neu konstituiert und wählte als stellvertretende Vorsitzende Dr. Tim Stuchtey und Mieke Senftleben sowie zehn von den Landesverbänden vorgeschlagene Sachverständige als weitere Mitglieder. Der Bundesfachausschuss hat somit 65 Mitglieder. Seit der Konstituierung hat der BFA an drei Wochenenden getagt. Die Arbeitsweise wurde neu strukturiert. Künftig werden dreimal jährlich jeweils zweitägige Sitzungen abgehalten. Bei der Konstituierung wurden folgende vier Unterausschüsse gegründet:

Schule und frühkindliche Bildung (Vorsitz: Mieke Senftleben, stellv. Vorsitz: Christiane Brunk), Hochschule (Vorsitz: Prof. Dr. Peter Henning, stellv. Vorsitz: Dr. Christiane Gaethgens), Forschung, Technologie und Innovation (Vorsitz: Dr. Thoralf Gebel, stellv. Vorsitz: Almuth von Below-Neufeldt) und Berufliche Bildung und Weiterbildung (Vorsitz: Prof. Dr. Dennis Dietrich, stellv. Vorsitz: Finn Brandt). Diese finden

sich unabhängig von der Sitzungsfolge des Hauptgremiums zusammen, um sich mit den drängenden Fragen und Herausforderungen der jeweiligen Themenfelder zu befassen und Anträge zu beraten. Der BFA arbeitet intensiv mit den Bildungs- und Forschungspolitikern der Bundestagsfraktion Sylvia Canel, Prof. Dr.-Ing. Martin Neumann, Dr. Peter Röhlinger und Heiner Kamp, mit Dr. Jorgo Chatzimakakis als Vertreter der ALDE-Fraktion, mit Dr. Wolfram Kreisel und Volker Adams als Referenten der Bundestagsfraktion, den Jungen Liberalen, den Liberalen Senioren, den Liberalen Frauen, der Liberalen Hochschulgruppe, der Auslandsgruppe Europa und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zusammen.

Folgende Beschlüsse wurden u. a. im Berichtszeitraum gefasst:

„Frühkindliche Bildung“ vom 12. Februar 2011, „Reform des Bologna-Prozesses“ vom 12. November 2010, „Unterstützung des Nationalen Stipendienprogramms“ vom 2. Oktober 2010 und „Vielfalt der Förderwege bei der Studienfinanzierung“ vom 2. Oktober 2010.

Die vom Bundesparteitag überwiesenen Anträge wurden im Rahmen des BFA-Hauptausschusses beraten und zur vertiefenden Auseinandersetzung in die Unterausschüsse überwiesen.

Die BFA-Sitzungen bieten den Mitgliedern die Gelegenheit zu einem intensiven Austausch über bildungs- und forschungspolitische Entwicklungen und Neuerungen auf Ebene der Europäischen Union (liberale Gruppe im

Ein Arbeitsschwerpunkt des BFA Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ist die frühkindliche Bildung.



EU-Parlament), der FDP-Bundestagsfraktion, der FDP-Landtagsfraktionen und –Landesverbände sowie der jeweiligen Landesfachausschüsse.

Schwerpunkt der bisherigen Themensetzung war die Frage des Zusammenwirkens von Bund und Ländern im Bildungsbereich. Unter dem Vorzeichen „Schlussfolgerungen aus der Föderalismusdebatte“ wurden die rechtlichen, politischen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen umfassend dargestellt und der Entwicklungsprozess unter besonderer Beachtung der Föderalismusreform eingehend betrachtet. Unter Einbeziehung von Positionierungen der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion wurde die Zukunft des Bildungsföderalismus intensiv erörtert und in ausgesprochen sachlicher Weise kontrovers diskutiert.

Der BFA begrüßt, dass die Bundespartei die Initiative des BFA aufgegriffen hat und einen Leitantrag zur Bildungspolitik für den Bundestag 2011 in Rostock ausarbeitet. Der BFA stellte zur Vorbereitung des Leitantrags sämtliche Positionierungen der Landtagsfraktionen und Bundestagsfraktion zur Zukunft des Bildungsföderalismus zur Verfügung. Darüber hinaus wird der Antrag „Frühkindliche Bildung“ dem Bundesvorstand zugeleitet, damit er Eingang in den Leitantrag finden kann.

Der BFA Umwelt thematisierte das Energiekonzept und die Integration der erneuerbaren Energien.

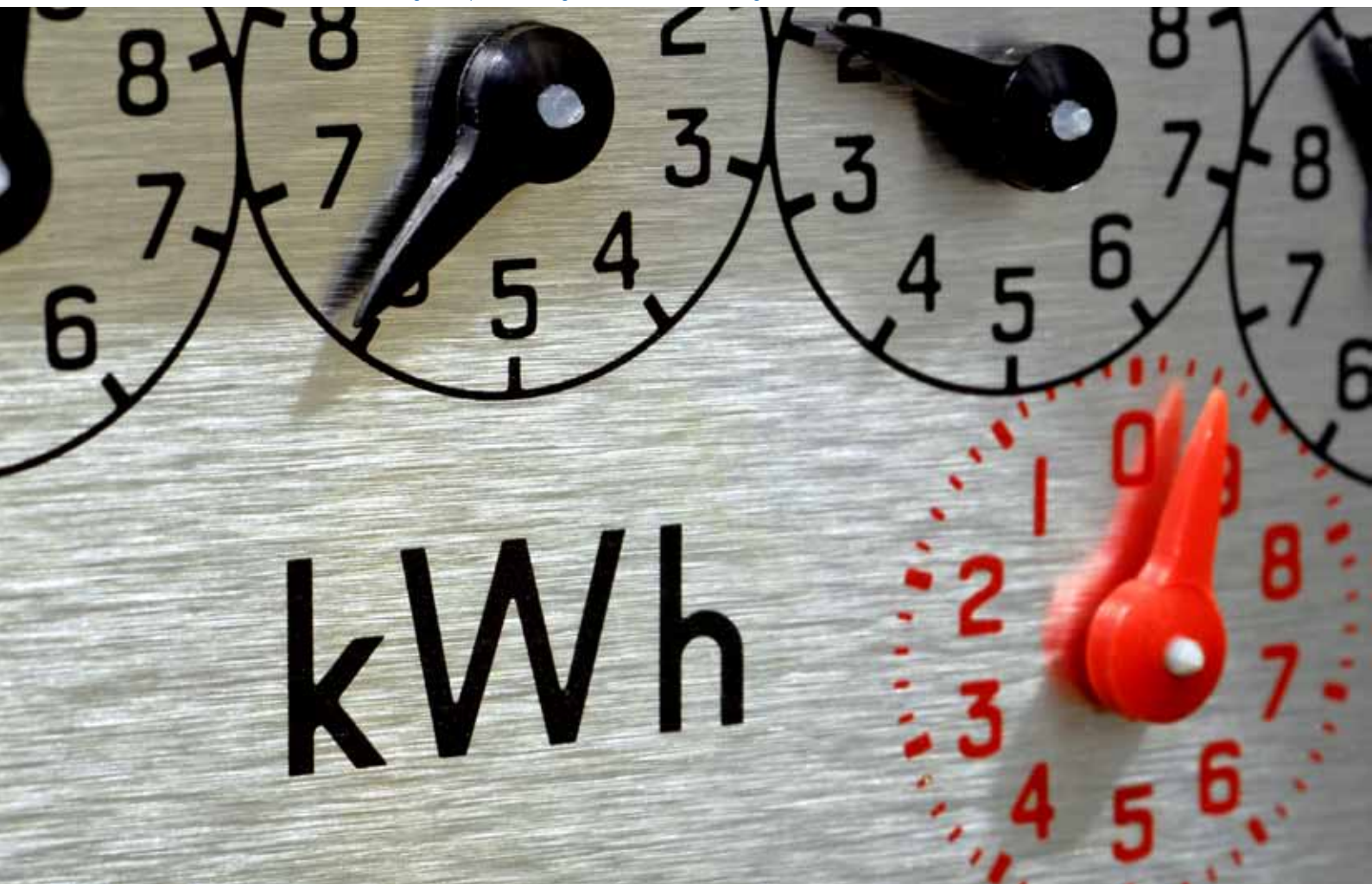
Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich der Bundesfachausschuss Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ambitionierte Ziele gesteckt und ein beachtliches Arbeitspensum auferlegt hat. Der BFA hat einen wirklich guten inneren Zusammenhalt entwickelt. Die nächste Sitzung des BFA findet am 1. und 2. Juli 2011 statt.

9. Bundesfachausschuss Umwelt

Vorsitz: **Horst Meierhofer**

Der Bundesfachausschuss Umwelt hat im Berichtszeitraum viermal getagt. Die konstituierende Sitzung hat am 22./23. Januar 2010 in Berlin stattgefunden. Drei weitere Sitzungen wurden am 4./5. Juni 2010 in Brüssel sowie am 8./9. Oktober 2010 in Berlin ausgerichtet. Die letzte Sitzung fand am 1./2. April 2011 in Berlin statt.

Stellvertretende Vorsitzende sind Hartmut Stiller und Claus-Peter Appel. Der BFA hat auf seiner konstituierenden Sitzung beschlossen, Arbeitsgruppen einzusetzen, die sich jeweils mit dem gleichen Thema befassen,



dieses aber aus verschiedenen fachlichen Blickwinkeln beleuchten: Wirtschaft, Recht, Naturwissenschaften.

Neben der Konstituierung des Bundesfachausschusses waren bei der Sitzung am 22./23. Januar 2010 in Berlin das zentrale Thema die Koalitionsverhandlungen zum Bereich Umwelt und Landwirtschaft. Ebenso wurde das Energiekonzept thematisiert, dessen Entwurf im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, sowie die Reduktion der Vergütung für Fotovoltaik, wozu die FDP-Bundestagsfraktion eine eigene Expertenanhörung durchführen wollte.

Weitere Themen waren u. a. die aktuellen Entwicklungen rund um die Schachanlage Asse und die dort eingelagerten radioaktiven Abfällen sowie Biodiversität, worüber Angelika Brunkhorst berichtete. Der Europaabgeordnete Holger Kraemer gab einen kurzen Überblick über die den Umweltbereich betreffenden geplanten europäischen Gesetzgebungsverfahren.

Bei der Sitzung am 4./5. Juni 2010 in Brüssel befasste sich der BFA mit den kommenden Arbeits- und Legislativprogrammen der Europäischen Kommission. Hierzu gab es diverse Vorträge und Fachdiskussionen mit verschiedenen Akteuren auf europäischer Ebene: Rainer Steffens aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der EU berichtete über den Stand der IVU-Richtlinie und der Bodenschutzrichtlinie und gab einen Überblick über die deutsche Positionsfindung im Umweltrat, die Biozid-Verordnung und das Verbot bzw. den Ersatz bestimmter chemischer Stoffe in Elektronikgeräten und den Emissionshandel. Generaldirektor Karl-Friedrich Falkenberg von der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission thematisierte die verschiedenen „Jahresthemen“ und die Umsetzungspläne (2010 Biodiversität, 2011 Ressourceneffizienz, 2012 Wasser) der Kommission.

In den Berichten der Abgeordneten wurde die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, die AG Energie der Bundestagsfraktion sowie die CCS-Umsetzungsfrist Ende 2010 thematisiert. Zum Punkt Laufzeitverlängerung erarbeitete der BFA einen Beschluss, der an Bundesvorstand, Präsidium und Bundestagsfraktion versandt wurde.

Mit dem Hintergrund der Mitwirkung des BFA Umwelt und Raumordnung am Grundsatzprogramm im Bereich Umwelt fand am 8./9. Oktober 2010 in Berlin eine Diskussion mit Professor Christian Calliess, Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen, über eine sinnvolle Umweltprogrammatik unter besonderer Berücksichtigung rechtlicher Grundsätze statt. Der

BFA beschloss, in den kommenden Sitzungen neben der inhaltlichen Arbeit an einem konkreten Thema immer auch die wissenschaftliche und allgemeinere Perspektive des Grundsatzprogramms in den Vordergrund zu rücken.

Des Weiteren thematisierte der BFA mit Berthold Goeke, Unterabteilungsleiter für erneuerbare Energien im Bundesumweltministerium, das Energiekonzept und planungs- und naturschutzrechtliche Hemmnisse bei der Netzintegration. Ebenfalls zum Thema Netzausbau und Integration der erneuerbaren Energien war Stephan Kohler, Geschäftsführer der „dena“, eingeladen. Der BFA beschäftigte sich intensiv mit einem Energiekonzept der Zukunft aus Umweltsicht.

In der Sitzung am 1./2. April 2011 in Berlin lag ein Schwerpunkt auf dem Thema Ressourceneffektivität und Ressourcenschonung. Dazu erläuterten mehrere Referenten ihre Sicht der Dinge. Wie auch schon in der vorherigen Sitzung wurde erneut das Grundsatzprogramm thematisiert.

10. Bundesfachausschuss Stadtentwicklung und Wohnungswesen

Vorsitz: **Sebastian Körber**

Der Bundesfachausschuss Stadtentwicklung und Wohnungswesen konstituierte sich auf seiner Sitzung vom 16. und 17. April 2010 in Bamberg. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Sebastian Körber wurden Wolfgang E. Züll und Torsten Hilbrich zu Stellvertretern gewählt sowie weitere Experten und Sachverständige durch den Ausschuss benannt. Der Bundesfachausschuss setzt des Weiteren die Unterausschüsse „Stadtentwicklung“, „Umwelt und Energie“, „Finanzen“ und „Recht, Denkmalschutz, HOAI“ ein. Der Ausschuss tagte außerdem am 27. und 28. August 2010 in Hamburg, am 26. und 27. November in Berlin und am 11. und 12. Februar in Mannheim.

Zu den Schwerpunkten der Arbeit des Bundesfachausschusses auf seiner ersten Sitzung gehörten die aktuellen stadtentwicklungs- und wohnungspolitischen Herausforderungen. Dabei wurde vor allem das Thema demografischer Wandel diskutiert: Die Alterung der Gesellschaft und das Spannungsfeld zwischen wachsenden urbanen Regionen und der Abwanderung aus dem ländlichen Raum bestimmten die Diskussion und wurden am Beispiel Ober-



franken deutlich gemacht. Im weiteren Verlauf wurden die Themen energieeffizientes Bauen und Sanieren, Mietrecht und Mietnomaden, Wohnungsbau, Denkmalschutz, Lärmschutz und Grundsteuer erörtert. Als weiteren Tagesordnungspunkt behandelte der Bundesfachausschuss die Frage „Was ist liberale Baupolitik?“. Die Teilnehmer erzielten Einigkeit, dass im Bereich des generationengerechten und energieeffizienten Bauens und Sanierens aus liberaler Sicht vor allem auf staatliche Anreize statt verordnete Zwangsmaßnahmen gesetzt werden muss.

Die Sitzung in Hamburg war zunächst durch die Diskussion über den „Deckel A7“ geprägt: Der Architekt Sven Dethlefs stellte ein Projekt zur Überbauung der Bundesautobahn A7 vor, bei dem der „Deckel“ über der Autobahn neben der Begrünung zusätzlich mit Wohnbebauung ergänzt werden soll. Im Mittelpunkt der weiteren Sitzung stand dann der Bundeshaushalt, insbesondere die zukünftige Mittelausstattung der Programme der energetischen Sanierung und der Städtebauförderung. Der Vorsitzende Körber erläuterte die kommende Mittelausstattung der Haushaltsposten. Nach der Diskussion beschloss der Bundesfachausschuss, wie die von Kürzungen betroffenen Programme als bewährtes Instrument mit finanziell ausreichenden Mitteln sinnvoll weiterentwickelt und verstetigt werden sollen.

In der letzten Sitzung des Ausschuss 2010 war aus aktuellem Anlass „Stuttgart 21“ der Beratungsschwerpunkt. Der Bundesfachausschuss diskutierte die aktuellen Ergebnisse der laufenden Schlichtung zum Bahnprojekt in Stuttgart und vertiefte Teilaspekte und

Konsequenzen für die Stadtentwicklungspolitik, Planfeststellungsverfahren sowie die Frage nach verbesserter Bürgerbeteiligung. Der Ausschuss beschloss, die Themen in der kommenden Sitzung fachlich zu vertiefen und eine Beschlussfassung zu beraten.

In der ersten Sitzung im Jahr 2011 befassten sich die Mitglieder des Bundesfachausschusses mit generationengerechtem Bauen. Der Vorsitzende Körber stellte dazu ein Arbeitspapier vor: Es bestand Einigkeit darüber, dass generationengerechtes Bauen ein zentraler Aspekt in der Diskussion um Alterung der

Gesellschaft darstellt. Es wurde beschlossen, einen Antrag für den Bundesparteitag zu erarbeiten.

11. Bundesfachausschuss Kultur

Vorsitz: **Dr. Rupert Graf Strachwitz**

Der Bundesfachausschuss Kultur wurde 2010 vom Bundesvorstand neu eingesetzt. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Rupert Graf Strachwitz berufen. Die erste Sitzung fand am 2./3. Juli 2010 in Berlin statt, weitere Sitzungen folgten am 3./4. Dezember 2010 in Berlin und am 18./19. Februar 2011 in Gummersbach. Leider benannten nicht alle Landesverbände Mitglieder, sodass der BFA nicht vollständig besetzt war.

Alle Sitzungen des BFA standen im Zeichen spannender kulturpolitischer Debatten. Wurden bei der ersten Sitzung zunächst Schwerpunkte identifiziert, konnten zwei davon bei den folgenden Sitzungen intensiv bearbeitet und zu Beschlüssen geführt werden:

Es wurde deutlich, dass die Chance, der Partei ein neues Grundsatzprogramm zu geben, genutzt werden sollte, um kulturpolitische Akzente zu setzen. Das offene Verfahren der Erarbeitung des Grundsatzprogramms bot hierfür hervorragende Möglichkeiten. Es wurde vereinbart, dass sich der BFA zweifach einbringen sollte. In einem ersten Schritt wurde unter Zugrundelegung eines

sehr weiten Kulturbegriffs ein Positionspapier zur „Kultur der Gesellschaft“ erarbeitet und in den Arbeitsprozess eingespeist. Hierzu fand am 4. Dezember eine erste ausführliche Diskussion statt. Aus dieser wurde ein Entwurf erstellt, der am 18./19. Februar intensiv diskutiert und schließlich einstimmig verabschiedet und anschließend der Programmkommission übersandt wurde.

Der BFA hält es demnach für unabdingbar, dass das neue Grundsatzprogramm unter der Leitidee der liberalen Bürgergesellschaft von einer Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat und einem Bekenntnis zu drei Arenen gesellschaftlichen Handelns (Zivilgesellschaft, Markt und Staat) geprägt sein muss. In einem zweiten Schritt soll 2011 ein im engeren Sinn kulturpolitischer Beitrag zum Grundsatzprogramm erarbeitet und beschlossen werden.

Beginnend mit der Sitzung am 3. Dezember 2010 und wesentlich vorbereitet von einer Arbeitsgruppe des BFA, wurde eine kulturpolitische Position zum Urheberrecht erarbeitet. Hierzu wurden Sachverständige des Deutschen Kulturrates, der VG-Wort und einer Produktionsgesellschaft gehört. Den Teilnehmern war bewusst, dass es zu dieser Thematik innerhalb einer liberalen Partei unterschiedliche Standpunkte geben könnte. Es bestand jedoch im Ergebnis Konsens darüber, dass der BFA Kultur hierzu eine ein-

deutig kulturpolitische Position vertreten müsse, die insbesondere den Anliegen der Kulturschaffenden Rechnung zu tragen habe. In diesem Sinn formulierte die Arbeitsgruppe einen Antrag an den Bundespartei-tag, der am 19. Februar vom BFA nochmals diskutiert, dann einstimmig beschlossen und dem Bundesvorstand übermittelt wurde.

12. Bundesfachausschuss Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Vorsitz: **Pfarrer/Dipl.-Volkswirt Dieter Kleinmann**

Im Bundesfachausschuss für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften – früher Kommission für Kirchen und Religionsgemeinschaften – sind Mitglieder der Partei christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens sowie Persönlichkeiten, die anderen Religionsgemeinschaften bzw. Kirchen angehören, vertreten. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Dr. Stefan Ruppert, kirchenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, gewählt.



Der BFA Kultur hatte einen Schwerpunkt seiner Arbeit im Urheberrecht.



Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler im Gespräch mit Vertretern des Malteser-Hilfsdienstes.

Die Schwerpunkte der Arbeit des BFA waren:

II. Ökumenischer Kirchentag in München: Der Bundesfachausschuss war auf dem Kirchentag vom 12. bis 16. Mai 2010 in München mit einem Stand auf der „Agora“ unter der Bezeichnung „Liberaler Perspektiven“ vertreten. Beteiligt waren außerdem die Liberalen Senioren, die Liberalen Frauen, die Jungen Liberalen und der Liberale Mittelstand.

Deutsche Evangelische Kirchentage in Bremen und Dresden: Vom 20. bis 24. Mai 2009 fand in Bremen der 32. DEKT statt. Wie in den Jahren zuvor war die FDP dort – unter der Federführung der damaligen Kommission für Kirchen und Religionsgemeinschaften – mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. In Vorbereitung ist die Teilnahme am 33. DEKT vom 1. bis 5. Juni 2011 in Dresden.

Islamtagung an der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 19. bis 21. März 2010: Zusammen mit der Ev. Akademie Bad Boll veranstaltete der BFA eine Tagung vom 19. bis 21. März 2010 zum Thema „Muslime in der Demokratie“. Dabei ging es vor allem um die Einbindung muslimischer Gemeinschaften in die deutsche Staatsordnung, die Erwartungen von Muslimen an die deutsche Gesellschaft und um die wachsende Islamphobie in Deutschland. Als Fazit dieser Tagung kann festgehalten werden, dass die Integration von Muslimen in unsere Gesellschaft durchaus Fortschritte gemacht hat – vor allem durch Vereine und Freundeskreise. Insbesondere aber die interkulturelle Auseinandersetzung, die Verbindung zu den Moscheegemeinden und deren Einbindung in die Gesellschaft, aber auch in die deutsche Staatsordnung lassen noch sehr zu wünschen übrig. Der

BFA sieht dabei die FDP als Integrationspartei besonders in die Pflicht genommen, entsprechende Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie der Dialog mit muslimischen Organisationen, aber auch mit den einzelnen Moscheegemeinden verbessert werden kann. Eine weitere Tagung soll im Frühjahr 2012 folgen. Danach werden dem Bundesvorstand entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Einrichtung von Lehrstühlen für Islamische Studien/Gründung von Beiräten für die Festlegung der konfessionellen Inhalte:

Am Freitag, den 27. August 2010, fand in Münster/Westfalen im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ eine außerordentliche Sitzung des Bundesfachausschusses statt. Die Professoren Dr. Bülent Ucar, Professor für Islamische Religionspädagogik (IRP) an der Universität Osnabrück, und Dr. Janbernd Oebbecke, Professor an der Universität Münster, sowie Mounir Azaoui referierten über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Einrichtung von Lehrstühlen für Islamische Studien an deutschen Universitäten und die Gründung von entsprechenden Beiräten für die Festlegung der konfessionellen Inhalte. Grundsätzlich wurde von allen Referenten die Einrichtung solcher Lehrstühle an den Universitäten in Tübingen, Münster/W. und Osnabrück begrüßt, gleichzeitig jedoch auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die mit der Besetzung solcher Lehrstühle insbesondere hinsichtlich der konfessionellen Festlegung verbunden sind. Während ein Referent vor allem hervorhob, die konfessionelle Frage durch Beiräte entscheiden zu lassen, die allein von den vier großen islamischen Gruppen (Islamrat, Zentralrat etc.) besetzt sein sollen, plädierte ein anderer Referent für eine stärkere Einbindung der Moscheegemeinden in diese Beiräte. Sehr kontrovers haben die Mitglieder des BFA diese Frage erneut auf ihrer Sitzung am 12. November 2010 in Berlin diskutiert, insbesondere auch die dazu abgegebene Empfehlung des Wissenschaftsrates. Auf Kritik stieß dabei vor allem der Vorschlag, die Beiräte zur Besetzung von Lehrstühlen für Islamische Studien neben Vertretern der großen muslimischen Organisationen mit muslimischen Männern und Frauen des öffentlichen Lebens durch die Universitäten besetzen zu lassen. Hierin sah der BFA einen Verstoß gegen die

Neutralitätspflicht des Staates. Vorgeschlagen wurde stattdessen, die Mitglieder solcher Beiräte durch die sogenannte „Schura-Konzeption“ zu bestellen. Eine solche Schura sollte von jedem Bundesland gesondert gebildet werden. In ihr kann jede Moscheegemeinde, die als eingetragener Verein beim Amtsgericht registriert ist, Mitglied werden. Diese Vereine bestimmen dann die Delegierten für die Mitgliederversammlung der Schura, die ihrerseits einen Vorsitzenden und den Vorstand wählt. Somit ist gewährleistet, dass für die jeweilige Landesregierung ein Gesprächspartner zur Verfügung steht und der gewählte Vorstand, nunmehr breit legitimiert, die Mitglieder der entsprechenden Beiräte wählen kann. Die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung für den Bundesvorstand erfolgt – nach Fertigstellung dieses Berichts – auf der nächsten Sitzung des BFA am 8. April.

13. Bundesfachausschuss Verkehr

Vorsitz: **Horst Friedrich**

Der Bundesfachausschuss Verkehr hat in dem Berichtszeitraum vier Sitzungen abgehalten: 12./13. März 2010 in München, 25./26. Juni 2010 in Erfurt, 8./9. Oktober 2010 in Berlin und 18./19. März 2011 in Hannover.

Schwerpunkte der Beratungen waren dabei der öffentliche Personennahverkehr, private Eisenbahnen und die Infrastrukturentwicklung und -finanzierung. Diese Sachthemen wurden durch Sachstandsberichte aus Ländersicht, den Parlamenten und durch Praktiker ergänzt.

Der Bundesfachausschuss Verkehr hat für den 61. Ord. Bundesparteitag in Köln (24./25. April 2010) den Antrag „Erfolgreiche Privatisierungen im Verkehrsbereich fortsetzen“ eingebracht und die Positionspapiere „Güterverkehr und Logistik“ sowie „Bahnpolitik“ beschlossen. In Arbeit ist ein Positionspapier zum Thema „Infrastruktur“.

14. Kommission Internet und Medien

Vorsitz: **Hans-Joachim Otto**

Die Kommission für Internet und Medien vereint hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Wissenschaft zur Diskussion über aktuelle medienpolitisch relevante Themen. Dabei ist sie bestrebt, die jeweiligen Problemkomplexe pragmatisch zu analysieren und Lösungsvorschläge für die politische Praxis herauszuarbeiten. Sie unterstützt dabei die politische Willensbildung der FDP zu allen bedeutsamen medien- und internetpolitischen Fragen.



Private Eisenbahnen – wie hier der InterConnex – standen auf dem Arbeitsplan des BFA Verkehr.

Stellvertretende Vorsitzende sind Antje Karin Pieper und Thomas Nüchel. Darüber hinaus wird von den 16 Landesverbänden der FDP, den Jungen Liberalen und der FDP-Auslandsgruppe Europa jeweils ein Vertreter für die Kommission benannt. Die Kommission verfügt über eine große Anzahl ständiger Gäste und externer Fachleute aus einschlägigen Branchen. Ferner wird die FDP-Kommission für Internet und Medien von neun unabhängigen Experten unterstützt. Dies sind Dorotheé Belz, Associate General Counsel, Microsoft EMEA, Marco Bergmann, Director New Business, Aegis Media, Prof. Dr. Oliver Castendyk, Geschäftsführer Entertainment, Allianz Deutscher Produzenten - Film & Fernsehen, Dr. Hermann Eicher, Justitiar des Südwestrundfunks (SWR), Wolfgang Fürstner, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Juristische Fakultät der Universität Rostock, Dr. Hans Hege, Direktor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB), Dr. Wolf Osthaus, Legislative Counsel, ebay Europe, und Ulrike Seiler-Kapferer, Medusa Medienagentur.

Im Berichtszeitraum wurden drei Sitzungen abgehalten. Schwerpunktthemen der ersten Sitzung (in Berlin) waren der Datenschutz im digitalen Zeitalter, die Rundfunkordnung sowie die Krise im Medienmarkt. Bei der zweiten Sitzung (in Amsterdam) standen unter anderem der Wandel des Buchmarktes, der Wettbewerb im Kabelmarkt und das Thema Netzneutralität auf der Tagesordnung. Die dritte Sitzung (in Berlin) beschäftigte sich mit der Novelle des Telekommunikationsgesetzes,

mit dem Radiomarkt sowie der Arbeit des Programmforums Digitale Gesellschaft der FDP-Grundsatzprogrammkommission.

Neben den genannten Themen wurden regelmäßig Fragestellungen zu neuen Erlösmodellen für Medien, den politischen Rahmenbedingungen für das Internet-Zeitalter, dem Jugendmedienschutz, den Rundfunkgebühren und der internationalen Dimension der Medienregulierung besprochen.

Die Kommission arbeitete effektiv und für ihre Mitglieder attraktiv, was sich auch an der regen Teilnahme an den Sitzungen (im Schnitt 60 Teilnehmer) zeigte. Sie ist ein wichtiges Instrument, um die politische Arbeit der FDP-Fachleute aus den Landesverbänden und der liberalen Mandatsträger in den Ländern, im Bund und in Europa mit den jeweiligen Herausforderungen der Teilbranchen rund um Internet und Medien zu verzahnen. Ferner werden in der Kommission auch grundsätzliche Fragen zur Zukunft der Medien konstruktiv erörtert.

15. Sportkommission

Vorsitz: **Detlef Parr**

Der Sport hat in Deutschland einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Wir sind eine große Sport-



Werbung für Olympia 2018 in Deutschland durch den IOC-Vizepräsidenten Dr. Thomas Bach.

nation. Dazu hat auch die FDP entscheidend beigetragen – angefangen damals beim DSB-Präsidenten Willi Weyer bis heute zum Präsidenten des DOSB und Vize-Präsidenten des IOC, Dr. Thomas Bach. Mit Dr. Ingo Wolf stellten wir in NRW einen Sportminister. Viele Liberale tragen in Vereinen und Verbänden Verantwortung.

Diese Unterstützung hat auch die Arbeit der Sportkommission beflügelt. Es gilt, die sportpolitische Kompetenz der FDP verstärkt nach außen zu tragen. Wir konnten namhafte Referenten, z. B. aus dem Deutschen Olympischen Sportbund, den Landessportverbänden, dem Deutschen Fußball-Bund und der Deutschen Sporthilfe, gewinnen, den Kontakt zur Sportministerkonferenz herstellen und über Sebastian Czaja (Berliner Abgeordnetenhaus) Einblick in die Arbeit der Runde der sportpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen nehmen. Lutz Knopek, Obmann im Sportausschuss des Deutschen Bundestages, berichtete regelmäßig aus der Bundestagsfraktion. Die Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle klappte vorzüglich.

Herausragende Themen waren die finanzielle Förderung des Sports (Glücksspielstaatsvertrag, Sponsoring), der Sportstättenbau (Goldener Plan), die Misere des Schwimmunterrichts, die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele in München 2018, die Bedeutung von Sportgroßveranstaltungen und die Initiative Profisport.

Bezüglich des Glücksspielstaatsvertrages besteht Einvernehmen, den Vertrag den Ergebnissen der Evaluation entsprechend aufzukündigen. Es bedarf einer Neufassung vor allem in Bezug auf die Aufhebung des Werbeverbotes und des Verbotes von Internetangeboten. Die Sportwetten sollten aus dem Vertrag herausgelöst und als Konzessionsmodell eigenständig geregelt werden.

Aus den Berichten der Landesverbände ergaben sich vielfältige Diskussionsthemen, die zu einem geschlossenen sportpolitischen Auftreten der FDP bundesweit beitrugen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung richtete sich der Blick vor allem auf die Wechselbeziehung von Sport und Gesundheit. Die Leistungen des Sports für die Prävention wurden besonders herausgestellt.

Auf der Grundlage sportpolitischer Leitlinien des LV Niedersachsen erarbeitete die Kommission ein Thesepapier für das fortzuschreibende Grundsatzprogramm.

16. Kommission Freiheit und Ethik

Vorsitz: **Alexander Pokorny**

Die Kommission hat insgesamt dreimal getagt. In der konstituierenden Sitzung im Februar 2010 in Potsdam wurden zu gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden Christine Siegert-Anders (LV Niedersachsen) und Thomas Seerig (LV Berlin) gewählt. Inhaltlicher Schwerpunkt der konstituierenden Sitzung war – neben einer Themensammlung und der Erstellung eines Arbeitsprogramms – die Diskussion über Thomas Seerigs Impulsreferat „Über die Freiheit, ein Feind der Freiheit zu sein“ oder: „Wie illiberal sollen Liberale sein?“

Sechs Parteifreundinnen bzw. Parteifreunde sind bis heute als Expertinnen bzw. Experten von der Kommission hinzugewählt worden.

Wir haben uns, jeweils referentengestützt, mit einem breiten Spektrum beschäftigt:

So befasste sich die Herbstsitzung 2010 in Heidelberg mit den Grundlagen liberaler Bildungspolitik (Eckhard Behrens, Heidelberg: „Der Gerechtigkeitsgedanke liberaler Bildungspolitik“), mit dem Verhältnis von Liberalen und den Kirchen (Norbert F. Tofall, Bad Lippspringe/Berlin: „Ist Papst Benedikt XVI. ein Liberaler?“; Pascal Kober, Reutlingen: „Brauchen Liberale die Kirchen? – Brauchen die Kirchen Liberale?“) und mit der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Christine Siegert-Anders: „Verantwortliches Wirtschaften“).

Der journalistische Ethos (Dr. Marcus Pindur, Berlin: „Kampf für Meinungsfreiheit oder Gesinnungspolizei – Journalismus, Mainstream und Dissens in der offenen Gesellschaft“) und aktuelle Fragen der Bioethik (Dr. Matthias Bloechle: „Helfen durch Selektion? – Streitfall Präimplantationsdiagnostik“) standen im Mittelpunkt unserer Wintersitzung 2011 in Potsdam.

Prominenter Schwerpunkt und ständige Begleiterin aller unserer Tagungen war die Beschäftigung mit dem Thema Wirtschaft und Ethik, in regelmäßigem Austausch mit einem Unterausschuss des BFA Wirtschaft und Arbeit. Unsere Überlegungen mündeten in den Antrag „Verantwortliches Wirtschaften in der Sozialen Marktwirtschaft“, den die Kommission zum Bundesparteitag 2011 in Rostock eingebracht hat.

Gekennzeichnet war unsere Arbeit von einem großen Interesse vieler aus Partei und Vorfeldorganisationen, über ethisch relevante Fragen intensiv und fundiert zu diskutieren und über tagespolitisch begründete Telleränder zu blicken.

Wir schlagen vor, in Zukunft sich noch besser mit Bundesfachausschüssen und anderen Kommissionen sowie nicht zuletzt mit Arbeitskreisen oder Ausschüssen auf allen Gliederungsebenen der Partei und der Vorfeldorganisationen zu vernetzen: Liberale denken nicht nur gerne vor, nach und quer, sondern diskutieren auch gerne gut und effektiv.

17. Transatlantisches Forum

Vorsitz: **Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos**

Auf Anregung von Dr. Guido Westerwelle und Dr. Wolfgang Gerhardt wurde Anfang 2005 das Transatlantische Forum gegründet. Der Bundesvorstand der FDP benannte Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos, Unternehmerin und Honorarprofessorin für US-Außenpolitik an der Universität Potsdam, zur Vorsitzenden des Transatlantischen Forums.

Ziel des Transatlantischen Forums der FDP ist es, den Dialog zwischen Europa und den USA zu fördern und neue gemeinsame Handlungsspielräume der transatlantischen Partnerschaft auszuloten, die im Zeitalter globaler Herausforderungen für die transatlantische Agenda relevant sind. Die Welt von heute mit neuen Problemen der internationalen Sicherheit, einer kulturellen und ökonomischen Globalisierung, des Klimawandels und der zunehmenden Energie- und Wasserknappheit kommt nicht ohne transatlantische Partnerschaft aus, da sich kaum eine strategische Herausforderung ohne Kooperation lösen lässt.

In loser Folge diskutieren wir seit Anfang 2005 mit internationalen Spitzenvertretern aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien diese Herausforderungen.

Wir freuen uns demnächst u. a. Yukiya Amano, Director General of the International Atomic Energy Agency; Rainer Brüderle, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie; Dominique Strauss-Kahn, Direktor des IWF und ehemaliger Finanzminister Frankreichs; Prof. Dr. Anne-Marie Slaughter, Dean of the Woodrow Wilson School of Public and International Affairs, Princeton University und ehemaliger Director of Policy Planning,

US Department of State; Dr. Thomas Mirow, Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung; HRH Prinz Majlis El Hassan, Prinz des Haschimitischen Königreichs von Jordanien, und Dr. John Hamre, President CSIS, begrüßen zu dürfen.

Bisherige Redner waren: Dr. Kim Holmes, ehemaliger Assistant Secretary for International Organizations, US State Department; Bill Drozdiak, Präsident des American Council on Germany, New York; Dr. Dennis L. Bark, Senior Fellow, Hoover Institution on War, Stanford University; John R. Bolton, ehemaliger US-Botschafter bei den Vereinten Nationen; Richard C. Holbrooke, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland, ehemaliger US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, ehemaliger Präsident der American Academy Berlin und ehemaliger US-Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan; William R. Timken, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland; Frank L. Lavin, ehemaliger US-Vize-Handelsminister; Vladimir Kotenev, ehemaliger Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland und Hauptgeschäftsführer GAZPROM Germania; Serge Schmemmann, Pulitzer-Preis-Gewinner, op-ed-page-editor International Herald Tribune; Prof. Dr. Christian Hacke, ehemaliger Direktor des Seminars für Politikwissenschaften, Universität Bonn; Thomas Kleine-Brockhoff, Senior Director of Policy Programs, German Marshall Fund; Anders Fogh Rasmussen, NATO-Generalsekretär; Dr. Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank Gruppe, und Philip D. Murphy, US-Botschafter in Deutschland.

Sie sprachen zu folgenden Themen: Dr. Kim Holmes: „The Reform Process of the United Nations from an American Perspective“; Bill Drozdiak: „Red States – Blue States: The Polarization of American Politics“; Dr. Dennis L. Bark: „Europe and America: Are we dancing in the Dark?“; John R. Bolton: „The United States and the United Nations – The Way ahead“; Richard C. Holbrooke: „Europe’s and America’s Role in a New World Order“; William R. Timken: „The new German-American Agenda“; Frank L. Lavin: „The Importance of US-German Economic Relations in a Global Context“; Vladimir Kotenev: „US-Ballistic Missile Defense aus russischer Sicht“; Panel-Diskussion: Serge Schmemmann, Prof. Dr. Christian Hacke, Thomas Kleine-Brockhoff: „Welche Erwartungen haben wir an die Transatlantische Agenda des nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika?“; Anders Fogh Rasmussen: „NATO as a guarantor of territorial defense and a provider of global security“; Dr. Thomas Mayer: „Brauchen wir einen Europäischen Währungsfonds?“, und Philip D. Murphy: „Why Europe still matters for the United States of America“.

Das Transatlantische Forum der FDP erfreut sich umfangreicher Unterstützung aus der Wirtschaft. Unter fdp-transatlantischesforum.de können Sie uns im Internet besuchen.

18. Grundsatzprogramm- debatte „Chancen für morgen“

Vorsitz: **Christian Lindner**

Von Thomas Dehler ist die Einsicht überliefert: „Es ist heilsam, sich von Zeit zu Zeit auf die Grundlagen zu besinnen, auf denen man steht, zu seinen geistigen Quellen herniederzusteigen, die Voraussetzungen seines Handelns von den Wurzeln her, also radikal im eigenen Sinne, erneut zu durchdenken.“ In diesem Sinn nimmt sich die FDP alle zwölf bis 15 Jahre die Zeit, die langfristigen Grundlinien liberaler Politik in die Zukunft fortzuschreiben: 1971 mit den Freiburger Thesen, 1985 mit dem Liberalen Manifest, 1997 mit den Wiesbadener Grundsätzen für eine liberale Bürgergesellschaft. Der 60. Bundesparteitag hatte im Mai 2009 – also bereits einige Monate vor der Bundestagswahl im September 2009 – beschlossen, dass sich die FDP bis zum Bundesparteitag 2012 ein neues Grundsatzprogramm geben soll. Mit der Einsetzung einer Grundsatzprogrammkommission hat der FDP-Bundesvorstand am 28. Juni

2010 den Beratungsprozess zum neuen FDP-Grundsatzprogramm eröffnet. Während ein Wahlprogramm festlegt, was wir innerhalb der nächsten Legislaturperiode machen wollen, soll unser Grundsatzprogramm das liberale Projekt bis 2030 beschreiben.

Die Grundsatzdebatte der FDP unter der Leitung von Generalsekretär Christian Lindner verknüpft über ein Dutzend verschiedene Elemente zu einem umfassenden, inhaltlich offenen Beratungsprozess. Die Grundsatzdebatte, der größte Beteiligungsprozess einer Partei in Deutschland, beteiligt Experten, Parteigliederungen und Vorfeldorganisationen, interessierte Bürger und die Öffentlichkeit. In der Gremienarbeit in der Grundsatzprogramm-Kommission und in elf Programmforen arbeiten über 150 Freunde der Freiheit, mit oder ohne Parteibuch, als ständige Mitglieder am neuen Grundsatzprogramm. Über weitere Veranstaltungen der Bundespartei wie den Freiheitskongress mit 900 Teilnehmern vom 2. Oktober 2010, den im März 2011 eröffneten Liberalen Salon des Generalsekretärs, über Veranstaltungen der Programmforen, Regionalkonferenzen, einen Programmparteitag im November 2011, einen Webauftritt zur Diskussion, Information und Dokumentation sowie über selbst organisierte Beteiligungsformate der Gliederungen wie Deutschland-Salons, Programm-Werkstätten und Bürgerhefte entsteht eine breite Debatte, um die „Weisheit der Vielen“ zu einem neuen Grundsatzprogramm zu verdichten.

Der Freiheitskongress am 2. Oktober 2010 war der öffentliche Auftakt der Debatte zum neuen Grundsatzprogramm der FDP. Gemeinsam mit hochkarätigen Gästen und Referenten konnten wir wichtige Zukunftsfragen und zentrale Themenkomplexe für die weitere Diskussion identifizieren. Der 2. Oktober 2010 war zugleich der Starttermin für die Online-Diskussion auf der eigens eingerichteten Website zur Grundsatzprogramm-Debatte: chancen-fuer-morgen.de.

Bereits am 26. August 2010 hatte sich die Grundsatzprogramm-Kommission mit 33 Mitgliedern konstituiert. Die Arbeit der Kommission



Start der Grundsatzprogrammdebatte: Der Freiheitskongress am 2. Oktober 2010 in Berlin.



Einer der ersten Deutschland-Salons fand in Odenthal statt.

gliedert sich in drei Phasen: Die erste Phase dient der Orientierung. Dabei wird die Kommission eine Bestandsaufnahme machen: Welche Probleme müssen wir angehen, welchen Fragen müssen wir uns stellen? Was erwartet uns im Jahr 2030? In welchen Traditionen stehen wir und andere liberale Parteien? Wie können wir unsere liberalen Ideale und Werte für die Zukunft neu interpretieren? Zugleich wurden in dieser Phase elf Programmforen eingesetzt. In der zweiten Phase seit März 2011 fokussiert die Kommission auf wichtige Themen, erarbeitet Thesen für den Parteiparteitag im November 2011. In der dritten Phase, ab Winter 2011/2012, wird der endgültige Textentwurf des neuen Grundsatzprogramms für den Parteiparteitag 2012 formuliert und in der Partei und der Öffentlichkeit diskutiert.

Die von der Grundsatzprogramm-Kommission eingesetzten elf Programmforen dienen der fachlichen Vertiefung und personellen Verbreiterung der Diskussion. Sie arbeiten zu folgenden Themen: 1. Ordnung der Märkte, 2. Bildungsgesellschaft, 3. Demografie und Integration, 4. Digitale Gesellschaft, 5. Zukunft der sozialen Verantwortung, 6. Nachhaltige Weltordnung, 7. Recht Macht Staat, 8. Lebendige Demokratie, 9. Deutschland in Europa und der Welt, 10. Liberale Fundamente und 11. Zukunft der Emanzipation. Den Programmforen gehören

sowohl Mitglieder der Grundsatzprogramm-Kommission und liberale Mandatsträger als auch externe Wissenschaftler und Experten an. Die Programmforen richten in eigener Verantwortung öffentliche Veranstaltungen zu ihrem jeweiligen Themengebiet aus, um die Themen öffentlich und mit externem Sachverstand zu diskutieren. Die Programmforen erarbeiten dabei schriftliche Berichte an die Grundsatzprogramm-Kommission, die in die Diskussion der Thesen einfließen.

Parteilgliederungen können sich auf vielfältige Weise an der Debatte beteiligen. Das Thomas-Dehler-Haus hat Handreichungen zur Organisation von Deutschland-Salons und Programm-Werkstätten zur Verfügung gestellt. Insbesondere die Deutschland-Salons werden zwischen Hamburg im Norden und München im Süden, dem Bergischen Land im Westen und Berlin im Osten regelmäßig durchgeführt. Dabei werden in informeller Atmosphäre Perspektiven liberaler Politik auf regionaler, nationaler oder globaler Ebene reflektiert. Im Herbst 2011 wird es auf Regionalkonferenzen zum unmittelbaren Austausch zwischen den Parteimitgliedern und der Grundsatzprogramm-Kommission kommen. Zudem sind die Gliederungen von der Grundsatzprogramm-Kommission zu ausgewählten Fragen um schriftliche Stellungnahmen gebeten worden.

III. LIBERALES VORFELD

1. Bundesverband Junge Liberale

Vorsitz: **Lasse Becker**

Das Jahr 2009 stand auch bei den Jungen Liberalen mit der „Kampagne 09“ ganz im Zeichen der Europa- und Bundestagswahl. Dabei haben die JuLis den größten und modernsten Wahlkampf ihrer Geschichte auf die Beine gestellt. Statt sich nur hinter Infoständen zu verschanzen, sind die JuLis überall in Deutschland dahin gegangen, wo unsere Zielgruppen anzutreffen sind: auf Messen, LAN-Partys, in Kneipen, am Baggersee, auf Festivals, vor Schulen und, und, und. Dabei haben die JuLis gezielt die Unterstützung von über 500 Freiwilligen erhalten, die nicht Mitglied der JuLis waren, sondern sich für den Liberalismus, Generationengerechtigkeit und die Bürgerrechte einsetzen wollten und uns im Wahlkampf unterstützten. Untermauert durch die Promotour quer durch Deutschland mit über 50 Terminen in den Kreis- und Ortsverbän-

den, haben wir so viele Werbemittel wie noch nie verteilt und landauf und landab für unsere Inhalte und die der FDP geworben. Mit zwei Video-Viralfilmen unterstützten wir im September 2009 unsere Kampagne und erreichten mit dem selbstironischen Video „Die reine Wahrheit“ in unserem YouTube-Channel mehr Klicks als die anderen Jugendorganisationen zusammen (youtube.com/julus).

Der großartige Wahlerfolg der FDP bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 war auch ein großer Wahlerfolg der JuLis. In deren Zielgruppe erreichte die FDP ihr bestes Ergebnis – in der Altersgruppe der 18 bis 24-Jährigen mit 15 Prozent der Stimmen und der 25 bis 34-Jährigen mit 18 Prozent der Stimmen. Dank des Wahlergebnisses zogen 17 JuLis in den Bundestag ein, darunter unser damaliger Bundesvorsitzender Johannes Vogel.

Auf dem 40. Bundeskongress im Frühjahr 2010 in Bonn wählten die JuLis einen neuen Vorstand und nach der wahrscheinlich spannendsten Kampfkandidatur des letzten Jahrzehnts Lasse Becker zum Nachfolger von Johannes Vogel



Festakt zum 30. Jahrestag der Jungen Liberalen.

als Vorsitzenden. Im Berichtszeitraum beschäftigten sich die Jungen Liberalen mit den Schwerpunktthemen Finanzmarkt und Lebenschancen. Ein weiterer Schwerpunkt des Bundesvorstandes war eine verstärkte innerverbandliche Kommunikation. Auf insgesamt sieben Regionalkonferenzen diskutierten die Mitglieder mit dem Vorstand dessen Arbeitsprogramm und auch die strategische Ausrichtung der FDP. Auch die direkte Kommunikation mit dem Verband wurde erheblich ausgebaut.

Mit der Finanzkrise und der Diskussion um die Einführung der Finanztransaktionssteuer rückte vor allem das Kernthema Ordnungs- und Finanzpolitik in den Fokus, zu dem die JuLis ein prominent besetztes Seminar in Frankfurt veranstalteten, um Antworten auf die aktuelle Diskussion geben zu können. Diese Veranstaltung wurde im Anschluss als Video allen Mitgliedern im internen Bereich der Homepage zur Verfügung gestellt. Auf dem 41. Bundeskongress im Herbst 2010 wurde der Leitantrag des Bundesverbands zur „Liberalen Ordnung für den Finanzmarkt“ verabschiedet.

In Kombination mit dem 41. Bundeskongress feierten die JuLis mit über 700 Teilnehmern ihr 30-jähriges Jubiläum in Berlin und blickten gemeinsam mit den ehemaligen Vorsitzenden auf eine bewegte Geschichte zurück. In der zweiten Hälfte seiner Amtszeit 2010/2011 beschäftigte sich der Bundesvorstand mit dem Thema Lebenschancen, konkret mit den Themenkomplexen Integration, sozialer Aufstieg, Leben im Alter und lebenslangem Lernen. Dazu wurde auf dem 42. Bundeskongress in Gütersloh im April ein entsprechender Leitantrag beraten und verabschiedet.

Gerade in Zeiten der Regierungsbeteiligung der FDP besteht ein erhöhter Erklärungs- und Diskussionsbedarf. Deswegen finden regelmäßig Chats mit dem Bundesvorstand statt, zu dem alle Mitglieder eingeladen sind und zahlreich partizipieren. Durch zusätzliche gezielte Mailings halten die JuLis ihre Mitglieder regelmäßig zu aktuellen Diskussionen und Themen informiert und laden im internen Bereich der Homepage und auf Facebook zur Diskussion ein.

2. Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand

Vorsitz: **Dr. Heinrich L. Kolb**

Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e. V. hat in den vergangenen zwei Jahren eine deutlich positive

Entwicklung genommen. Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 weist sie ein kontinuierliches Mitgliederwachstum auf. Es ist aber nicht nur die Zahl der Mitglieder gestiegen, auch die Zahl der Landesverbände hat sich durch die Beitritte der Mittelstandsinitiativen in Sachsen und Baden-Württemberg erhöht. In Nordrhein-Westfalen und Thüringen sind zudem neue Regionalverbände gegründet worden. Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e. V. hat ihren Sitz in Berlin. Seit einem Jahr unterhält sie eine personell besetzte Bundesgeschäftsstelle.

Die Landes- und Regionalverbände führten zahlreiche Veranstaltungen durch, darunter Diskussionsrunden mit Parlamentariern auf allen Ebenen sowie regelmäßige politische Salongespräche. Ein Höhepunkt war die Verleihung des Unternehmerpreises „Fokus für Exzellenz“, ein vom Liberalen Mittelstand in Hessen jährlich ausgelobter Preis, der vom hessischen Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Dieter Posch, übergeben worden ist. Nicht zuletzt konnte die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fortgesetzt werden. Die Mitglieder des Deutschen Bundestages und die Abgeordneten der Landtage, die Mitglieder des Liberalen Mittelstandes sind, haben dazu beigetragen, das politische Gewicht unseres Verbandes zu steigern. Auf Initiative der Bundestagsabgeordneten Dr. Heinrich L. Kolb und Torsten Staffeldt ist ein „Gesprächskreis Mittelstand“ innerhalb der FDP-Bundestagsfraktion unter dem Vorsitz von Claudia Bögel eingerichtet worden.

Die sachpolitische Beratung des Bundesvorstandes findet regelmäßig alle zwei bis drei Monate statt. Im Mittelpunkt steht die Erörterung aktueller mittelstandsrelevanter Themen. Im Januar 2010 beriet der Vorstand auf einer Klausurtagung in Berlin über die strategische Ausrichtung des Verbandes in den kommenden Jahren. Ende des Jahres 2009 fand unter dem Motto „Der ehrbare Kaufmann – Wettbewerbsfaktor für den Mittelstand“ der 5. Deutsche Mittelstandstag in Nürnberg statt. Im November 2010 lud die Bundesvereinigung zum 6. Deutschen Mittelstandstag unter dem Leitthema „Mut zur Veränderung – Mittelstand – DER Arbeitgeber“ nach Berlin ein. Den Gastvortrag hielt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, Ernst Burgbacher. Die aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Unternehmerinnen und Unternehmer nutzten das mit hochkarätigen Gästen aus den Reihen der Bundes- und Europapolitik und der Wirtschaft besetzte Podium für intensive Gespräche.



Der Liberale Mittelstand auf dem 61. Ord. Bundesparteitag in Köln.

Auf der Bundesdelegiertenversammlung im Jahr 2009 wurde der geschäftsführende Vorstand bestätigt. Im Jahr 2010 war wesentlicher Bestandteil die programmatische Arbeit sowie die Präsentation des neuen Internetauftrittes. Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch und die Gastrede der Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Birgit Homburger. Der 7. Deutsche Mittelstandstag findet im November 2011 in Stuttgart statt.

Mit der Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen, darunter den Bundes- und Landesparteitagen der FDP sowie den Evangelischen Kirchentagen, hat die Projektgruppe Marketing zu mehr Präsenz in der Öffentlichkeit beigetragen und es konnte der Dialog mit den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft fortgesetzt und ausgebaut werden.

Die Internetseite liberaler-mittelstand.de wurde im Jahr 2010 neu gestaltet. Sie wird regelmäßig aktualisiert und gibt einen Überblick über die Arbeit und die Aktivitäten des Bundesverbandes sowie der einzelnen Landesverbände.

3. Bundesvereinigung Liberale Frauen

Vorsitz: **Doris Buchholz**

Die Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN e. V. feierte 2010 in Hamburg ihr 20-jähriges Bestehen. Sie ist – nachdem im Mai 2010 in Bremen eine Landesvereinigung gegründet wurde – in allen Bundesländern vertreten. Durch die Gründung weiterer Untergliederungen in den Landesvereinigungen konnte die Arbeit auf eine breitere Basis gestellt werden. So wurden in Baden-Württemberg (Baden-Baden/Rastatt), in Bayern (Ingol-



Die Liberalen Frauen auf dem Bundesparteitag in Hannover.

stadt), in Niedersachsen (Langenhagen und Rotenburg/Wümme) und in Hessen (Waldhessen und Metropolregion Frankfurt am Main) Orts-, Kreis- beziehungsweise Bezirksverbände gegründet.

Die LIBERALEN FRAUEN verzeichneten in den letzten beiden Jahren einen regen Zulauf an Neumitgliedern. Aktuell hat die Bundesvereinigung LIBERALE FRAUEN mehr als 1000 Mitglieder.

Optimiert wurde in den letzten beiden Jahren die Öffentlichkeitsarbeit. Inzwischen sind alle Landesvereinigungen mit einer Webseite im Internet zu erreichen. Das Mitgliedermagazin erscheint in einem neuen Layout und einem größeren Umfang. Es wird in gedruckter Form und als PDF-Version an Mitglieder und Interessentinnen verschickt. In den Landesvereinigungen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland gibt es eigene Ausgaben.

Neben den Bundesmitgliederversammlungen fanden Tagungen in Zusammenarbeit mit dem Förderverein LIBERALE FRAUEN e. V. statt. Im Jahr 2009 war das Motto der Jahrestagung „Machen Frauen anders Politik?“. Motto der Tagung 2010 war „Geld gehört in Frauenhand“. Schwerpunktthemen in den Landesver-

einigungen waren unter anderem „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Altersarmut von Frauen und das Thema Bildung.

Die LIBERALEN FRAUEN erarbeiten zurzeit ein eigenes Grundsatzprogramm, das auf der nächsten Mitgliederversammlung endgültig verabschiedet werden soll.

4. Bundesverband Liberaler Senioren

Vorsitz: **Detlef Parr**

Der Bundesverband Liberale Senioren (LiS) kümmert sich um ein Politikfeld, das sich die FDP noch nicht zielstrebig genug erschlossen hat. Als kooptiertes Mitglied im FDP-Bundesvorstand wirken die Liberalen Senioren an der Entwicklung einer Politik für ältere Menschen mit. Die Grundlagen für diese Arbeit schafft der LiS-Bundesvorstand in engem Kontakt zu seinen Landesverbänden. Der Förderverein LiS e. V. verbessert die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten.

Gemessen am Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung ist die Mitgliederzahl mit ca. 900 überschaubar. Dennoch sind die Liberalen Senioren in allen Bundesfachausschüssen und Kommissionen der Bundespartei vertreten.

Ein wesentlicher Teil des Engagements gilt der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), in der wir die liberale Stimme in folgenden Fachkommissionen deutlich hörbar machen:

„Aktuelle Fragen der Seniorenpolitik“ (Berthold Bahner, Andreas Sachtleben), „Gesundheit und Pflege“ (Detlef Parr), „Freiwilliges Engagement und gesellschaftliche Teilhabe“ (Reinhild Sachtleben, Nora Jordan-Weinberg) und Arbeitsgruppe „Neue Medien“ (Andreas Sachtleben).

Daraus haben sich viele Inhalte unserer Arbeit ergeben, die wir nicht nur in den Vorstandssitzungen, sondern vor allem auf einer Klausurtagung in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach vertieft diskutierten und die auch Gegenstand der Beratungen auf unseren Delegiertenversammlungen waren.

Mit den Themen „Beschäftigungsoffensive für ältere Menschen“, „Lebensbegleitendes Lernen – eine gesellschaftliche Aufgabe“ und „Zum Wohl der Kinder neue Wege gehen“ beschäftigten wir den Bundesparteitag in Köln. Der letzte Antrag vor allem stieß auf großes Interesse. Die Delegierten wählten ihn im Alex-Müller-Verfahren auf Platz 3.

In Rostock verknüpften wir diese Hauptversammlung mit einer Jahrestagung, in deren Mittelpunkt Vorträge und

Diskussionen mit dem Schwerpunkt „Kultur“ standen. Ein Antrag „Alter ist kulturelles Kapital“ ist in Vorbereitung (Autoren Dr. Kurt Sütterlin und Berthold Bahner).

Mit Info-Ständen machten wir auf eine Reihe von Veranstaltungen innerhalb und außerhalb der FDP auf uns aufmerksam, z. B. auf dem Ökumenischen Kirchentag in München. Die Mitgliederinformation erfolgte über den „Seniorenbrief“ (Nora Jordan-Weinberg).

Die LiS freuen sich über die Anerkennung ihrer Arbeit durch Bundespartei und Bundestagsfraktion. Sehr engagiert unterstützt uns auch die seniorenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Nicole Bracht-Bendt. Die LiS wünschen sich für die Zukunft mehr Mitglieder und dadurch gesteigerte Sensibilität für die Belange der älteren Menschen. Ein mitfühlender Liberalismus zeigt Herz für die größte Altersgruppe in unserer Gesellschaft, wenn er wieder mehr Erfolg haben will.

5. Bundesverband Liberale Hochschulgruppen

Vorsitz: **Kristina Kämpfer**

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG) ist der Dachverband von zurzeit 67 Gruppen liberaler Studierender an Hochschulen der gesamten Bundesrepublik (Stand: 45. BMV im Januar 2011). Zu seinen Hauptaktivitäten zählten die inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Liberalen Hochschulgruppen vor Ort, die Organisation von Kongressen und Seminaren zur politischen Bildung, programmatischen Weiterentwicklung und Vernetzung von liberalen Studierenden sowie die Begleitung hochschulpolitischer Entwicklungen durch Pressemitteilungen und Teilnahme an Sitzungen und Anhörungen politisch relevanter Akteure. In den vergangenen zwei Jahren wurden Kongresse in Dresden, Göttingen, Köln und Mainz ausgerichtet. Darüber hinaus fanden zahlreiche Seminare statt, welche dem Bundesverband LHG zum Erarbeiten einer breiten Beschlusslage helfen konnten.



Gerd-Dietrich Tiefensee (Niedersachsen), Margit Baumgarten-Wilbert (Rheinland-Pfalz), Dr. Kurt Sütterlin, Nora Jordan-Weinberg (beide Baden-Württemberg), Detlef Parr (NRW).



Der Vorstand der LHG mit FDP-Generalsekretär Christian Lindner vor den Plakaten der Kampagne „Freiheit neu denken“.

Als liberaler Verband unterhält der LHG enge Beziehungen zur FDP, um gemeinsame Ziele in Bildungs- und Hochschulpolitik voranzubringen. Insbesondere nehmen der Bundesvorsitzende und die Vorstandsmitglieder an Bundesvorstandssitzungen, Bundesparteitagen und Bundesausschüssen oder -arbeitskreisen teil. Im Januar 2011 war der LHG an dem von der FDP-Bundestagsfraktion veranstalteten Kongress „Studieren in Deutschland“ beteiligt und konnte auch dort die Debatte mit wichtigen Impulsen bereichern. Im Rahmen der Grundsatzdebatte versucht der LHG die Debatte im Bereich der Hochschulpolitik zu unterstützen, u. a. durch die Teilnahme am Programmforum Bildung. Kontakte bestehen auch zu den Jungen Liberalen, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, dem Verband Liberaler Akademiker, dem Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten und anderen liberalen Verbänden. Im Sommer 2010 konnte der LHG mit der Theodor-Heuss-Akademie eine Vereinbarung über die zukünftig gemeinsame Ausrichtung von Seminaren erzielen. Auch international pflegt der LHG gute Kontakte, vor allem zu der europäischen Jugendorganisation LYMEC und dem europäischen liberalen Studentennetzwerk ELSN. Im Bereich der internationalen Arbeit ist die starke Verbindung zu der belorussischen Jugendorganisation Civil Forum hervorzuheben. Darüber hinaus trifft sich der LHG regelmäßig auf nationaler Ebene mit anderen studentischen Verbänden sowie

hochschulpolitischen Akteuren der Länder und des Bundes.

In den Jahren 2009 bis 2011 nahmen die Vorstände unter Führung von Johannes Knewitz (2009–2010) und Kristina Kämpfer (2011) all diese Aufgaben wahr. Eine finanzielle Konsolidierung konnte im letzten Jahr erfolgreich abgeschlossen werden. Besonders programmatisch möchte sich der LHG fortan breiter aufstellen, weshalb im Januar 2011 die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms beschlossen wurde. Zentrale Themen werden u. a. der Bologna-Prozess, das studentische Leben(sumfeld) und die Freiheit von Forschung und Lehre sein.

Die Unterstützung der Mitgliedsgruppen stellt im Rahmen des Bologna-Prozesses sowohl für den LHG auf Bundesebene als auch die Gruppen vor Ort eine Herausforderung dar, welche in den vergangenen zwei Jahren erfolgreich gemeistert wurde. Derzeit sind liberale Studierende deutschlandweit stark in den studentischen und akademischen Gremien beteiligt. Die vom Bundesverband im Januar 2011 gestartete Kampagne „Freiheit neu denken“ soll den Liberalen Hochschulgruppen vor Ort helfen, den Liberalismus an den Hochschulen zu hinterfragen und im Endeffekt durch diese Diskussion zu stärken.

IV. BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

1. Abteilung Politische Planung, Programm und Analyse (PPA)

Leiter: **N.N.**

Stellv. Leiter: **Dr. Christopher Gohl**

Wie kommt die FDP dahin, wo sie hin will? Das ist die Grundfrage der zum 1. Juni 2010 neu gegründeten Abteilung Politische Planung, Programm und Analyse. Ihre Beobachtungen, Konzepte und inhaltlichen Aufarbeitungen sind ein Beitrag zur strategischen Steuerung der FDP durch Präsidium und Bundesvorstand. Die erste Aufgabe der zunächst drei Mitarbeiter war es, in Absprache mit dem Generalsekretär die Ansprüche der Regierungspartei FDP an strategische Steuerung in ein Arbeitsprogramm zu übersetzen. Mittlerweile arbeiten fünf Kollegen an der Umsetzung von politischer Planung, strategischer Programmatik und der Analyse des Umfelds der Partei.

Eine frühe und bleibende Querschnittsaufgabe ist dabei die Gestaltung und Organisation der Debatte über ein neues Grundsatzprogramm. Die PPA erarbeitete in den ersten Wochen das Konzept für einen fast zweijährigen Beratungsprozess, an dem die Parteiführung neben den eigenen Gliederungen und Mitgliedern auch externe Experten, Multiplikatoren und interessierte Bürger beteiligt. Dieses Konzept mündete in den Einsetzungsbeschluss des Bundesvorstands vom 28. Juni 2010. Seither betreut die PPA die Umsetzung des organisierten Dialogs. Erster Höhepunkt der Grundsatzdebatte war der von der PPA inhaltlich und personell vorbereitete Freiheitskongress am 2. Oktober 2010 in Berlin. An der Eröffnungssitzung sowie vier unterschiedlichen Panels beteiligten sich insgesamt 30 externe Persönlichkeiten, unter ihnen Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, der Philosoph Volker Gerhardt und der Schriftsteller Richard David Precht. Neben der Grundsatzkommission begleitet die PPA auch die Arbeit der elf Programmforen, die die Grundsatzkommission beraten. In ihnen wird nach Vorbild von Enquetekommissionen eine fachliche Vertiefung der Debatte geleistet. Jedes Programmforum richtet eine öffentliche Veranstaltung aus, um Öffentlichkeit für liberale Anliegen zu schaffen. Daneben verantwortet die PPA die Internetseite

chancen-fuer-morgen.de zum Grundsatzprogramm und die Anfragen interessierter Mitglieder. Dazu kommt die Planung und Umsetzung des „Liberalen Salons“, eines neuen Veranstaltungsformats des Generalsekretärs im Thomas-Dehler-Haus. Am 15. März fand der erste Liberale Salon im Thomas-Dehler-Haus in Berlin statt. Christian Lindner diskutierte mit der Wirtschaftsweisen Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro, dem Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Dr. Udo di Fabio und dem Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Werner Hoyer, über das Thema „Stabilität braucht Subsidiarität – Welche Perspektive hat Europa?“. Zum Thema „Bildung in Deutschland – Sozialer Fahrstuhl oder Sackgasse?“ waren am 2. Mai der Pädagoge und Autor Dr. Bernhard Bueb und der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dr. Ulrich Schneider, zu Gast.

Darüber hinaus hat die PPA drei zentrale Aufgaben, die sich auch im Namen der Abteilung wiederfinden: Politische Planung, Analyse und Programm. Politische Planung kann nicht heißen, einfach nur Leitbilder und wünschenswerte Ziele zu identifizieren und in Meilensteinplänen festzuhalten. Zwar ist die Festlegung strategischer Ziele und Absichten ein Teil politischer Planung. Aber entscheidend ist es, die leitenden Gedanken der Strategie unter dem Druck der stets sich verändernden Verhältnisse fortzubilden und die Umsetzung in Maßnahmen voranzutreiben. Es gilt, das große Bild einer schlagkräftigen und erfolgreichen FDP in die kleinen Fortschritte des Alltags zu übersetzen und hier eine fachlich konsistente, liberal konsequente strategische Linie sichtbar zu machen. Dies kann nur in Abstimmung mit anderen Abteilungen und den liberalen Planern der Ministerien und der Bundestagsfraktion geschehen. Mit dieser Absicht wirkt die PPA an regelmäßigen Planungs- und Koordinierungstreffen mit.

Eine wesentliche Voraussetzung erfolgreicher strategischer Steuerung ist eine klare Analyse des Umfelds. Dazu gehört zunächst die Beobachtung der politischen Konkurrenz, sowohl der Parteien als auch ausgewählter Politiker. Ziel ist es, die politische Konkurrenz vornehmlich in ihren Schwächen, aber auch ihren Stärken zu verstehen. Eine solche Analyse legt das Fundament für eine täglich wehrhafte FDP – und sie geht in die längerfristigen Planungen zu Positionierungen der FDP ein.



Mitarbeiter des Thomas-Dehler-Hauses waren viel gefragte Ansprechpartner auf dem Freiheitskongress in Berlin.

Ein zweiter Analyseschwerpunkt ist die Auswertung von Daten der demografischen Bewegungen im Parteiensystem: Wie verändert sich die Wählerschaft, welche Wanderungen gibt es zwischen den Parteien? Die Analyse der Konkurrenz und der Demografie mündet letztlich im verbesserten Verständnis der Veränderungen innerhalb des Fünf-Parteien-Systems.

Ein wesentliches Element der strategischen Ausrichtung der FDP ist ihre inhaltliche Positionierung. Darum geht es bei strategischer Programmarbeit: Mit welchen Fakten, Argumenten, Prinzipien und Perspektiven begründen wir unser liberales Politikangebot? Welche gesellschaftlichen Probleme sollten wir mit welchen Prioritäten aufgreifen? Wo müssen wir unsere Positionen weiterentwickeln? Und wo finden wir Unterstützung dafür? Ergebnisse sind Zuarbeiten zu Pressemitteilungen, Reden und Artikeln, Beschlüssen des Präsidiums und des Bundesvorstandes, die inhaltliche Fundierung von Kampagnen. Auch für die Programmarbeit gilt, dass sie selten im stillen Kämmerlein betrieben werden kann, sondern dass sie wesentlich in der Zusammenarbeit innerhalb der Partei besteht.

2. Abteilung Dialog und Kampagnen (DuK)

Leiter: **Thomas Scheffler**

Bei der Bundestagswahl 2009 hat die FDP mit einem überragenden Ergebnis das Vertrauen der Menschen in Deutschland erworben und wurde in Regierungsver-

antwortung gewählt. Mit dieser Verantwortung ging die Neuausrichtung der Bundesgeschäftsstelle einher. Dabei wurde die bisherige Abteilung „Strategie und Kampagnen“ aufgeteilt in die Abteilungen „Politische Planung, Programm und Analyse“ und „Dialog und Kampagnen“. Die Hauptaufmerksamkeit der Abteilung „Dialog und Kampagnen“ liegt auf der Kampagnenplanung und deren Umsetzung sowie auf der Zusammenarbeit und dem Dialog mit den Gliederungen vor Ort. Dabei gilt es, die Schwerpunkte liberaler Politik so aufzubereiten, dass sie die Menschen

direkt ansprechen und eine hohe Zielgruppenwirkung entfalten.

Die Abteilung erarbeitet Konzepte für Kampagnen, Briefings für Werbemittel, entwickelt Ideen und Vorschläge für Aktionen vor Ort, liefert Argumentationsmittel und Kampagnenleitfäden. Damit greift sie nicht nur Themen der Bundespolitik auf, sondern unterstützt auch die Gliederungen der Partei. Die Erfolge bei der Bundestagswahl und den Landtagswahlen sind Frucht dieser erfolgreichen Arbeit.

Für die Bundestagswahl 2009 entschloss sich die FDP, einen Dialogwahlkampf zu führen, dessen Ausgestaltung in der Verantwortung der Abteilung lag. Dabei spielten auch die sozialen Netzwerke im Internet wie studiVZ, meinVZ, Facebook und Xing eine wichtige Rolle. Auf der Internet-Diskussionsplattform „MitMachArena“ konnte jeder dort angemeldete Nutzer das Wahlprogramm mitgestalten und abstimmen, welche Themen die Liberalen in der künftigen Regierung aufgreifen sollen. Auch per E-Mail, SMS und Brief wurde mit den Menschen Kontakt aufgenommen: So konnten beispielsweise mit einem Direct-Mailing im Rahmen einer Kampagne zur Gesundheitspolitik über 3.400 Fachärzte erreicht werden. In der letzten Woche vor der Bundestagswahl wurden zudem ausgewählte Personen angeschrieben, die über Lifestyle-Typologien als liberal-affin ermittelt wurden. Diese Form gezielter Werbung hat sich als effektiv erwiesen und wird fortgeführt.

Der unmittelbare Dialog mit dem Bürger bleibt auch über den Wahlerfolg hinaus ein Erfolgsgarant: Im Berichtszeitraum hat die Abteilung knapp 6.000 schriftliche Anfragen von interessierten Bürgern beantwortet und

damit ganz individuell für die liberalen Ideen und Werte geworben.

Auch der wöchentlich erscheinende frei-brief hat sich bewährt: Schnell und umfassend erhalten Mitglieder und Sympathisanten Argumente, Beschlüsse und Hinweise zur Politik der Bundespartei als E-Mail. Im Berichtszeitraum wurden 114 Ausgaben verschickt und knapp zwei Drittel der Mitglieder der FDP erreicht.

Zu den Aufgaben gehört auch die Betreuung von Besuchergruppen. In den zwei Jahren des Berichtszeitraumes wurden rund 5.700 Gäste aus dem In- und Ausland durch das Thomas-Dehler-Haus geführt und konnten Einblicke in die Arbeit der Parteizentrale gewinnen.

Daneben kümmert sich die Abteilung auch um die Neumitglieder: Sie erhielten ein persönliches Schreiben mit einem Fragebogen, in dem sie ihre Anregungen an die Bundespartei weitergeben konnten. So weiß die Bundespartei noch genauer, welche Themen und Angebote der Partei vor Ort gefragt sind und welche Themen die Basis bewegen.

Für die Bekanntmachung politischer Forderungen bedarf es nicht nur der Kommunikation mit dem einzelnen Bürger, sondern auch einer pointierten Vermittlung freiheitlicher Werte für liberale Zielgruppen. Die Abteilung leistet dies mit der Umsetzung in kampagnentaugliche Botschaften. Wir machen die Öffentlichkeit auf liberale Themen aufmerksam. In enger Abstimmung mit dem

Generalsekretär und dem liberal Verlag wurden und werden entsprechende Materialien erarbeitet, beispielsweise die Kampagnen „Wir halten Wort“ und „Gelb statt grün“.

Im Berichtszeitraum hat die Bundespartei vier Bundesparteitage, vier Regionalkonferenzen und eine Kreisvorsitzendenkonferenz abgehalten, die von der Abteilung inhaltlich und mit Informationsständen begleitet wurden. Hier konnte die Basis mit den Referenten der Abteilung ins Gespräch kommen und ihre Anregungen direkt an die Bundesgeschäftsstelle herantragen. Auf Veranstaltungen des liberalen Vorfelds bot die Abteilung „Dialog und Kampagnen“ ebenso die Möglichkeit des persönlichen Gesprächs und Kontakts.

Zur Verbesserung der Arbeit mit den vielfältigen liberalen Gliederungen hat die Bundesgeschäftsstelle die AG „Interne Kommunikation“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, durch eine besser strukturierte interne Kommunikation die Schlagkraft der Liberalen zu stärken und die Kommunikation mit Mitgliedern, Interessenten und wichtigen Multiplikatoren weiter zu verbessern.

In der Verantwortung der Abteilung liegt überdies die Betreuung der Bundesfachausschüsse und des Mentoring-Programms zur Förderung liberaler Nachwuchstalente. Die DuK ist Ansprechpartner für die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker und inhaltlicher Berater bei der Verleihung der „Liberta“, der Auszeichnung für engagierte liberale Frauen.

Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen Juli 2010 bis April 2011:

Thema Gesundheit:

Suchmaschinenmarketing-Kampagne (August bis Dezember 2010); Themenwebsite als Landingpage; Zielgruppenmailing „Gesundheit“ im Wahlkampf Hamburg, Argumentationspapier, FAQ's und Faktencheck zur „Finanzierungsreform der GKV“, Argumentationspapier „Warum protestieren die Hausärzte?“.

Thema Energie:

Information an Hauptgeschäftsführer und Kreisvorsitzende zur Compact-Aktion „Atomalarm“ (per E-Mail) inkl. Faktencheck, Argumentationspapier, FAQ's zum Energiekonzept, FAQ's zum Thema Kernkraft und der Naturkatastrophe in Japan.

Thema Bürgerrechte:

Argumentationspapier „Privatsphäre ist Bürgerrecht“, Flugblatt zum Thema „Löschen statt sperren“, Themenwebsite, Begleitung und Unterstützung bei der Vorbereitung der Demo „Freiheit statt Angst“, Portlet zum Download und einbinden auf eigene Website, E-Card-Motive.

Thema „Gelb-statt-Grün“:

Suchmaschinenmarketing-Kampagne (Oktober 2010 bis Januar 2011), Themenwebsite als Landingpage, Argumentationspapiere, Flugblätter, Flyer, Aufkleber, Plakat und Postkarte „Immer nur dagegen...“, Plakat „Gelb-statt-Grün“.



Gemeinsam mit der Abteilung Politische Planung, Programm und Analyse war die Abteilung für die Logoentwicklung der Grundsatzprogrammdebatte verantwortlich sowie für die werbliche Umsetzung und das Einladungsmanagement des Freiheitskongresses und der Veranstaltungsreihe „Liberaler Salon“.

Die Abteilung unterstützt aber auch die wahlkampf-führenden Landesverbände bei der Erarbeitung von Last-Minute-Aktionen bis hin zur Erstellung von Zielgruppenbriefen, wie z. B. im Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg, wo spezielle Mailings an Ärzte und Juristen sowie zum Thema „Familie/Bildung“ durch die Mitarbeiter der Abteilung erstellt wurden.

Mit der Kampagne „Gelb statt grün“ (gelb-statt-gruen.de) startete die Abteilung eine erste, rein online-basierte Kampagne, die schwerpunktmäßig auf den Einsatz von Such-

maschinenmarketing setzte und dadurch eine sehr hohe Reichweite in der relevanten Zielgruppe erzielte.

Unter dem Slogan „Immer nur dagegen bringt Deutschland nicht voran“ stellte Christian Linder auf der bundesweiten Kreisvorsitzendenkonferenz im Oktober 2010 eine Kampagne vor, die sich mit der

„Dagegen“-Haltung gerade auch der Grünen beschäftigt und deutlich macht, dass die FDP die „Dafür“-Partei ist. Anhand der Themengebiete „Infrastruktur“, „Energie“, „Wirtschaft/Wachstum“, „Fortschritt“ und „Freiheit“ wurden in einem Flyer die Unterscheide zwischen der „Dafür-Haltung“ der FDP und der „Dagegen-Haltung“ der Grünen herausgearbeitet. Ergänzend hierzu gibt es ein Postkartenmotiv und einen Aufkleber sowie weitere Argumentationspapiere und Flugblätter.

Das Thema „Gesundheitsreform“ wurde vom Zeitpunkt des Kabinettsbeschlusses an mit einer Kampagne begleitet. Die entsprechende Webseite gesundheitsreform.fdp.de wurde hierzu mit einer speziell auf das Thema zugeschnittenen Suchmaschinenkampagne beworben und bekannt gemacht. Ergänzt wurde das Angebot mit mehreren Argumentationshilfen, Flugblättern und umfangreichen Hintergrundinformationen.

Unterstützung für aktuelle Themen

Zusätzlich wurden erarbeitet:

Argumentationspapier „Aussetzung der Wehrpflicht – Ein Erfolg der FDP“, Argumentationspapier zur Novellierung des Telefonkommunikationsgesetzes, FAQ's zur Mehrwertsteuersenkung auf Hotellerie, Flugblatt und E-Card „Mit Kraft zurück“ (Argumente zu NRW), Unsere Bilanz „Liberaler Ministerien“, Brief für liberale Bürgermeister inkl. Muster-Pressemitteilung zu Hartz IV, Betreuung Mentoring-Programm, Vorbereitung und Durchführung der Verleihung des Bürgerinnenpreises „Liberta“.

Zur Wahlkampfunterstützung:

Erstellung von Zielgruppenmailings zu den Themen Gesundheit, Bildung, Familie, Innen und Recht für den Wahlkampf in Hamburg, Entwicklung von Last-Minute-Aktionsvorschlägen für die Wahlkämpfe in Hamburg und Sachsen-Anhalt.

Zur Grundsatzprogrammdebatte:

Logoentwicklung, werbliche Gestaltung, Erstellung Imagefilm und Einladungsmanagement. Zum Freiheitskongress: Werbliche Vorbereitung und Einladungsmanagement „Liberaler Salon“ inkl. Videodokumentation für YouTube, facebook etc.

Außerdem die Projektleitung Re-Launch fdp.de und in der Dialogoffensive: Neumitgliederbefragung und Auswertung, Konzeptentwicklung „Bekenner-Kampagne“, Konzeptentwicklung „Bildungskampagne“ und der Mitgliederbrief April 2011.

In enger Zusammenarbeit mit den Internetredakteuren betreut die Abteilung die Website der Liberalen. Zukünftig wird dabei noch stärker auf den direkten Dialog gesetzt. Gemeinsam mit der Universum Kommunikation und Medien AG wurde eine Onlinestrategie und ein Konzept für eine neue Parteiwebseite erarbeitet, die sich noch stärker am Nutzungsverhalten der Menschen orientiert. Die neue Seite soll alle Anhänger der FDP – vom Mitglied über den Interessenten bis zum latenten Sympathisanten – gleichermaßen ansprechen, nach ihren Bedürfnissen informieren, zum Dialog anregen und mobilisieren. Die neue Website wird daher stärker auf Themen, Dialog und Kampagnen fokussiert sein. Dies dient der Nutzerfreundlichkeit ebenso wie der klaren Vermittlung liberaler Schwerpunktthemen. Durch die Fokussierung auf vier bis sechs Themen können Inhalte deutlicher als bisher dem Nutzer vorgestellt werden und einer thematischen Fragmentierung entgegengewirkt werden. Der Nutzer gelangt durch die einfache und direkte Navigation schneller zu den gewünschten Inhalten und erhält auf Dossierseiten einen Überblick mit umfangreichem Informationsangebot. Das verbessert seine Dialogmöglichkeiten und erhöht die Kampagnenfähigkeit der Partei und ihrer Gliederungen. Liberale Argumente und Positionen zu politischen Themen können noch einfacher und schneller gefunden werden. Der Internetauftritt bleibt damit als schnelles und aktuelles Medium für die Information über die Politik der Freien Demokraten maßgeblich.

3. Abteilung Organisation und Finanzen

Leiterin: **Gabriele Renatus**

Service für die Mitglieder wird in unserer Abteilung großgeschrieben. Die enge Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungsumfeld der FDP wie dem Liberalen Parteiservice (LiPS), dem liberal Verlag, der Universum AG und der COMDOK ist deshalb für die neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Abteilung tägliche Praxis.

Die Arbeitsschwerpunkte der Abteilung liegen in der organisatorischen Planung und Durchführung von Bundesparteitagen, Wahlkampfveranstaltungen

auf Bundes- und Landesebene, Kongressen und Sonderveranstaltungen.

Auch die internen Organisationsabläufe der Bundesgeschäftsstelle, wie z. B. die gesamte Materialbeschaffung, die Rechnungsprüfung und Vertragsadministration sowie die Absprachen mit dem Bundespresseamt zur Vorbereitung von Führungen von Besuchergruppen unserer Abgeordneten durch das Thomas-Dehler-Haus, liegen im Verantwortungsbereich der Abteilung.

Besondere Aufgaben kommen auf die Abteilung in Wahlkampfzeiten, insbesondere bei Bundestags- und Europawahlen zu.

Am 17. Mai 2009 startete vom Bundesparteitag in Hannover der Freiheitstruck zu insgesamt 29 Stationen im Europawahlkampf. Bis zur Abschlussveranstaltung am 4. Juni in Karlsruhe legte der Truck über 5.000 km zurück. 54.000 Einladungen wurden für die Veranstaltungen verschickt, 4.500 Ankündigungsplakate aufgestellt. Insgesamt konnten wir auf den neun Großveranstaltungen bei dieser Tour über 8.000 Besucher begrüßen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Organisation und Finanzen waren bei jeder der Großveranstaltungen vor Ort, unterstützt von überaus engagierten „Freiheitskämpfern“, die den Truck während der gesamten Zeit begleiteten, die Veranstaltungen aufbauten, Fotos und ihre Tourberichte von den Veranstaltungen über das Internet verbreiteten.

Bereits am 11. August 2009 ging der Truck wieder auf Tour. Diesmal im Bundestagswahlkampf. Wieder wurde der Truck von einem engagierten Team begleitet. Die Veranstaltungen wurden in enger Zusammenarbeit mit



Neumitgliedertreffen am 1. Mai 2009 im Thomas-Dehler-Haus.

dem liberal Verlag geplant und vorbereitet. Bis zum 26. September wurden 38 Großveranstaltungen durchgeführt, jeder Landesverband wurde berücksichtigt.

Darüber hinaus betreute die Abteilung Organisation und Finanzen im Rahmen des Zentralen Rednereinsatzes eine Vielzahl von Veranstaltungen von Mitgliedern des Präsidiums in den Landtagswahlkämpfen Thüringen, Saarland, Sachsen, Brandenburg, Schleswig-Holstein (alle 2009) und Nordrhein-Westfalen (2010) sowie Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Die Druckerei der Bundesgeschäftsstelle ist ein gern angefragter Dienstleister, insbesondere für Kleinaufträge für das liberale Vorfeld. Auch die Jungen Liberalen nehmen in Vorbereitung auf ihre Bundeskongresse gern die Leistungen der Druckerei in Anspruch.

Die Abteilung war u. a. organisatorisch verantwortlich bzw. unterstützend tätig für:

- den 60. und 61. Ord. Bundesparteitag in Hannover bzw. Köln,
- die außerordentlichen Bundesparteitage im September und Oktober 2009 in Potsdam und Berlin,
- die Verleihung des Bürgerinnen-Preises „Liberta“ 2009 und 2010,
- die bundesweiten Neumitgliedertreffen am 1. Mai 2009 und 2010,

- den Liberal International Council in Berlin,
- die Regionalkonferenzen in Ulm, Schwerin, Siegburg, Halle und
- die bundesweite Kreisvorsitzendenkonferenz in Berlin,
- den Freiheitskongress,
- die VLK-Delegiertenversammlungen 2009 und 2010,
- den Empfang anlässlich des 90. Geburtstages von Altbundespräsident Walter Scheel und den 70. Geburtstag von Hermann-Otto Solms und
- die Veranstaltungen zum Politischen Aschermittwoch in Straubing 2010 und 2011

sowie die regelmäßigen Sitzungen des Bundesvorstandes, des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführer bzw. des Beirats des Liberalen Parteiservices.

4. Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Leiter: **Wulf Oehme**

Die Medien für Themen und Personal der FDP zu interessieren und die FDP für Vertreter der Presse zugänglich machen: Diese Doppelfunktion steht im Kern der Aufgaben der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Leitung der Pressestelle ging im Januar 2010 auf Wulf

FDP-Generalsekretär Christian Lindner während einer Pressekonferenz im Thomas-Dehler-Haus.





Oehme über, nachdem Robert von Rimscha die Leitung des Planungsstabes im Auswärtigen Amt übernahm. Oehme, seit 20 Jahren stellvertretender Sprecher der Partei, ist ein liberales Urgestein und arbeitet seit 1967 für die Liberalen.

Bis zu seinem Wechsel in die freie Wirtschaft am 1. April 2011 unterstützte Adib Sisani als stellvertretender Sprecher Wulf Oehme. Im Mai 2010 wechselte Thomas Diener als Referent für Neue Medien in die Pressestelle und betreut weiterhin die liberalen Internetauftritte. Seit September 2010 verstärkt Kathrin Klawitter als Sprecherin des Generalsekretärs die Abteilung.

Neben der strategischen Platzierung und Organisation von Auftritten des Präsidiums und Bundesvorstandes im Fernsehen und Hörfunk sowie von Interviews und Gastbeiträgen in den Printmedien gehören Pressekonferenzen, Statements, Hintergrundgespräche, Redaktionsbesuche sowie die mediale Begleitung von Kampagnen und Aktionen zum täglichen Geschäft.

Im Berichtszeitraum veröffentlichte die Pressestelle 896 Pressemitteilungen und 650 Terminankündigungen sowie betreute 146 TV-Auftritte, 81 Pressekonferenzen und 17 Pressestatements.

Mit durchschnittlich 2.000 Meldungen pro Monat in den 23 deutschen Leitmedien liegt die FDP zusammen mit der Union deutlich vor allen anderen Parteien. Allein von Januar 2009 bis Dezember 2010 brachten diese Leitmedien 23.926 Aussagen von und über Guido Westerwelle (Quelle: Uni Hohenheim).

Neben der externen Kommunikation mit der Presse steht die interne. Hier zeichnet die Pressestelle für die jährlich sechs regulären und die Sonderausgaben des Mitgliedermagazins „elde“ sowie den wöchentlich in Zusammenarbeit mit der Fraktion erscheinenden Newsletter verantwortlich. Neu hinzugekommen sind neben unseren bekannten Internetseiten fdp.de und fdp-bundesverband.de Auftritte in den sozialen Netzwerken wie Facebook, studiVZ, Xing, YouTube und Twitter. So kann – früher ein Novum, heute schon Standard – jede Pressekonferenz sowohl bei YouTube als auch auf unserer eigenen Homepage später noch einmal abgerufen werden.

Der „Kieler Kreis“, ein Arbeitstreffen aller Sprecher der Landesverbände, der Fraktionen sowie der FDP-geführten Ministerien, wurde zur internen Abstimmung wieder aktiviert. Zur Intensivierung und Pflege der Kontakte zur Presse wurden traditionell die Presseabende vor den Bundesparteitagen sowie zu Weihnachten der „Journalisten-Advent“ durchgeführt.

5. MitMachZentrum (MMZ)

Das MitMachZentrum (MMZ) in der Bundesgeschäftsstelle ist Bürgerbüro und Servicestelle zugleich.

Den Menschen die Positionen der FDP näherzubringen ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort ebenso wichtig, wie kompetenter Ansprechpartner für die Mitglieder der FDP zu sein. Damit leistet das MMZ einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements und unserer Mitglieder. Egal ob Argumentationen für die Arbeit vor Ort, Kampagnenmaterialien, Autogramme unserer Spitzenpolitiker oder Informationen über die vielfältigen Möglichkeiten einer FDP-Mitgliedschaft angefragt werden, im MMZ wird schnell und kompetent geholfen.

Im Durchschnitt beantwortet das Team im MMZ pro Tag 300 Briefe und E-Mails, nimmt ca. 100 Anrufe entgegen



und kommt mit bis zu 20 täglichen Besuchern persönlich und direkt ins Gespräch.

Die Inhalte der Anfragen variieren von tagesaktuellen politischen Ereignissen über konkrete Positionen der FDP, Fragen zu Struktur und Aufbau der Partei bis hin zu Bitten über Auskünfte für Schulreferate, Hausarbeiten oder auch Abschlussarbeiten. Eine nicht zu unterschätzende Aufgabe ist die Betreuung der Besuchergruppen von FDP-Bundestagsabgeordneten. Ein Rundgang durch die Bundesgeschäftsstelle rundet eine Präsentation über Aufbau und Arbeit der Partei ab.

Darüber hinaus sind die Freiheitskämpfer im MMZ eine wichtige Stütze für die Referentinnen und Referenten der vier Abteilungen des Thomas-Dehler-Hauses. Ihre Hilfe bei Recherchen, Veranstaltungsvorbereitung und -durchführung oder auch bei der Pflege der FDP-Profile in den sozialen Netzwerken im Internet wird stets dankend angenommen.

Das MMZ leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung der Mitglieder mit Interessenten, sondern führt auch einen aktiven Zielgruppdialog über Briefaktionen sowie Aktivitäten im Internet.

Das MMZ ist Ihr Ansprechpartner für alle inhaltlichen, strukturellen und organisatorischen Fragen über die FDP. Schreiben Sie, rufen Sie uns an oder kommen Sie einfach vorbei. Von Montag bis Freitag, von 8.00 bis 20.00 Uhr sind wir für Sie da!

6. Galerie im Thomas-Dehler-Haus

Leiter: **Gabriele Renatus**

Ihr Image als kulturfreundliche Partei unterstreicht die FDP mit wechselnden kleinen Ausstellungen in der Bun-

desgeschäftsstelle. Insbesondere junge Künstler nutzen gern die kostenlosen Ausstellungsflächen und freuen sich über das Feedback der überwiegend in Berlin beheimateten Besucherinnen und Besuchern der Vernissagen oder Finissagen.

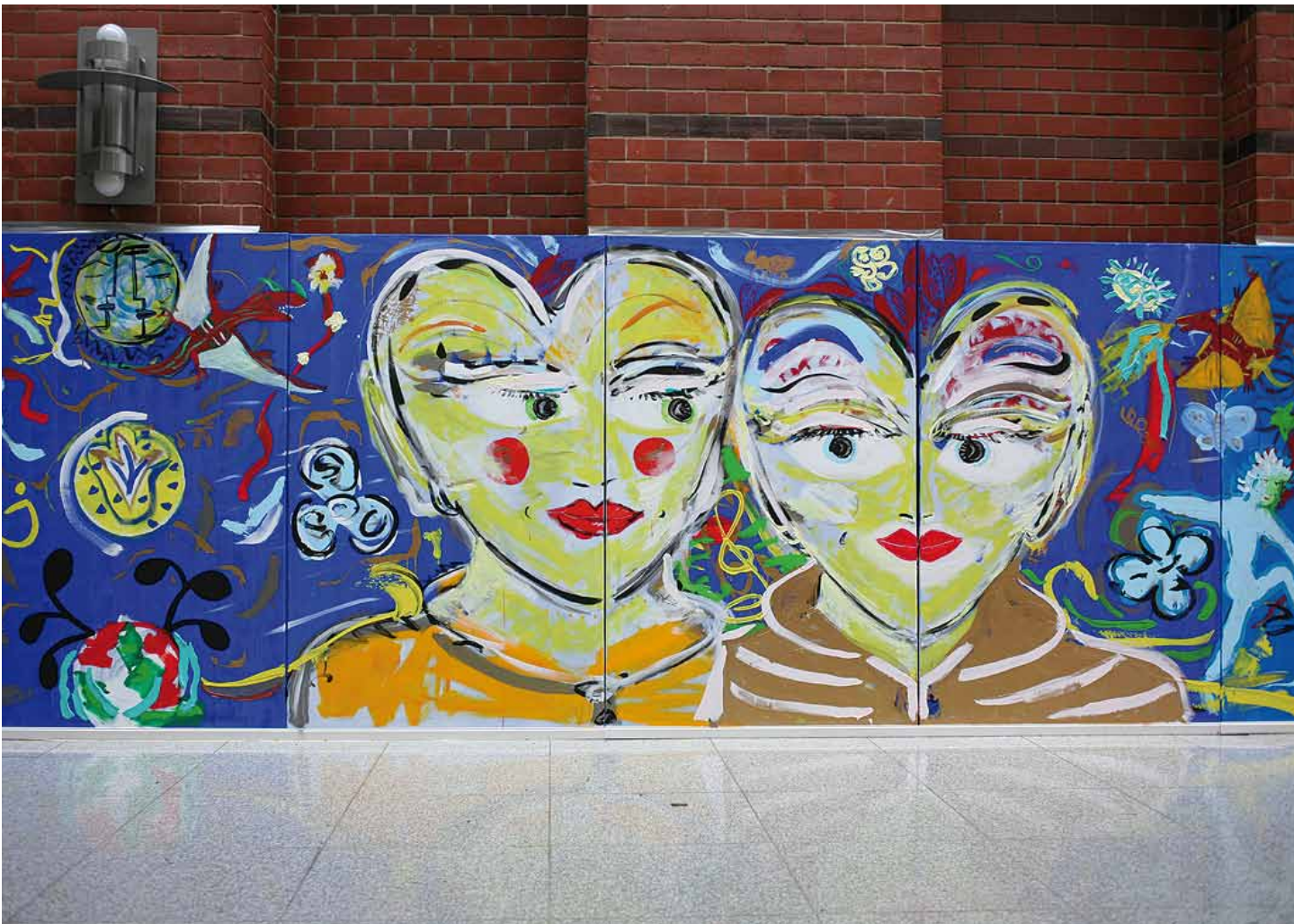
Im Berichtszeitraum zeigte André Pirrwitz, ein in Strasbourg lebender und arbeitender deutscher Fotograf, interessante „Schattenspiele“.

Marion Agulanza folgte mit ihren, von Aufnahmen von Wettersatelliten und Falschfarbenaufnahmen der Erdoberfläche, inspirierten Arbeiten in Acryl. Ihre Arbeiten verdeutlichten vor allem die Verletzlichkeit unseres Planeten Erde und zeigten die Beweglichkeit des Himmels. Großes Interesse fand auch die Doppelausstellung von Amiran Kuprawa und Petre Bobgiaschwili, zwei in Georgien geborenen und nun in Deutschland lebenden Künstler. In Georgien gab es bis zum Ende des 18.

Jahrhunderts keine Tradition in der Portrait- und Landschaftsmalerei. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die georgische weltliche Malerei und griff auf die Traditionen der Ikonenmalerei und der Gold- und Silberschmiedekunst zurück. Die von den beiden Künstlern ausgestellten Werke ließen die tiefe Verbundenheit zu ihrer Heimat Georgien, zu den Bergen und zum Schwarzen Meer, erkennen.

Zu den Neumitgliedertreffen am 1. Mai 2009 und 2010 verließ die Galerie ihre Räume in der Bundesgeschäftsstelle und lud im Atrium unter fachkundiger Anleitung von Kiddy Citny, dem Berliner Mauermaler, alle Besucherinnen und Besucher zum Malen ein. Natürlich waren zuerst die jüngsten Besucher begeistert, sich mit Kreide, Stift oder Farbe auf den großen Leinwänden oder Pappen verwirklichen zu können. Auch manch Elternteil wurde überredet, mitzumachen und so entstanden farbenprächtige und interessante Wandfrieze.

Der Mauermaler Kiddy Citny gestaltete mit Hilfe der Gäste einen Wandfries im Thomas-Dehler-Haus.



V. STATISTIK

1. Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum

Landesverband	31.03.2011	Männer	Frauen	Frauen in %	31.12.2010	31.12.2009
Baden-Württemberg	7657	5966	1691	22,08%	7902	8.274
Bayern	6076	4722	1354	22,28%	6359	6.764
Berlin	3231	2448	783	24,23%	3326	3.481
Brandenburg	1521	1196	325	21,37%	1564	1.620
Bremen	404	317	87	21,53%	416	454
Hamburg	1330	1077	253	19,02%	1363	1.462
Hessen	6806	5268	1538	22,60%	6934	7.206
Mecklenburg-Vorpommern	1011	821	190	18,79%	1044	1.095
Niedersachsen	6424	4930	1494	23,26%	6576	6.976
Nordrhein-Westfalen	16403	12526	3877	23,64%	16907	17.899
Rheinland-Pfalz	5070	3945	1125	22,19%	5216	5.443
Saarland	1772	1262	510	28,78%	1830	1.826
Sachsen	2558	2042	516	20,17%	2612	2.740
Sachsen-Anhalt	1838	1422	416	22,63%	1919	2.020
Schleswig-Holstein	2442	1827	615	25,18%	2516	2.677
Thüringen	1556	1213	343	22,04%	1614	1.745
Gesamt	66099	50982	15117	22,87%	68098	71.682

2. Wahlergebnisse im Berichtszeitraum (2009 - 2011)

Wahl	Datum	%
Europawahl	07.06.2009	11,0
KW Baden-Württemberg	07.06.2009	5,0
KW Mecklenburg-Vorpommern	07.06.2009	8,7
KW Rheinland-Pfalz	07.06.2009	9,0
KW Saarland	07.06.2009	7,2
KW Sachsen	07.06.2009	8,3
LTW Thüringen	30.08.2009	7,6
KW Thüringen	07.06.2009	7,4
LTW Saarland	30.08.2009	9,2
LTW Sachsen	30.08.2009	10,0
Bundestagswahl	27.09.2009	14,6
LTW Brandenburg	27.09.2009	7,2
KW Nordrhein-Westfalen	30.08.2009	9,2
LTW Schleswig-Holstein	27.09.2009	14,9
LTW Nordrhein-Westfalen	09.05.2010	6,7
BW Hamburg	20.02.2011	6,7
LTW Sachsen-Anhalt	20.03.2011	3,8
LTW Baden-Württemberg	27.03.2011	5,3
LTW Rheinland-Pfalz	27.03.2011	4,2
KW Hessen	27.03.2011	3,9

3. Mandatsträger der FDP; Stichtag: 28. März 2011

Europa		Bundestag				Bundesregierung			Landtage und Landesregierungen									
Wahl 2009 11,0 % MdEP	davon weiblich	Wahl 2009 14,6 % MdB	davon weiblich	in %	Landes- ergebnis BTW 09 in %	Minister	Staats- sekretäre	davon weiblich	in %	Mandate	davon weiblich	in %	Minister in der Landes- regierung*	Staats- sekretäre in der Landes- regierung *	davon weiblich	in %	letzter Wahltag	
Bundesregierung																		
Landesverband																		
2	1	15	4	26,7	18,8	5	13	4	22,2	7	0	0,0	FDP in Opposition	FDP in Opposition	0	0,0	27.03.2011	
1	1	14	3	21,4	14,7					16	5	31,3	2	1	1	33,3	28.09.2008	
1	1	3	0	0,0	11,5					11	2	18,2					17.09.2006	
		2	0	0,0	9,3					7	2	28,6					27.09.2009	
		1	0	0,0	10,6					4	0	0,0					13.05.2007	
1	0	8	1	12,5	16,6					9	3	33,3					20.02.2011	
		1	0	0,0	9,8					20	1	5,0	3	4	2	28,6	18.01.2009	
		1	0	0,0	13,3					7	1	14,3					17.09.2006	
1	1	9	4	44,4	13,3					13	2	15,4	2	2	0	0,0	27.01.2008	
2	0	20	7	35,0	14,9					13	2	15,4					09.05.2010	
1	0	5	1	20,0	16,6					0	0	0,0					27.03.2011	
1	0	1	0	0,0	11,9					5	0	0,0	2	3	0	0,0	30.08.2009	
1	0	4	0	0,0	13,3					14	2	14,3	2	3	0	0,0	30.08.2009	
		2	1	50,0	10,3					0	0	0,0					20.03.2011	
1	1	4	2	50,0	16,3					14	5	35,7	3	3	1	16,7	27.09.2009	
		2	0	0,0	9,8					7	2	28,6					30.08.2009	
12	5 (=41,7%)	93	24	25,8						147	27	18,4	14	16	4	13,3		

252 Abgeordnete im Europaparlament, im Bundestag und in den Landtagen

48 Minister und Staatssekretäre auf Bundes- und Landesebene

* einschl. des einen Ministers (S-H) und der drei StS (Hes, S-H), die auf Vorschlag der FDP im Kabinett sind, ohne FDP-Mitglieder zu sein

**Bundesgeschäftsführerin
und Leiterin des Büros
des Bundesvorsitzenden
Gabriele Renatus**



Sekr., Verwaltung/Rechnungsprüfung
Bettina Bröse
Tel. 284958-31/30, 284958-10/11
Fax 284958-12

Gremien
Manuela Wolfram
Tel. 284958-61 Fax 284958-62

Sekr., Büro des Bundesvorsitzenden
Claudia Groß
Tel. 284958-15/16 Fax 284958-82

Bundesvorsitzender



Dr. Guido Westerwelle, MdB

**Presse und
Öffentlichkeitsarbeit
Sprecher der FDP
und Abteilungsleiter**

Wulf Oehme
Sekr. Ursula Faets
Jeanette Stein
Tel. 284958-40/41/43
Fax 284958-42

**stv. Sprecherin der FDP,
stv. Abteilungsleiterin**

Kathrin Klawitter
Tel. 284958-44
Fax 284958-42

stv. Sprecher der FDP

N.N.
Tel. 284958-48
Fax 284958-42

**Pressereferent
Öffentlichkeitsarbeit
und Zielgruppen-Dialog**

Thomas Diener
Tel. 284958-45
Fax 284958-42

**Politische Planung,
Programm und Analyse
Abteilungsleiter**

N.N.
Sekr. Katharina Riemann
Tel. 284958-980/981
Fax 284958-982

stv. Abteilungsleiter

Dr. Christopher Gohl
Tel. 284958-983
Fax 284958-982

Referentin

Katrin Grothe
Tel. 284958-984
Fax 284958-982

Referent

Bernhard Müller Härlein
Tel. 284958-391
Fax 284958-982

**Dialog und Kampagnen
Abteilungsleiter**

Thomas Scheffler
Sekr. Christina Nitz
Dana Räpicht
Tel. 284958-50/51/53
Fax 284958-52

stv. Abteilungsleiter

Andreas Pauker
Tel. 284958-59
Fax 284958-82

Referentin

Sabine Beyer
Tel. 284958-57
Fax 284958-52

Referent

Dr. Robert Borsch
Tel. 284958-56
Fax 284958-52

**Organisation und Finanzen
Abteilungsleiterin
Gabriele Renatus**

stv. Abteilungsleiter

Gerhard Wortmann
Tel. 284958-34
Fax 284958-32

**Bereichsleitung
Veranstaltungen**

Wolfgang Adryan
Tel. 284958-35
Fax 284958-32

**Referent
Assistent BGF**

Jürgen Stindt
Tel. 284958-17
Fax 284958-32

Datenschutzbeauftragter

Dr. Joachim Jacob
Tel. 284958-84
Fax 28517960

**Bundesschiedsgericht
Bundessatzungsausschuss**

GF: Christian Graf Dohna
Tel. 284958-84
Fax 28517960

**Liberaler Parteiservice
(LiPS)
Finanzdienstleistungen**

Leitung: Johann Henning
Tel. 0228-547380
Fax 0228-547385

**Liberaler Parteiservice
(LiPS) Organisations-
dienstleistungen**

Leitung: Frauke Sander
Tel. 284958-78
Fax 28517960

**Generalsekretär
Christian Lindner, MdB**

Leiterin des Büros und stv. Leiterin der Abteilung
Dialog und Kampagnen

Heidrun Tampe

Tel. 284958-83

Persönliche Mitarbeiterin

Susann Laboga

Tel. 284958-81 / 80

Fax 284958-82



**Bundesschatzmeister
Dr. Hermann Otto Solms, MdB**



**Bevollmächtigter des
Bundesschatzmeisters &
Controlling**

Walter Eschweiler

Tel. 0228-5368711

Fax 0228-5368717

elde

Roland Kowalke

Tel. 284958-46

Fax 27572880

Referent

Tobias Scholl

Tel. 284958-392

Fax 284958-982

**Thomas-Dehler-Haus
Organisationsplan**

FDP-Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

Tel. 030 / 284958-0

Fax 030 / 284958-22

www.fdp.de

email: info@fdp.de

Referentin

Nina Mautner

Tel. 284958-58

Fax 284958-52

Referentin

Karin Heinzl

Tel. 284958-55

Fax 284958-52

Sachbearbeitung

Melanie Vötgen

Tel. 284958-54

Fax 284958-52

**Referentin,
Bürgerfonds**

Jana Kammer

Tel. 284958-279

Fax 284958-94

Personal

Ute Souayah

Tel. 284958-36

Fax 284958-32

Vertragsverwaltung

Sabine Feiertag

Tel. 284958-90/91

Fax 284958-92

Technik

David Feyer,
Andreas Krippel

Tel. 284958-70

Fax 284958-32

**Beauftragter für die
Wahlkampf-Koordination**

Christian Rensus

Tel. 284958-75

Fax 27572880

MitMachZentrum

Leiter: Richard Boeck
Tel:284958-260
Anne Arnhold, Gregor Jung,
Tonja Kuhn, Oliver Kunze,
Anna Palm, Diana Seidel
Tel. 284958-0, -20,
Fax 284958-22

Impressum

Verantwortlich:

FDP-Bundesgeschäftsstelle
Jürgen Stindt
Reinhardtstr. 14 · 10117 Berlin

Telefon 030 / 28 49 58 17
Fax 030 / 28 49 58 32

Internet www.fdp.de
E-Mail stindt@fdp.de

Satz und Gesamtherstellung:

altmann-druck GmbH, Mahlsdorfer Str. 12-14, 12555 Berlin

Fotos:

Mit freundlicher Genehmigung von Picture-Alliance, Frank Ossenbrink, fotolia, ddp, Roland Kowalke u. a.